



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

# Staat und Wirtschaft in Hessen

**Heft 4 · April 2000 · 55. Jahrgang**

Aus dem Inhalt:

Jahresrückblick — Hauptdaten der wirtschaftlichen  
Entwicklung in Hessen 1999

Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050. Methode und Ergebnisse  
der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel  
Viernheim. Teil 2: Indikatoren und Projektbewertung in der Praxis

Hessischer Zahlenspiegel

Hessischer Umwelt-Monitor (2/00)



Auch auf Diskette als PDF-Datei

## Inhalt

<b>Jahresrückblick</b>	
Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 1999	106
<b>Bevölkerung</b>	
Bevölkerungsvoraberechnung bis zum Jahr 2050. Methode und Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvoraberechnung. Von <i>Gerhard Simon</i>	131
<b>Umwelt</b>	
Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel Viernheim. Teil 2: Indikatoren und Projektbewertung in der Praxis. Von <i>Dr. Hans Diefenbacher</i> und <i>Stefan Wilhelmy</i>	139
<b>Ganz kurz . . .</b>	146
<b>Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen</b>	149
<b>Hessischer Zahlenspiegel</b>	
Bevölkerung . . . . .	150
Arbeitsmarkt . . . . .	150
Landwirtschaft . . . . .	151
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	151
Öffentliche Energieversorgung . . . . .	151
Baugewerbe, Baugenehmigungen . . . . .	152
Einzelhandel und Gastgewerbe . . . . .	152
Außenhandel . . . . .	153
Fremdenverkehr, Verkehr . . . . .	153
Geld und Kredit . . . . .	154
Preise . . . . .	154
Steuern . . . . .	155
Löhne und Gehälter . . . . .	155
<b>Buchbesprechungen</b>	Umschlagsseite 3 und Seite 147
<b>Hessischer Umweltmonitor (2/00)</b>	grüner Teil

## Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2000  
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37  
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890  
E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) — Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)  
Digital: Einzelheft 9,00 DM (Doppelheft 18,00 DM), Jahresabonnement 91,80 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 105,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt  
Für die Herstellung dieser Zeitschrift wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

## Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

## Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.  
· = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.  
... = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.  
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).  
D = Durchschnitt.  
p = vorläufige Zahl(en).  
r = berichtigte Zahl(en).  
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

# Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

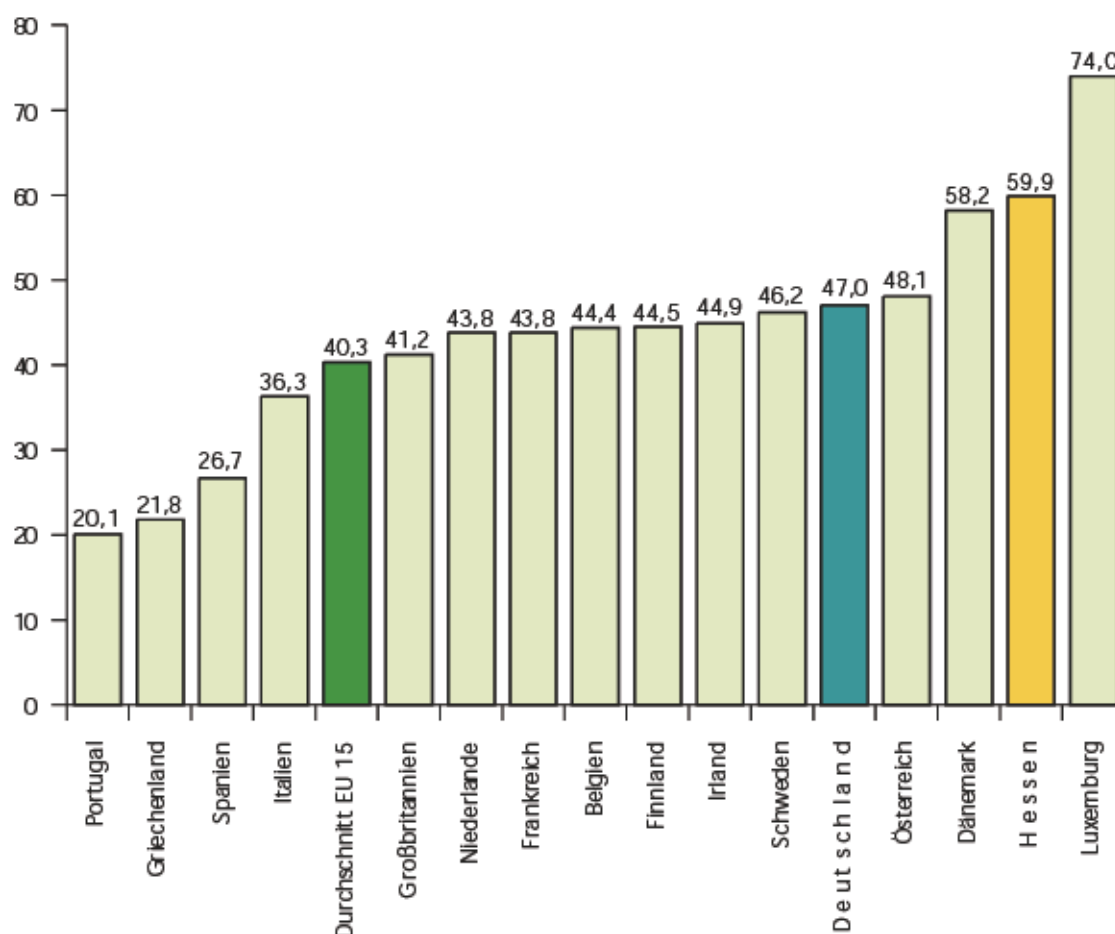
# 4 · 00

55. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt

Bruttoinlandsprodukt (nominal) je Einwohner in Hessen und den Ländern der EU 1999

Tsd. DM



HSL 21/00

Quellen: Statistisches Bundesamt, EUROSTAT und eigene Berechnungen.

## Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 1999

Der Jahresrückblick 1999 erscheint im Vergleich zu seinen „Vorgängern“ in einer neuen Form. Um einen besseren Überblick zu gewährleisten, wurde der Text in die vier Hauptabschnitte „Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt“, „Wirtschaftsbereiche“, „Öffentliche Finanzen“ sowie „Bevölkerung“ gegliedert. Außerdem wurden die Texte verstärkt mit Schaubildern angereichert. Neu aufgenommen wurde der Bereich „Gewerbeanzeigen“. Der Teil „Wechsel- und Scheckproteste“ wird auf Grund des allgemeinen Bedeutungsverlustes dieser Thematik (Wegfall der nationalen Wechsel-Refinanzierung, stärkere Verbreitung von Kredit- und EC-Karten) nicht mehr dargestellt. Das frühere Grundkonzept wurde jedoch beibehalten: Bereitstellung der wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung sowie der Entwicklung der öffentlichen Finanzen in kompakter Form. Alle aufgeführten Daten umfassen den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 1999. Lediglich die Daten zu den Themenbereichen „Außenhandel“ (Januar bis November), „Binnenschifffahrt“ (Januar bis November) und „Öffentliche Personenbeförderung“ (Januar bis September) beinhalteten bei Redaktionsschluss nicht das ganze abgelaufene Jahr. Im Bereich „Bevölkerung“ werden für das Jahr 1999 geschätzte Werte nachgewiesen.

### Schlaglichter des Jahres 1999 aus statistischer Sicht:

#### Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

- **Bruttoinlandsprodukt:** Die hessische Wirtschaft wuchs im abgelaufenen Jahr um 1,8 %; die Rate lag um 0,4 Prozentpunkte höher als in Deutschland und in den alten Bundesländern (jeweils + 1,4 %).
- **Arbeitsmarkt:** Die Arbeitslosenzahl in Hessen verringerte sich von durchschnittlich 254 100 im Jahr 1998 um 14 800 oder 5,8 % auf 239 300 im Berichtsjahr. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank von 10,0 auf 9,4 %.
- **Außenhandel:** Von Januar bis November 1999 führte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 45,8 Mrd. DM ins Ausland aus, annähernd 6 % weniger als im Vergleichszeitraum 1998. Dagegen stieg der Wert der Einfuhren um 9 % auf 78,4 Mrd. DM.
- **Preisindex für die Lebenshaltung:** Die Verbraucherpreise in Hessen waren 1999 im Durchschnitt des Jahres um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor; der niedrigste Wert seit zwölf Jahren.
- **Verdienste:** Die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer in Hessen sind 1999 erneut sowohl netto als auch real gegenüber 1998 gestiegen.
- **Insolvenzen:** 1999 kam es zu einem deutlichen Rückgang der gewerblichen Insolvenzen.
- **Gewerbeanzeigen:** Die Zahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben in Hessen ist um gut 3 % auf 66 200 gesunken, während die Zahl der Abmeldungen um 2,7 % auf 62 500 stieg.

#### Wirtschaftsbereiche

- **Verarbeitendes Gewerbe:** Die Eckpunkte der Entwicklung in Hessen 1999 gegenüber 1998 waren u. a. leichte Einbußen bei den erzielten Umsätzen, ein Rückgang bei den Auftragseingängen und ein weiterer Beschäftigtenabbau.
- **Bauhauptgewerbe:** Erstmals seit Jahren wies das hessische Bauhauptgewerbe wieder einen Umsatzanstieg aus. Auch die wertmäßigen Auftragseingänge legten zu. Der Beschäftigtenabbau hat sich 1999 — wenn auch vermindert — fortgesetzt.
- **Bautätigkeit:** Es wurden mehr Baugenehmigungen erteilt, die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen nahm jedoch weiter ab.
- **Einzelhandel:** Die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe stiegen 1999 real um 0,5 %. Damit blieb der Einzelhandel weiterhin im Plus.
- **Verkehr:** Der Passagierverkehr auf dem Flughafen Frankfurt (Main) erreichte 1999 neue Höchstmarken.
- **Landwirtschaft:** Das letzte Jahr war durch eine überdurchschnittliche Getreideernte und eine weiter rückläufige Rindviehhaltung gekennzeichnet. Auch die Schweinebestände wurden vermindert.

#### Öffentliche Finanzen

- **Kommunalfinanzen:** Die Einnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften stiegen um 4,4 % auf 34,9 Mrd. DM (ohne Gewerbesteuerumlage); die Ausgaben wuchsen deutlich verhaltener, und zwar um 1,7 % auf 33,7 Mrd. DM.
- **Gesamtsteueraufkommen:** Das Steueraufkommen in Hessen übertraf mit einem Wert von 84,6 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 9,4 %.

## Bevölkerung

- Die Bevölkerung ist im Jahr 1999 wieder stärker gewachsen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Einwohnerzahl nahm um 17 600 oder 0,3 % auf 6,053 Mill. zu (Jahresergebnis geschätzt).

## Gesamtwirtschaft und Arbeitsmarkt

### 1,8 % Wirtschaftswachstum

Der konjunkturelle Erholungsprozess in *Deutschland* hatte zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums von 1,5 % (1997) auf 2,2 % in 1998 geführt. Im Berichtsjahr 1999 setzte sich dieser Erfolg nicht fort: Das konjunkturelle Klima kühlte wieder ab, so dass sich mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von nur noch 1,4 % eine Wachstumsdelle einstellte. Das Abflauen der konjunkturellen Kräfte hatte außenwirtschaftliche Ursachen. Die Importe weiteten sich schneller aus als die Exporte, was zu einem um 18 Mrd. DM geringeren realen Außenbeitrag führte. Bei einem Außenbeitrag auf Vorjahreshöhe hätte das Wirtschaftswachstum dagegen um mehr als einen halben Prozentpunkt höher gelegen. Aber auch binnenwirtschaftliche Faktoren, wie die durch den Konsolidierungsdruck bei den Staatsfinanzen nach wie vor nur minimalen Wachstumsraten beim Konsum der Gebietskörperschaften, hemmten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Mit überdurchschnittlichen Expansionsraten als binnenwirtschaftliche Wachstumsmotoren traten deshalb nur die Ausrüstungsinvestitionen (+ 5,1 %) und die privaten Konsumausgaben (+ 2,0 %) in Erscheinung.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen<sup>1)</sup> (real)  
(Veränderung zum Vorjahr in Prozent)

Jahr	Hessen		Deutschland	
	DM	%	DM	%
1991	112 200	.	88 600	.
1992	112 900	0,7	92 100	3,9
1993	112 400	- 0,5	92 500	0,5
1994	114 200	1,7	95 000	2,7
1995	117 500	2,9	96 700	1,8
1996	120 400	2,4	98 200	1,5
1997	123 600	2,6	100 400	2,3
1998	125 800	1,8	102 200	1,8
1999	127 600	1,4	103 300	1,1

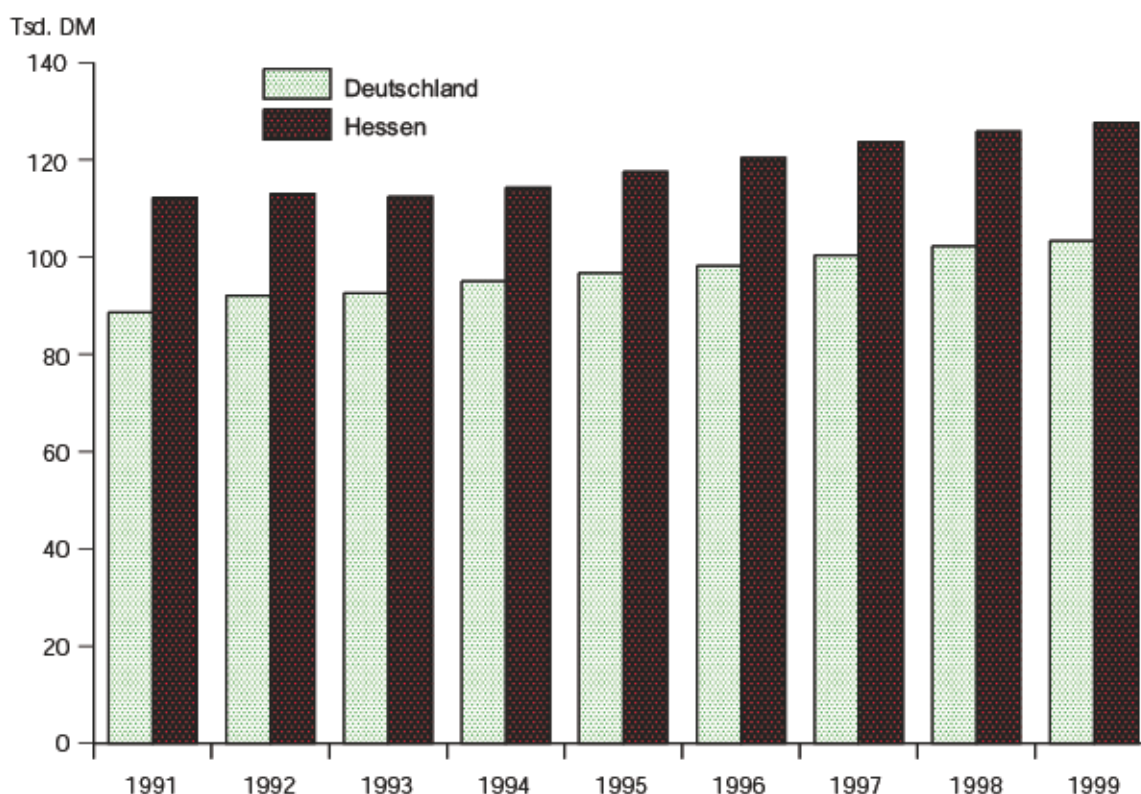
1) Berechnungen nach ESVG 1995; Deutschland: ab 1996 vorläufige Werte; Hessen (vorl. Werte): eigene Berechnungen.

Unter diesen gesamtdeutschen Rahmenbedingungen konnte *Hessens* Wirtschaft 1999 ein Wachstum von 1,8 % realisieren, 0,4 Prozentpunkte oberhalb der Wachstumsrate für Deutschland und für die alten Bundesländer (jeweils + 1,4 %). Der Anteil Hessens am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands lag bei 9,4 % (1998) bzw. 9,5 % (1999). Die entscheidenden Wachstumsimpulse für die Wirtschaft Hessens gingen 1999 von den Dienstleistungsberei-

chen Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie den Unternehmensdienstleistern inklusive Vermietung aus, in denen 1999 gut zwei Fünftel der Wertschöpfung, aber fast 85 % des Wertschöpfungszuwachses erwirtschaftet wurden. Deutlich über der gesamtwirtschaftlichen Expansionsrate liegende Wachstumsimpulse gingen auch von den beiden Bereichen Handel und Verkehr aus. In der Energieversorgung sorgten dagegen revisionsbedingte Stillstandszeiten eines Großkraftwerkes für eine rückläufige Wertschöpfung. Rezessive Effekte zeigten sich erneut im Verarbeitenden Gewerbe (- 2,2 %, dagegen Deutschland + 1,2 %). Der sehr deutliche Rückstand Hessens von 3,4 Prozentpunkten gegenüber der Entwicklung in allen 16 Bundesländern verhinderte ein insgesamt besseres Abschneiden. Schon ein „Null-Wachstum“ in diesem Bereich hätte ausgereicht, das hessische Wirtschaftswachstum 1999 um mehr als 0,4 Prozentpunkte auf deutlich über 2 % anzuheben. Das in Jeweiligen Preisen gemessene Bruttoinlandsprodukt stieg von 353,7 Mrd. DM im Jahr 1998 um 8,4 Mrd. DM oder 2,4 % auf 362,1 Mrd. DM für das vergangene Jahr.

Der langfristige durchschnittliche Anstieg der Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) in Hessen von 2,6 % pro Jahr (alte Bundesländer: 2,1 %) war im Zeitraum 1991/98 auf durchschnittlich 2,1 % pro Jahr (alte Bundesländer: 1,9 %) zurückgegangen. Im Zuge der Umstellung auf das ESVG 1995 und einer Revision der Erwerbstätigenrechnung liegen nun neue Bruttoinlandsprodukts- und Erwerbstätigenzahlen für den Zeitraum 1991/98 vor, die eine jahresdurchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität um nur noch 1,6 % (alte Bundesländer: 1,1 %) ausweisen. Dieser Rückgang um einen knappen halben Prozentpunkt in Hessen ergab sich rein arithmetisch durch eine ESVG-bedingte, geringfügige Schrumpfung der durchschnittlichen Wachstumsrate und durch eine Abflachung der rückläufigen Erwerbstätigkeit von durchschnittlich knapp - 0,8 % pro Jahr vor Revision der Erwerbstätigenrechnung auf nur noch knapp - 0,4 % pro Jahr nach Revision. Dieser gebremste Rückgang der Erwerbstätigkeit im Zuge der Revisionsarbeiten beruht auf dem „Einbau“ der Ergebnisse verschiedener Großzählungen (Handels- und Gaststättenzählung 1993, Handwerkszählung 1995) und insbesondere des Mikrozensus 1996, 1997 und 1998 in das Rechenwerk. Das führte zu einer Anhebung von Niveau und Zunahmerate der zuvor untererfassten geringfügig Beschäftigten. Solche strukturellen Änderungen des Arbeitsmarktes durch steigende Anteile von Teilzeitarbeitsplätzen und geringfügig Beschäftigten zu Lasten der Vollzeittätigkeiten vermindern die Höhe der Arbeitsproduktivität in ihrer Definition Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen unter sonst gleichen Bedingungen, da sie sich im Nenner dieses Quotienten stärker bemerkbar machen als im Zähler. Analoge Effekte ergeben sich auch durch vermehrte Kurzarbeit im Rahmen eines Konjunkturzyklus sowie durch Arbeitskämpfe mit Streiks und

## Bruttoinlandsprodukt (real) je Erwerbstätigen<sup>1)</sup> seit 1991



1) Berechnungen nach ESVG 1995; Deutschland ab 1996 vorläufige Werte; Hessen (vorläufige Werte): eigene Berechnungen.

HSL 23/00

Aussparungen, soweit sie sich nur auf den Zähler des Quotienten auswirken. Umgekehrt lassen vermehrte Überstunden und eine Verminderung des Krankenstandes die Arbeitsproduktivität durch ein steigendes Bruttoinlandsprodukt bei konstanter Erwerbstätigkeit ansteigen. All diese Effekte überlagern und verfälschen das eigentliche Ziel der Produktivitätsmessung. Sie lassen sich allerdings ausschalten, wenn die Arbeitsproduktivität als Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde definiert und gemessen wird. Das Messkonzept für die als Arbeitsvolumen bezeichnete Summe der Arbeitsstunden in einer Volkswirtschaft ist allerdings deutlich anspruchsvoller als die herkömmliche Erwerbstätigenrechnung. Eine auch in der EU angestrebte Arbeitsvolumenrechnung befindet sich für regionale Zwecke noch in der Entwicklung.

In ihrem Herbstgutachten 1999 prognostizierten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. für das Jahr 2000 ein 2,7%iges Wirtschaftswachstum in Deutschland. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kam drei Wochen später zu einem gleich lautenden Ergebnis. Damit würde die Wachstumsdelle von 1999 (+ 1,4 %) nicht nur ausgeglichen, sondern auch das 1998er Wirtschaftswachstum (+ 2,2 %) noch deutlich über-

troffen. Da die Annahmen, auf denen diese Schätzungen beruhen, zwischenzeitlich keine gravierenden Abweichungen erfahren haben, erscheint unter Berücksichtigung des gewohnten Wachstumsbonus für Hessen in diesem Jahr eine Wachstumsrate von gut 3 % erreichbar. Die für das Jahr 2000 erwartete deutliche Erwärmung des konjunkturellen Klimas wird sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Der Sachverständigenrat rechnet mit einer Jahresdurchschnittlichen Zunahme der Erwerbstätigkeit um 120 000 Personen oder 0,3 % gegenüber 1999. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute kommen mit einem Plus von 115 000 Erwerbstätigen zu einem nur geringfügig niedrigeren Ergebnis. Für Hessen dürfte mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,4 % zu rechnen sein.

### Weniger Arbeitslose, mehr offene Stellen

Im Jahr 1999 zählten die hessischen Arbeitsämter 406 600 *Arbeitslosmeldungen*, die zu mehr als der Hälfte (52 %) Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit betrafen. Für die zumeist kündigungsbedingten Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener Erwerbstätigkeit errechnete sich ein Anteil von 45 %. Der Rest der Arbeitslosmeldungen bezog sich auf Personen, die zuvor eine betriebliche Ausbildung absolviert hatten. Gegenüber dem Vorjahr waren die 1999er Ar-

## Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Jahr Monat	Arbeitslose					Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>					Offene Stellen	Kurzar- arbeiter
	ins- gesamt	darunter				ins- gesamt	darunter der					
		Männer	Frauen	Jugend- liche	Aus- länder		Män- ner	Frauen	Jugend- lichen	Aus- länder		
1997 D	260 796	151 272	109 524	6 810	55 742	10,4	10,7	9,9	9,3	19,0	21 381	11 788
1998 D	254 050	144 800	109 250	6 339	55 070	10,0	10,3	9,7	8,9	18,6	26 021	6 505
1999 D	239 257	134 071	105 186	5 747	51 080	9,4	9,6	9,1	8,0	17,2	30 650	6 396
1998 Oktober	236 732	131 728	105 004	6 254	52 145	9,3	9,4	9,3	8,9	17,5	23 978	4 803
November	238 839	133 561	105 278	6 156	52 759	9,4	9,5	9,3	8,7	17,7	22 553	5 627
Dezember	248 127	141 288	106 839	6 154	54 336	9,8	10,0	9,4	8,7	18,3	22 411	5 484
1999 Januar	260 050	149 826	110 224	6 199	55 941	10,2	10,6	9,7	8,8	18,8	26 543	7 912
Februar	259 649	150 464	109 185	6 173	55 749	10,2	10,7	9,6	8,8	18,8	30 541	8 909
März	250 289	143 545	106 744	5 525	54 296	9,8	10,2	9,4	7,8	18,3	32 639	10 317
April	244 858	138 574	106 284	5 144	53 171	9,6	9,8	9,4	7,3	17,9	33 408	8 733
Mai	235 675	132 180	103 495	4 716	50 870	9,2	9,4	8,9	6,5	17,2	31 622	6 328
Juni	233 266	129 502	103 764	5 339	49 972	9,1	9,2	8,9	7,4	16,9	31 352	6 951
Juli	237 919	130 719	107 200	6 698	49 176	9,3	9,3	9,2	9,3	16,6	32 317	4 611
August	232 096	127 437	104 659	6 470	48 439	9,1	9,1	9,0	8,9	16,4	31 706	3 513
September	227 818	125 079	102 739	6 112	48 008	8,9	8,9	8,9	8,4	16,2	32 012	4 152
Oktober	225 484	123 361	102 123	5 559	47 950	8,8	8,8	8,8	7,7	16,2	30 339	4 857
November	225 151	123 623	101 528	5 262	47 914	8,8	8,8	8,7	7,3	16,2	28 924	6 113
Dezember	229 534	127 792	101 742	5 384	48 612	9,0	9,1	8,8	7,4	16,4	30 376	4 355

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Landesarbeitsamt Hessen.

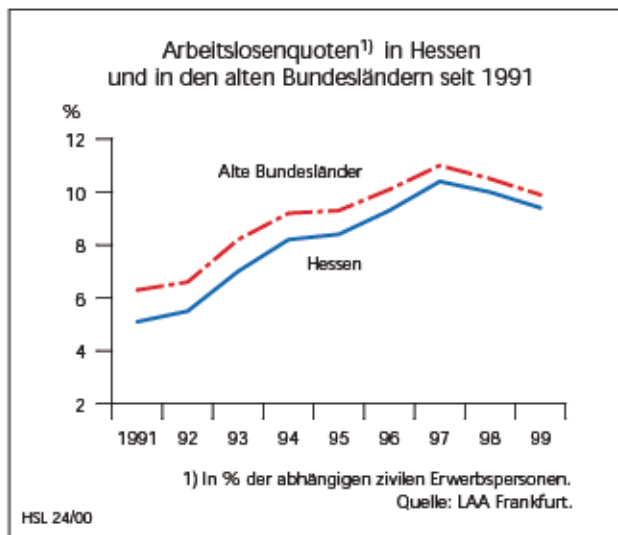
beitslosmeldungen um 16 900 oder 4,0 % geringer. Auf Bundesebene<sup>1)</sup> fiel der relative Rückgang der Arbeitslosmeldungen geringfügiger aus. Unter anderem durch weniger Asylanten und Bürgerkriegsflüchtlinge ergab sich bei der Abnahme der hessischen Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (- 10 200; - 4,6 %) ein günstigeres Ergebnis als bei dem durch eine Delle im Wirtschaftswachstum gebremsten Rückgang der Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit (- 5000; - 2,7 %).

kamen auf 65 (Bundesgebiet: 61) als *offen gemeldete* Stellen 100 Arbeitslosmeldungen. Die hessischen Arbeitsämter konnten durch diese erweiterte Vermittlungsbasis 189 200 Arbeitssuchende auf einem Dauerarbeitsplatz unterbringen. Das waren 18 400 oder 10,8 % mehr als 1998. Im Bundesgebiet fiel der Vermittlungserfolg (+ 7,2 %) etwas geringer aus. Neben der amtlichen Vermittlungstätigkeit bewirkten weitere, durch private Bemühungen entstandene Arbeitsverhältnisse und andere Anlässe, wie Erreichen der Altersgrenze, Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dergleichen, dass 1999 insgesamt 425 200 Personen in Hessen aus der Arbeitslosigkeit ausgeschieden. Das waren 15 100 oder 3,4 % weniger als 1998 (Bundesgebiet: - 1,8 %).

Die *Arbeitslosenzahl* in Hessen verringerte sich von durchschnittlich 254 100 im Vorjahr um 14 800 oder 5,8 % auf 239 300 im Berichtsjahr.

Im Bundesgebiet verlief der durchschnittliche Abbau der Arbeitslosigkeit (- 5,1 %) etwas verhaltener. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Hessen ermäßigte sich dadurch von 10,0 % in 1998 auf 9,4 % im Berichtsjahr (Bundesgebiet von 10,5 auf 9,9 %).

Nachdem sich die *Kurzarbeit* 1998 mit durchschnittlich 6500 Betroffenen gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich vermindert hatte und auch historisch betrachtet auf ein sehr niedriges Niveau gefallen war, kam es im Verlauf des Berichtsjahres nur noch zu einem relativ bescheidenen Rückgang. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres waren nur noch 6400 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Das waren 100 oder 1,7 % (Bundesgebiet: + 12,8 %) weniger als 1998.



Diesem Arbeitskräfteangebot standen 264 700 der hessischen Arbeitsverwaltung im Verlauf des Jahres 1999 als *offen gemeldete* Stellen gegenüber. Das waren 36 500 oder 16,0 % mehr als 1998. Im Bundesgebiet verlief die Belegung bei den Stellenmeldungen (+ 10,3 %) verhaltener. In Hessen

1) Hier und im Folgenden Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (altes Bundesgebiet).

### Arbeitslose nach Arbeitsamtsbezirken (insg.)

Arbeitsamtsbezirk	1998 <sup>1)</sup>	1999 <sup>1)</sup>	Abnahme in %
Bad Hersfeld	10 405	10 167	- 2,3
Darmstadt	35 347	34 161	- 3,4
Frankfurt	50 481	46 003	- 8,9
Fulda	9 019	8 544	- 5,3
Gießen	26 569	24 982	- 6,0
Hanau	16 726	15 591	- 6,8
Kassel	36 464	35 068	- 3,8
Korbach	7 322	6 702	- 8,5
Limburg	6 022	5 507	- 8,6
Marburg	10 208	9 447	- 7,5
Offenbach	14 655	13 555	- 7,5
Wetzlar	13 822	13 111	- 5,1
Wiesbaden	17 012	16 419	- 3,5
Land H e s s e n	254 050	239 257	- 5,8

1) Durchschnitt. Quelle der Grunddaten: Landesarbeitsamt Hessen.

Hinter der Abnahme der Arbeitslosigkeit auf Landesebene (- 5,8 %) verbergen sich regional recht unterschiedliche Entwicklungen. Das günstigste Ergebnis wies mit einem Rückgang um 8,9 % der Arbeitsamtsbezirk Frankfurt am Main auf, gefolgt von Limburg (- 8,6 %) und Korbach (- 8,5 %). Am anderen Ende der Skala stand der Arbeitsamtsbezirk Bad Hersfeld (- 2,3 %), gefolgt von Darmstadt (- 3,4 %) und Wiesbaden (- 3,5 %). Das Abklingen der Arbeitslosigkeit auf Landesebene fiel im Berichtszeitraum bei den Männern (- 7,4 %) ausgeprägter aus als bei den Frauen (- 3,7 %). Während die Frauenarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Korbach 1999 um 9,5 % gegenüber dem Vorjahresniveau fiel, kam es in Bad Hersfeld zu einem geringfügigen Anstieg (+ 0,4 %). Bei den Männern reichte die Spannweite von - 9,8 % (Frankfurt) bis - 4,2 % (Wiesbaden).

### Höhere Einfuhr bei niedrigerer Ausfuhr

Von Januar bis November 1999 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 45,8 Mrd. DM im Ausland absetzen. Damit sank die *Ausfuhr* gegenüber den ersten elf Monaten des Jahres 1998 um annähernd 6 %. Deutlich über die Hälfte der Exporte (55 %) geht nach wie vor in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); hier kam es zu einem Rückgang von 4 %. Mehr Waren gelangten aus Hessen nach Belgien/Luxemburg (+ 28 %), Spanien (+ 18 %), Österreich (+ 10 %), Griechenland und Portugal (jeweils + 7 %) und Schweden (+ 2 %). Während in die Niederlande und nach Irland nur 1 % weniger Waren ausgeführt wurden, betrug der Rückgang bei Dänemark 3 % sowie bei Italien, Finnland und Frankreich jeweils 4 %. In das Vereinigte Königreich wurden 8 % weniger Waren exportiert. In die EFTA-Staaten wurden annähernd 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es zu einer Abnahme von 4 %.

Insgesamt nahmen die europäischen Staaten 71 % der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zum Jahr 1998 kam es zu einem Rückgang von 6 %. Auch in die USA wurden von Ja-

nuar bis November 1999 mit 4,6 Mrd. DM 6 % weniger hessische Waren ausgeführt. Ihr Anteil an der Gesamtausfuhr blieb bei 10 %. Gegenüber Japan konnte der Einbruch des Jahres 1998 — damals verringerten sich die hessischen Ausfuhren dorthin um knapp ein Fünftel — noch nicht wettgemacht werden. Bei einem Warenwert von 1,3 Mrd. DM betrug der Zuwachs 7 %.

Unter den wichtigsten Exportgütern konnten nur die chemischen Erzeugnisse das Vorjahresniveau halten. Um 4 % ging die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen zurück, - 6 % waren es bei Eisen- und Metallwaren, - 11 % bei Maschinen und sogar - 17 % bei Fahrzeugen.

Bei der *Einfuhr*, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Länderebene nicht mit der Ausfuhr saldieren lässt, stieg der Wert im Jahresvergleich (in den ersten elf Monaten) um 9 % auf 78,4 Mrd. DM. Hier rutschte der Anteil der EU-Staaten mit 47 % erstmals unter die Hälfte; die Einfuhr aus diesen Staaten insgesamt wuchs im Vergleichszeitraum um 2 %. Besonders starke Zuwächse gab es bei den Einfuhren aus Irland (+ 60 %), Schweden (+ 17 %) und Finnland (+ 8 %). Auch aus Österreich, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Belgien/Luxemburg wurden mehr Waren eingeführt. Aus Spanien (- 2 %), Frankreich (- 4 %), Portugal (- 7 %), Dänemark (- 8 %), Italien (- 9 %) und aus Griechenland (- 18 %) kamen weniger Waren nach Hessen. Dagegen stieg der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten um 10 %; ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei annähernd 5 %. Während die Einfuhr aus Japan um 2 % stieg, kam es bei den USA sogar zu einem Zuwachs von 15 %. Die Anteile dieser Länder an der Einfuhr betrugen 7 % für Japan und 15,5 % für die USA.

Hauptsächlich wurden Kraftfahrzeuge, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und chemische Erzeugnisse aus dem Ausland nach Hessen eingeführt. Während bei Maschinen (+ 26 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 11 %) im Vergleichszeitraum deutliche Zuwachsraten zu beobachten waren und auch Fahrzeuge mit einem Plus von 6 % abschnitten, war der Import von chemischen Erzeugnissen rückläufig (- 1 %).

### Niedrigster Anstieg der Verbraucherpreise seit zwölf Jahren

1999 ist im Durchschnitt des Jahres nochmals ein ruhigeres Preisklima als im Vorjahr erreicht worden. Auf wichtigen Wirtschaftsstufen gingen die Preise sogar zurück. Im Jahresverlauf waren die geringsten Teuerungsraten bzw. die stärksten Preisrückgänge bereits am Jahresanfang zu verzeichnen. Zum Jahresende hat sich der Preisauftrieb wieder beschleunigt bzw. der Preisrückgang gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wurde schwächer.



### Ausgewählte Preisindizes für Hessen und das Bundesgebiet

Jahr Monat	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte <sup>1)</sup> (1995 = 100)		Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden <sup>1)</sup> (1995 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise <sup>2)</sup> (1991 = 100)		Index der Erzeugerpreise			
							landwirtschaftlicher Produkte <sup>2)</sup> (1991 = 100)		gewerblicher Produkte <sup>2)</sup> (1995 = 100)	
	in Hessen				in Deutschland <sup>3)</sup>					
	Indizes	Zunahme in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % <sup>4)</sup>	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % <sup>4)</sup>
1995 D	100,0	.	100,0	.	103,7	2,1	91,6	- 0,1	100,0	.
1996 D	101,1	1,1	100,2	0,2	103,1	- 0,6	91,1	- 0,5	98,8	- 1,2
1997 D	102,8	1,7	99,8	- 0,4	105,6	2,4	92,5	1,5	99,9	1,1
1998 D	104,1	1,3	100,0	0,2	103,4	- 2,1	87,1	- 5,8	99,5	- 0,4
1999 D	105,0	0,9	100,2	0,2	102,4	- 1,0	82,7p	- 5,1p	98,5	- 1,0
1998 Oktober	104,1	1,0	.	.	100,9	- 4,7	83,3	- 9,8	98,9	- 1,4
November	104,0	0,9	100,1	0,5	100,5	- 4,5	82,7	- 11,3	98,5	- 1,8
Dezember	104,1	0,7	.	.	100,9	- 4,5	86,2	- 7,3	98,3	- 1,9
1999 Januar	104,0	0,6	.	.	101,2	- 4,1	83,5	- 9,4	97,8	- 2,3
Februar	104,2	0,4	99,9	0,5	100,7	- 4,5	84,2	- 9,8	97,7	- 2,4
März	104,4	0,7	.	.	101,4	- 3,6	84,7	- 8,6	97,7	- 2,3
April	104,8	0,9	.	.	101,9	- 3,1	83,5	- 8,1	98,3	- 1,7
Mai	104,8	0,7	100,1	- 0,2	102,2	- 2,5	84,0	- 5,4	98,3	- 1,7
Juni	104,9	0,6	.	.	102,4	- 1,9	85,4	- 4,4	98,4	- 1,5
Juli	105,4	0,8	.	.	102,4	- 1,1	84,4	- 4,3	97,7	- 1,0
August	105,5	1,0	100,3	—	102,7	0,1	84,0	- 3,1	98,8	- 0,7
September	105,3	1,1	.	.	103,1	1,2	83,8	- 2,3	98,9	- 0,5
Oktober	105,3	1,2	.	.	103,0	2,1	82,9	- 0,5	99,1	0,2
November	105,5	1,4	100,3	0,2	103,7	3,2	84,0p	1,6p	99,2	0,7
Dezember	105,7	1,5	.	.	104,6	3,7	85,3p	- 1,0p	99,4	1,1
2000 Januar	106,1	2,0	.	.	105,2	4,0	...	...	99,8	2,0
Februar	106,4	2,1	101,0	1,1	106,4	7,5	...	...	100,0	2,4
März	106,6	2,1	.	.	...	...	...	...	...	...

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat.

Die *Verbraucherpreise* in Hessen waren 1999 im Durchschnitt des Jahres um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor. Erstmals seit zwölf Jahren hatte die Jahresdurchschnittliche Teuerung für die Verbraucherpreise damit wieder eine „Null vor dem Komma“. 1998 hatte sie noch 1,3 % und 1997 1,7 % betragen. Im Verlauf des Jahres 1999 nahm die am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerung zu. Im Januar 1999 waren die Verbraucherpreise um 0,6 % höher als ein Jahr zuvor gewesen, bevor die Rate im Februar mit 0,4 % den niedrigsten Stand seit Mitte 1987 erreichte. Anschließend stieg sie auf 0,7 % im März und 0,9 % im April, fiel dann aber wieder auf 0,6 % im Juni. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Teuerungsrate dann kontinuierlich zu und lag im Dezember 1999 schließlich bei 1,5 %. Maßgebend für den beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise in der zweiten Jahreshälfte war die starke Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre der Gesamtindex im zweiten Halbjahr 1999 nur um 0,5 % statt um 1,2 % höher gewesen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Einerseits zogen die Weltmarktpreise für Rohöl und Mineralölzerzeugnisse kräftig an (in den Jahren 1997 und 1998 waren sie allerdings stark zurückgegangen). Zudem wertete der EURO gegenüber der vorherrschenden Kontraktwährung US-Dollar ab. Dagegen

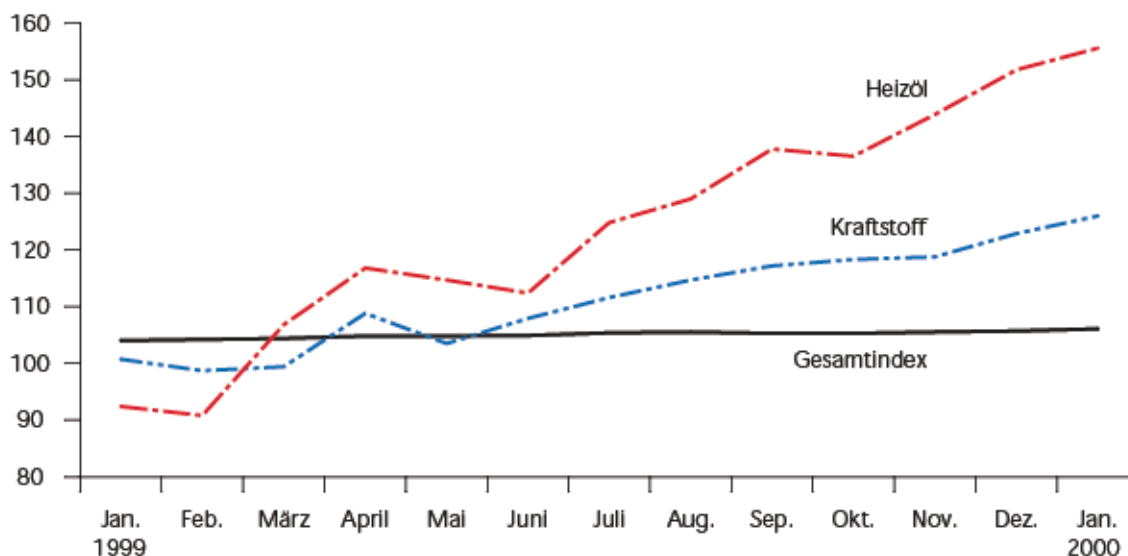
dürfte die Erhöhung der Mineralölsteuer im April 1999 eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben.

Der Preisindex für *Neubauleistungen an Wohngebäuden* (ohne Fertighäuser) in Hessen war 1999 wie bereits 1998 um 0,2 % höher als im Vorjahr. Im Jahresverlauf haben sich die Preise aber uneinheitlich entwickelt. Nachdem die Wohnungsbaupreise im Februar 1999 (unter dem Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung vom April 1998) noch um 0,5 % höher als vor Jahresfrist gewesen waren, lagen sie im Mai um 0,2 % unter und im November bereits wieder um 0,2 % über dem Vorjahresstand. Dabei war die Preisentwicklung für Roh- und Ausbaurbeiten an Wohngebäuden auch 1999 unterschiedlich. Während die Rohbaurbeiten im Durchschnitt des Jahres um 0,2 % billiger waren als 1998, stiegen die Preise für den Ausbau um 0,4 %.

Der Index der *Großhandelsverkaufspreise*<sup>2)</sup> war 1999 im Jahresdurchschnitt um 1,0 % niedriger als 1998. Von 1997 auf 1998 war er bereits um 2,1 % gesunken, von 1996 auf 1997 dagegen noch um 2,4 % gestiegen. Hinter dem Durchschnittswert für 1999 verbirgt sich aber eine starke Schwankung im Jahresverlauf. Nachdem der Index im Januar noch um 4,1 % und im Februar um 4,5 % niedriger lag als ein Jahr zuvor, ließ der Preisrückgang gegenüber dem Vorjahr zunächst kontinuierlich nach und schlug im August in einen

2) Für Deutschland berechnet.

### Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen (1995 = 100)



HSL 31/00

Preisanstieg um. Im Dezember waren die Großhandelsverkaufspreise schließlich um 3,7 % höher als ein Jahr zuvor. In den einzelnen Zweigen des Großhandels gab es allerdings eine solche Preisentwicklung für den Großhandel mit Baustoffen, Installationsbedarf, Einrichtungsgegenständen, Fahrzeugen, Maschinen sowie pharmazeutischen Erzeugnissen nicht. Die Veränderung der Preise gegenüber dem jeweils gleichen Monat des Vorjahres war hier im Januar und Dezember 1999 kaum unterschiedlich. Dies gilt auch für den Großhandel mit Textilien, Kleidung, Schuhen und Lederwaren. Demgegenüber reduzierten sich im Großhandel mit Mineralölprodukten, Altmaterial und Reststoffen sowie Getreide, Futter und Tieren zunächst die zu Beginn des Jahres 1999 noch verzeichneten Preisrückgänge gegenüber dem jeweils gleichen Monat des Vorjahres und sind im Jahresverlauf von sich beschleunigenden Preiserhöhungen abgelöst worden.

Der Index der *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte*<sup>2)</sup> war 1999 im Durchschnitt um 5,1 % niedriger als 1998, nachdem er von 1997 auf 1998 schon um 5,8 % abgenommen hatte. Allerdings lag dieser Index im Januar 1999 noch um 9,4 % unter dem Vorjahresstand und war nach einer kontinuierlichen Entwicklung im Oktober „nur“ noch um 0,5 % niedriger als ein Jahr zuvor. Starke Preisschwankungen (allerdings in gegensätzlicher Richtung) gab es dabei im Einzelnen für Schlachtvieh und Hackfrüchte. Schlachtvieh war im Januar 1999 noch um über 20 % billiger und im Dezember (nach + 13,1 % im November) um 6,1 % teurer als ein Jahr zuvor. Für Hackfrüchte entwickelte sich die entsprechende Rate von

+ 23 % im Januar auf – 19,5 % im Dezember. Für Eier und Milch blieben die Erzeugerpreise 1999 durchweg niedriger als ein Jahr zuvor. Für Getreide und Hülsenfrüchte waren sie in den ersten drei Quartalen des Jahres 1999 niedriger und im vierten Quartal höher als ein Jahr zuvor.

Beim Index der *Erzeugerpreise gewerblicher Produkte*<sup>2)</sup> (Inlandsabsatz) hat sich der Preisrückgang gegenüber dem jeweiligen Vorjahr noch verstärkt. 1999 war dieser Index im Durchschnitt des Jahres um 1,0 % niedriger als ein Jahr zuvor, nachdem er von 1997 auf 1998 bereits um 0,4 % gesunken war. Im Verlauf des vergangenen Jahres nahm er jedoch wieder zu. Im Januar 1999 war er noch um 2,3 % niedriger als ein Jahr zuvor. Im Oktober wurde das Niveau des Vorjahres erstmals wieder (um 0,2 %) überschritten und im Dezember war der Index schließlich um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor. Zu starken Bewegungen der Erzeugerpreise kam es im Einzelnen für Erdgas und Erdöl, die im Januar um 17 % billiger und im Dezember um über 18 % teurer als jeweils ein Jahr zuvor waren. Eine ähnliche Entwicklung gab es für Kokerei- und Mineralölprodukte. Ihre Erzeugerpreise lagen im Januar noch um 9,9 % niedriger und im Dezember um 34,5 % höher als vor Jahresfrist.

#### Nettoverdienste gestiegen

Im vergangenen Jahr sind die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer in Hessen — wie bereits von 1997 auf 1998 — auch netto und preisbereinigt gestiegen. In der hessischen Industrie sowie im Hoch- und Tiefbau (Produzierendes Gewerbe ohne Handwerk) verdienten vollzeitbeschäftigte Ar-

2) Siehe Fußnote Seite 111.

## Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten

Jahr Monat	Durchschnittlicher Bruttoverdienst der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe <sup>1)</sup>				Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten			
	je Stunde		je Monat		im Produzierenden Gewerbe <sup>1)</sup>		im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe <sup>2)</sup>	
	DM	Zunahme in % <sup>3)</sup>	DM	Zunahme in % <sup>3)</sup>	DM	Zunahme in % <sup>3)</sup>	DM	Zunahme in % <sup>3)</sup>
<b>Männer</b>								
1998 Oktober	28,96	3,4	4 769	3,5	7 127	2,6	5 945	4,0
1998 D <sup>4)</sup>	28,58	2,5	4 678	2,5	7 050	2,2	5 893	3,4
1999 Januar	28,84	2,4	4 647	2,9	7 060	1,9	6 026	4,5
April	28,96	2,0	4 741	2,1	7 207	2,6	6 195	5,3
Juli	29,14	2,4	4 800	2,6	7 236	2,8	6 172	4,6
Oktober	29,27	1,1	4 846	1,6	7 256	1,8	6 201	4,3
D <sup>4)</sup>	29,10	1,8	4 781	2,2	7 210	2,3	6 165	4,6
<b>Frauen</b>								
1998 Oktober	21,61	2,4	3 450	2,6	5 209	2,6	4 639	4,3
1998 D <sup>4)</sup>	21,45	2,0	3 426	2,1	5 163	2,5	4 592	3,7
1999 Januar	21,63	1,8	3 443	1,8	5 205	2,3	4 719	4,4
April	21,82	2,3	3 485	2,0	5 292	3,2	4 804	5,2
Juli	22,04	2,8	3 525	2,9	5 342	3,3	4 815	4,9
Oktober	22,21	2,8	3 559	3,2	5 360	2,9	4 809	3,7
D <sup>4)</sup>	21,99	2,5	3 516	2,6	5 317	3,0	4 796	4,4
<b>Männer und Frauen</b>								
1998 Oktober	28,04	3,4	4 599	3,5	6 630	2,6	5 398	4,3
1998 D <sup>4)</sup>	27,67	2,5	4 515	2,5	6 558	2,3	5 346	3,7
1999 Januar	27,89	2,3	4 487	2,7	6 572	1,9	5 475	4,5
April	28,05	2,1	4 579	2,2	6 705	2,7	5 606	5,2
Juli	28,25	2,4	4 637	2,7	6 738	2,9	5 601	4,7
Oktober	28,39	1,2	4 681	1,8	6 763	2,0	5 616	4,0
D <sup>4)</sup>	28,20	1,9	4 617	2,3	6 715	2,4	5 588	4,5

1) Einschl. Hoch- und Tiefbau. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. — 3) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4) Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober.

beiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte 1999 einschließlich aller Zulagen und Zuschläge im Durchschnitt 5431 DM brutto pro Monat. Einmalige Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld oder 13. Monatsgehalt sind hierin nicht enthalten. Dagegen wird das Überstundenentgelt einbezogen. Der Bruttoverdienst war damit — wie schon 1998 — um 2,4 % höher als ein Jahr zuvor. Nach Modellrechnungen hatte ein verheirateter Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern bei diesem Bruttoverdienst einen Nettoverdienst von 3655 DM, der damit um 3,2 % höher als 1998 war. Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich ein Nettomonatsverdienst von 2958 DM (2,5 % mehr als 1998). Bei diesen Modellrechnungen werden unter anderem Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen; Kindergeld wird hierbei nicht berücksichtigt. Da die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gemessenen Verbraucherpreise 1999 um 0,9 % höher als 1998 waren, ergibt sich damit nach Berücksichtigung dieser Preisentwicklung für das erwähnte Ehepaar mit zwei Kindern ein Anstieg des Netto-Realverdienstes um 2,3 % und für den alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder einer um 1,6 %. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe, in dem nur Angestellte erfasst werden, stiegen die Bruttomonatsverdienste von 1998 auf 1999

um 5,1 % und damit mehr als doppelt so schnell wie im Produzierenden Gewerbe.

### Insolvenzen weiter rückläufig

Die deutsche Wirtschaft befand sich im Jahr 1999 in einer deutlichen Aufwärtsbewegung, die — nach Anzeichen einer zyklischen Belebung im Frühjahr — in den Sommermonaten an Schwung gewann. Die wirtschaftlichen Perspektiven stellten sich im Jahr 1999 auch für die Zukunft günstig dar. Daher schienen die Rückgänge der Unternehmenskonkurse in Hessen aus den ersten beiden Quartalen des Jahres 1999, die sich bis Ende Juni zu einer Minderung der Unternehmensinsolvenzen um 14 % gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 kumulierten, durchaus in das konjunkturelle Gesamtbild zu passen. Die allerdings bereits im dritten Quartal des Jahres in eine erneute Zunahme übergegangene Insolvenzenentwicklung belegte einmal mehr, dass sich das Konkursgeschehen keineswegs, durchgängig und undifferenziert über alle Unternehmensformen und Wirtschaftszweige hinweg, harmonisch an die gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angleicht<sup>3)</sup>. Nachdem im Juli noch eine Abnahme um fast 7 % festgestellt werden konnte, wurden im August 10 % und im September 22 % mehr Insolvenzen hessischer Unternehmen als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1998 erfasst. Auch im vierten Quartal nahmen die Unter-

3) Vgl. hierzu ausführlicher: Insolvenzen und Konjunktur, in: Staat und Wirtschaft in Hessen, 1995, 50. Jahrg., Heft 1/2, Seite 24 f.

## Insolvenzen

Wirtschaftsbereich	1997	1998	1999	Zu- bzw. Abn. (-) 1999/1998 in %
Land- und Forstwirtschaft	27	19	43	126,3
Fischerei und Fischzucht	—	—	—	—
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	2	—	2	.
Energie- und Wasserversorgung	—	—	2	—
Verarbeitendes Gewerbe	270	232	230	- 0,9
Baugewerbe	495	488	471	- 3,5
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz. u. Gebrauchsgütern	437	413	443	7,3
darunter				
Kfz.-Handel, Instandhaltung und Rep. von Kfz., Tankstellen;	52	37	61	64,9
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)	147	145	160	10,3
Einzelh. (ohne Handel mit Kfz., Tankst.), Rep. von Gebrauchsgütern	238	231	222	- 3,9
Gastgewerbe	120	141	100	- 29,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	137	129	132	2,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	10	30	10	- 66,7
Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen f. Unternehmen	413	413	341	- 17,4
Erziehung und Unterricht	4	1	4	300,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	24	28	29	3,6
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	62	73	57	- 21,9
Unternehmen und freie Berufe z u s a m m e n	2 001	1 967	1 864	- 5,2
Übrige Gemeinschaftler: (natürliche Personen, Nachlässe u. Sonstige)	614	538	542	0,7
I n s g e s a m t <sup>1)</sup>	2 615	2 505	2 406	- 4,0

1) Unter Ausschluss der Doppelzählung von Anschlusskonkursen.

nehmenskonkurse weiter zu. Die Zuwächse blieben aber mit rund 2 % im Oktober und 8 % im November dann doch recht moderat. Im Dezember wurde sogar nur noch eine Zunahme um knapp 1 % verzeichnet.

Auf Grund der Wende in der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen zur Jahresmitte wurden die Abnahmen der Insolvenzen aus den ersten sieben Monaten weitgehend kompensiert. Im Ergebnis des Jahres 1999 kam es dennoch zu einem deutlichen Rückgang der gewerblichen Insolvenzen: Es wurden 1864 und damit 103 oder 5 % weniger Insolvenzen hessischer Unternehmen registriert als im Jahr 1998.

Für die neuerliche Trendwende in der Entwicklung der Unternehmenskonkurse im Laufe des vergangenen Jahres zeichnet sich ab, dass sie, wenngleich nicht flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik, so doch auch im Bundesergebnis insgesamt zu beobachten sein wird.

Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich der Rückgang im Jahresergebnis der Insolvenzen hessischer Unternehmen differenziert und nur punktuell stimmig zur konjunkturellen Lage der jeweiligen Branche dar. Zu deutlichen Abnahmen kam es insbesondere in den Bereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ (- 72 bzw. - 17 %) und im Gastgewerbe (- 41 bzw. - 29 %). Auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie der Bereich der Sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen trugen positiv zu dem Jahresergebnis bei. Über eine positive Geschäftsentwicklung aus dem Dienstleistungsbereich, und hier insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistern, wurde bereits im Laufe des Jahres 1999 von den Industrie- und Handelskammern berichtet. Zu Zunahmen, um jeweils rund 20 Insolvenzfälle gegenüber dem Vorjahr,

kam es dagegen im Bereich „Kraftfahrzeughandel und -service, einschl. Tankstellen“ (+ 65 %) — obgleich hier eine aufgehellte Konsumentenstimmung mit reger Nachfrage einherging —, bei Handelsvermittlungen und im Großhandel (+ 10 %) sowie in der Land- und Forstwirtschaft (+ 126 %).

Von den 1864 Insolvenzanträgen des Jahres 1999 führten immerhin 611 (33 %) zur Eröffnung eines Verfahrens. Wie im langjährigen Durchschnitt der Vorjahre hatte die Eröffnungsquote im Jahr 1998 nur bei 25 % gelegen. Der gegenüber einem Viertel auf jetzt ein Drittel gestiegene Anteil der eröffneten Insolvenzverfahren an der Zahl der insgesamt beantragten Insolvenzen nährt die Hoffnung, dass es mit der ab dem 1.1.1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung gellinge könnte, die Eröffnungsquote dauerhaft anzuheben. Dies umso mehr, als die Wirkung der neuen Insolvenzordnung in der Statistik des Jahres 1999 noch nicht voll zum Ausdruck gelangen konnte. Viele der statistisch im Jahr 1999 erfassten Insolvenzverfahren waren noch auf Konkursbeantragungen vor dem 1.1.1999 zurückzuführen, die noch nach der alten Konkurs- und Vergleichsordnung abgewickelt werden mussten.

In den im letzten Jahr eröffneten Konkurs- und Insolvenzverfahren kamen Forderungen in Höhe von rund 1,3 Mrd. DM zur Auseinandersetzung, das waren gut 530 Mill. DM oder 29 % weniger als im Vorjahr. Bei den 611 im Jahr 1999 eröffneten Unternehmensinsolvenzen standen durchschnittlich rund 2,2 Mill. DM an angemeldeten Gläubigerforderungen zur Befriedigung an. Im Vorjahr waren bei den 492 eröffneten Verfahren durchschnittlich 3,8 Mill. DM an Forderungen zur Verhandlung gekommen. Die Forderungsverluste aus den nicht eröffneten Konkurs- bzw. Insolvenzverfahren ad-

dierten sich im Jahr 1999 auf 630 Mill. DM und lagen damit um 212 Mill. DM oder um 25 % niedriger als 1998. Durchschnittlich mussten hier in den 1253 mangels Masse abgelehnten Konkursen die Gläubiger auf Forderungen in Höhe von 502 000 DM verzichten. 1998 hatte der durchschnittliche Forderungsverlust aus den 1474 mangels Masse nicht eröffneten Verfahren noch bei 571 000 DM gelegen. Herausragende Insolvenzergebnisse des Jahres 1999 waren bei den Unternehmen der Konkurs eines stahlverarbeitenden Unternehmens des Verarbeitenden Gewerbes (Insolvenzgericht Friedberg; Forderungsvolumen 126 Mill. DM) und eines Einrichtungshauses (Insolvenzgericht Kassel; Forderungsvolumen: 106 Mill. DM).

Im Jahr 1999 richteten sich rund 1160 und damit nur 60 % der Insolvenzverfahren (und nicht wie im langjährigen Durchschnitt zwei Drittel) gegen Kapitalgesellschaften. Somit gab es in Hessen im Jahr 1999 gut 80 oder knapp 7 % weniger Insolvenzen von Kapitalgesellschaften als im Jahr 1998. Auch bei den Unternehmensformen mit persönlichen Schuldverhältnissen, für die die neue Insolvenzordnung durch das Institut der Restschuldbefreiung deutliche Vorteile zu bieten vermag, waren Abnahmen der Konkurs- bzw. Insolvenzbeantragungen festzustellen. So haben die Insolvenzen von nichteingetragenen Unternehmen und Einzelunternehmen von 644 im Jahr 1998 auf 600 im Jahr 1999 abgenommen (- 7 %).

Nahezu unverändert zeigte sich das Insolvenzgeschehen bei den natürlichen Personen, Nachlässen und anderen, nicht-kommerziellen Institutionen, die man, in Abgrenzung zu dem für das Insolvenzgeschehen dominanten Unternehmensbereich, zusammenfassend als „Übrige Gemeinschuldner“ bezeichnet. Es wurden im Jahr 1999 (1998) nur 542 Insolvenzen (538 Konkurse) von „Übrigen Gemeinschuldnern“ verzeichnet. Hatten hier allerdings im Jahr 1998 nur 77 und damit jeder siebte Konkurs von „Übrigen Gemeinschuldnern“ zur Eröffnung eines Konkursverfahrens geführt, so wurden nach der neuen Insolvenzordnung immerhin 184 Insolvenzen „Übriger Gemeinschuldner“, also jeder dritte, eröffnet. In 348 (65 %) Konkursbeantragungen gegen „Übrige Gemeinschuldner“ wurde die Verfahrenseröffnung mangels einer zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichenden Masse von den Insolvenzgerichten abgelehnt. Aus diesen abgelehnten Anträgen gingen den Gläubigern angemeldete Forderungen in Höhe von 35 Mill. DM verloren. In den 184 eröffneten Verfahren gelangten Forderungen in Höhe von fast 98 Mill. DM zur Auseinandersetzung. Herausragender Insolvenzfall bei den „Übrigen Gemeinschuldnern“ war im Jahr 1999 der Konkurs eines Geschäftsführers und GmbH-Gesellschafters, bei dem ein Forderungsvolumen von 18 Mill. DM vor dem Insolvenzgericht Königstein zu verhandeln war. Durchschnittlich beliefen sich

4) Zur längerfristigen Entwicklung und zur Aussagefähigkeit der Daten vgl. „Neue Statistik der Gewerbeanzeigen ab 1996“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 10, Oktober 1997, S. 276 ff.

die Forderungen in den eröffneten Konkurs- bzw. Insolvenzverfahren „Übriger Gläubiger“ auf 534 000 DM, während hier in den mangels Masse zur Eröffnung abgelehnten Verfahren durchschnittliche Gläubigerverluste von 102 000 DM entstanden. Von den 542 Insolvenzen „Übriger Gemeinschuldner“ wurden 171 (32 %) als so genannte Verbraucherinsolvenzen im vereinfachten Verfahren abgewickelt. Dabei erfüllten 108 der Verbraucherinsolvenzverfahren (67 %) die Voraussetzungen zur Verfahrenseröffnung. In 10 Fällen haben in Hessen Schuldner mit der Antragstellung eines Insolvenzverfahrens Schuldenbereinigungspläne bei den Insolvenzgerichten eingereicht über die bis zum Jahresende noch keine Entscheidung — Zustandekommen des Schuldenbereinigungsplans, Eröffnung eines (eventuell vereinfachten) Insolvenzverfahrens oder Abweisung mangels Masse — vorlag. In den anderen 53 Beantragungen wurde die Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens mangels einer die Verfahrenskosten deckenden Masse von den Insolvenzgerichten abgelehnt.

### Gewerbeabmeldungen in Hessen 1999 auf Rekordhöhe

Unverändert rund 12 000 anzeigepflichtige Vorgänge wurden von den Gewerbeämtern in Hessen 1999 im Monatsdurchschnitt an das Statistische Landesamt geleitet. Welt über 142 000 Fälle (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe) gingen im Laufe des Jahres in die Aufbereitung ein, etwa 750 weniger als im Vorjahr. Während die Zahl der *Ummeldungen* mit 13 650 fast gleich blieb, gab es zwischen Anmeldungen und Abmeldungen eine recht kräftige Verschiebung. Erstmals seit Einführung der bundeseinheitlichen Statistik im Jahr 1996 ist die Zahl der *Anmeldungen* von Gewerbebetrieben in Hessen gegenüber dem Vorjahr gesunken, und zwar um fast 2300 Fälle bzw. gut 3 % auf 66 200. Demgegenüber wurde bei den *Abmeldungen* erneut eine Zunahme ermittelt, die mit über 1600 Betrieben bzw. 2,7 % noch etwas höher ausfiel als im Jahr 1998. Dadurch wurde mit insgesamt 62 500 Abmeldungen der bisherige Höchststand von gut 60 800 Fällen nochmals deutlich übertroffen. So ergibt sich für 1999 aus der Saldierung der An- und Abmeldungen ein rechnerischer Zugang von nur etwas mehr als 3700 Betrieben<sup>4)</sup>. Er war nicht einmal halb so hoch wie im vorangegangenen Jahr (7700). Die bisher stärksten Zuwächse waren nach der deutschen Wiedervereinigung in den Jahren 1990 und 1992 mit jeweils mehr als 15 000 zusätzlichen Betrieben zu beobachten gewesen.

Wie bereits seit vielen Jahren lag der Schwerpunkt der Meldetätigkeiten eindeutig im Dienstleistungsgewerbe und im Handel (einschl. Reparatur von Gebrauchsgütern). Zu diesen Bereichen gehörte immerhin jeweils rund jeder dritte an- oder abgemeldete Betrieb. Auf die gewerbliche Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei und Fischzucht) entfielen dagegen lediglich gut 1 %, auf das Verarbeitende Gewerbe

An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben<sup>1)</sup> 1998 und 1999 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Anmeldungen					Abmeldungen				
	1998		1999		Zu- bzw. Abnahme (-) in %	1998		1999		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft <sup>2)</sup>	877	1,3	861	1,3	- 1,8	785	1,3	742	1,2	- 5,5
Verarbeitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	3 204	4,7	2 915	4,4	- 9,0	3 168	5,2	3 080	4,9	- 2,8
Baugewerbe	4 498	6,6	4 074	6,2	- 9,4	4 362	7,2	3 983	6,4	- 8,7
Handel <sup>4)</sup>	21 442	31,3	19 762	29,8	- 7,8	20 591	33,9	20 866	33,4	1,3
Gastgewerbe	5 146	7,5	5 074	7,7	- 1,4	5 170	8,5	5 142	8,2	- 0,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4 329	6,3	3 848	5,8	- 11,1	4 279	7,0	4 356	7,0	1,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 075	4,5	3 145	4,7	2,3	2 820	4,6	2 870	4,6	1,8
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>5)</sup>	20 597	30,1	21 127	31,9	2,6	15 658	25,7	17 235	27,6	10,1
Erziehung und Unterricht	448	0,7	503	0,8	12,3	300	0,5	351	0,6	17,0
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	804	1,2	835	1,3	3,9	578	1,0	580	0,9	0,3
Sonstige Dienstleistungen	4 073	5,9	4 072	6,1	0,0	3 115	5,1	3 283	5,3	5,4
<b>Insgesamt</b>	<b>68 493</b>	<b>100</b>	<b>66 216</b>	<b>100</b>	<b>- 3,3</b>	<b>60 826</b>	<b>100</b>	<b>62 488</b>	<b>100</b>	<b>2,7</b>

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Einschl. Fischerei und Fischzucht. — 3) Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Energie- und Wasserversorgung. — 4) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 5) Sowie Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.

weniger als 5 % und auf das Baugewerbe gut 6 % sowohl aller Anmeldungen als auch aller Abmeldungen im Jahr 1999. Auffallend gegenüber den Vorjahren ist, dass sich in diesen drei Bereichen, aber auch im Gastgewerbe, im Handel sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung die Anmeldungen zum Teil recht kräftig reduziert haben. Bei den beiden letztgenannten Wirtschaftsbereichen haben gleichzeitig sogar die Abmeldungen zugenommen. Dadurch kam

es im Jahr 1999 zu einem negativen Saldo im Handel von 1100 Fällen sowie bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung von 500 Fällen. Betroffen waren von den rechnerischen Abnahmen vor allem der Einzelhandel (- 600), Großhandel und Handelsvermittlung (- 500), der Landverkehr (- 300) und die Nachrichtenübermittlung (- 250). Das lässt darauf schließen, dass das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit, wenn nicht zur Aufgabe von Betrieben, so doch zumindest zu einer starken Verunsicherung bei der Neugründung geführt hat. Bereits zum vierten Mal in Folge wurden im Gastgewerbe mehr Betriebe ab- als angemeldet (70). Auch für das Verarbeitende Gewerbe wurde diesmal eine Abnahme errechnet, und zwar um 220 Betriebe. Dagegen gab es im Baugewerbe nochmals einen leichten Zuwachs, doch hat er sich auf unter 100 Betriebe abgeschwächt, nachdem er 1997 noch bei über 570 und 1998 bei 140 gelegen hatte. Der Gesamtzuwachs im Jahr 1999 in Hessen war damit praktisch ausschließlich auf den Dienstleistungsbereich im engeren Sinne mit weit über 5000 zusätzlichen Betrieben zurückzuführen.

An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben<sup>1)</sup> 1999 nach Rechtsformen und Staatsangehörigkeit des Inhabers

Rechtsform — Staatsangehörigkeit	Anmeldungen		Abmeldungen		Saldo <sup>2)</sup> aus Anmeldungen und Abmeldungen
	Anzahl	%	Anzahl	%	
OHG	282	0,4	315	0,5	- 33
KG	242	0,4	274	0,4	- 32
GmbH & Co. KG	1 326	2,0	708	1,1	618
GbR	3 828	5,8	3 602	5,8	226
AG, KGaA	655	1,0	411	0,7	244
GmbH	9 336	14,1	6 753	10,8	2 583
Sonst. Rechtsformen	603	0,9	559	0,9	44
Einzelunternehmen	49 944	75,4	49 866	79,8	78
davon nach Staatsangehörigkeit des Inhabers					
Deutschland	42 499	85,1	42 666	85,6	- 167
Italien	1 004	2,0	1 000	2,0	4
Griechenland	496	1,0	499	1,0	- 3
übrige EU-Länder	811	1,6	801	1,6	10
Türkei	2 123	4,3	2 116	4,2	7
übriges Europa	1 257	2,5	1 065	2,1	192
Afrika	243	0,5	201	0,4	42
Amerika	233	0,5	227	0,5	6
Asien	1 072	2,1	936	1,9	136
sonstige <sup>3)</sup>	206	0,4	355	0,7	- 149
<b>Insgesamt</b>	<b>66 216</b>	<b>100</b>	<b>62 488</b>	<b>100</b>	<b>3 728</b>

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 2) Mehr bzw. weniger (-) Anmeldungen als Abmeldungen. — 3) Einschl. Staatenloser und Fällen ohne Angabe.

Mit jeweils knapp 50 000 Fällen wurden drei Viertel der Anmeldungen und vier Fünftel der Abmeldungen für ein Einzelunternehmen abgegeben. Auch dies scheint auf Folgen der bereits erwähnten gesetzlichen Neuregelung hinzudeuten, denn 1998 waren noch 3700 mehr Einzelunternehmen angemeldet worden. Bei weiter steigender Tendenz betrafen rund 14 % der Anmeldungen eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, während ihr Anteil bei den Abmeldungen leicht auf unter 11 % zurückging. Auf alle übrigen Rechtsformen zusammen entfiel somit nur etwa eine von zehn Gewerbeanzeigen. Einzelunternehmen wurden unverändert zu jeweils über 85 % von deutschen Gewerbebetreibern an- oder abgemeldet. Unter den knapp 15 % Ausländern, die eine Betriebsgründung oder -aufgabe meldeten, bildeten die Türken mit einem Anteil von gut 4 % die mit

Abstand größte Gruppe vor den Italienern und den Griechen. Bei den aus An- und Abmeldungen errechneten Betriebszugängen haben die deutschen Inhaber weiter an Gewicht verloren, da sie per Saldo mit rund 170 Fällen ins Minus rutschten, während sie 1998 noch einen Zuwachs um fast 4600 Betriebe verbuchen konnten.

Ein weiteres Indiz für Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit auf das Meldeverhalten ist die Tatsache, dass gerade bei Kleingewerbetreibenden und selbstständig ausgeübten Nebentätigkeiten über 1000 Betriebe mehr ab- als angemeldet wurden. Bei „echten“ Betrieben übertrafen dagegen die Neuerrichtungen (15 800 Fälle) die Betriebsaufgaben um fast 5400 Fälle. Dies ist letztlich doch noch ein recht positives Ergebnis, da es sich hierbei um diejenigen Betriebe handelt, für die man aus der Kombination verschiedener Angaben in den Formularen eine nachhaltige wirtschaftliche Betätigung annehmen kann. Bei Verlagerungen (3600 gegenüber 3900) überwiegen die Abmeldungen ebenso um rund 300 Fälle wie bei den Übergaben (10 000 gegenüber 10 300), möglicherweise durch Wegzüge über die Landesgrenzen oder Übernahmen durch außerhessische Unternehmen bedingt<sup>5)</sup>.

## Wirtschaftsbereiche

### Nochmals Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe — Umsätze unter Vorjahresniveau

Die Entwicklung des hessischen Verarbeitenden Gewerbes war in den vergangenen Jahren gekennzeichnet durch steigende Auslandsumsätze, die noch bis 1998 ausreichten, die rückläufigen Inlandsumsätze zu kompensieren. Im Jahr 1999 waren aber beide Komponenten rückläufig. Erst seit dem

Spätsommer zeichnet sich eine Besserungstendenz ab; vor allem die Auslandsnachfrage hat sich belebt. Der Beschäftigungsabbau hat sich — wenn auch abgeschwächt — im vergangenen Jahr fortgesetzt. Seit 1995 hat das Verarbeitende Gewerbe jeden achten seiner Arbeitsplätze eingebüßt. Teilweise ist die Beschäftigung allerdings in den Dienstleistungssektor ausgelagert worden.

Die preisbereinigten *Auftragseingänge* des Verarbeitenden Gewerbes haben 1999 im Jahresdurchschnitt um 6,5 % gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Die Inlandsaufträge gingen um 7,9 % und die des Auslands um 4,3 % zurück. Die Auslandsnachfrage hat sich im Jahresverlauf wieder erholt. Im vierten Quartal wurde ein realer Zuwachs von 8,2 % erzielt; die Inlandsnachfrage verfehlte mit einem Minus von 0,1 % nur noch knapp das Vorjahresniveau. Der insgesamt starke Nachfragerückgang im Jahr 1999 betraf vor allem die Investitionsgüterproduzenten. In diesem Sektor gingen die realen Auftragseingänge sowohl des Inlands als auch des Auslands stark zurück, sodass sich insgesamt ein Rückgang von 14 % ergab. Moderater war die Abnahme mit 1,7 % bei den Vorleistungsgüterproduzenten.

Das hessische Verarbeitende Gewerbe hat im Jahr 1999 einen *Umsatz* von 153,2 Mrd. DM erzielt, womit das Vorjahresniveau um 0,6 % verfehlt wurde. Die Inlandsumsätze verringerten sich um 0,8 % auf 101,8 Mrd. DM und die Umsätze mit ausländischen Geschäftspartnern nahmen um 0,2 % auf 51,3 Mrd. DM ab. Die Exportquote, d.h. der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz, lag bei 33,5 %. Von

5) Weitere Ergebnisse — auch in der Gliederung nach kreisfreien Städten und Landkreisen sowie nach Monaten — werden vierteljährlich in den Statistischen Berichten der Reihe D I 2 veröffentlicht; der Statistische Bericht mit den Jahresergebnissen enthält darüber hinaus ausgewählte Daten für sämtliche hessischen Gemeinden.

Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>  
(Zeitliche Entwicklung 1999)

Zeitraum 1999	Beschäftigte		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Volumen des Auftragseingangs		
	1000	Abnahme in % <sup>2)</sup>	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % <sup>2)</sup>	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % <sup>2)</sup>	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (-) in % <sup>2)</sup>		
Januar	466,3	- 0,5	10 827 273	- 5,6	3 690 854	- 4,8	- 15,1	- 19,2	- 8,8
Februar	466,5	- 0,5	11 162 621	- 10,0	3 856 329	- 12,9	- 17,8	- 17,7	- 18,1
März	466,7	- 0,8	13 928 396	- 3,7	4 864 230	0,4	- 15,0	- 15,3	- 14,5
April	463,8	- 1,4	12 469 944	- 3,4	4 237 025	- 5,3	- 7,5	- 3,9	- 12,9
Mai	463,2	- 1,3	12 240 332	- 1,4	4 142 660	0,0	- 3,5	- 3,2	- 4,4
Juni	463,8	- 1,1	13 465 294	0,7	4 493 923	- 3,9	- 1,5	1,2	- 5,7
Juli	465,5	- 1,3	12 215 967	- 7,3	4 056 734	- 7,0	- 24,7	- 31,7	- 9,8
August	466,6	- 1,2	11 750 685	8,4	3 704 744	11,8	8,4	7,0	10,8
September	466,1	- 1,3	14 095 888	3,0	4 800 150	8,0	0,6	2,4	- 2,5
Oktober	462,7	- 1,7	13 486 404	- 0,1	4 463 926	3,8	- 0,2	- 3,3	5,1
November	462,2	- 1,7	14 084 383	6,9	4 696 061	11,5	7,2	2,2	15,2
Dezember	459,7	- 1,7	13 429 293	6,3	4 335 497	- 0,4	2,2	0,8	4,3
D 1. Vj.	466,5	- 0,6	35 918 289	- 6,3	12 411 413	- 5,6	- 15,9	- 17,3	- 14,0
D 2. Vj.	463,6	- 1,2	38 175 570	- 1,4	12 873 608	- 3,1	- 4,2	- 2,0	- 7,8
D 3. Vj.	466,1	- 1,3	38 062 540	0,9	12 561 628	3,7	- 7,4	- 10,6	- 1,5
D 4. Vj.	461,5	- 1,7	41 000 080	4,3	13 495 482	4,9	3,0	- 0,1	8,2
1999	464,4	- 1,2	153 156 479	- 0,6	51 342 132	- 0,2	- 6,5	- 7,9	- 4,3

1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; vorläufige Ergebnisse. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

## Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup>

Art der Angabe	1998	1999	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			1998	1999
			gegenüber	
			1997	1998
Beschäftigte <sup>2)</sup> (in 1000)	470,1	464,4	- 2,3	- 1,2
darunter Arbeiter	281,3	275,0	- 1,2	- 2,2
Geleistete Arbeiterstunden (in Mill. Std.)	437,8	427,1	- 0,8	- 2,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. DM)	32 538,0	32 523,1	0,7	0,0
Umsatz (in Mill. DM)	154 058,5	153 156,5	0,5	- 0,6
davon				
Inlandsumsatz	102 629,9	101 814,3	- 0,7	- 0,8
Auslandsumsatz	51 428,6	51 342,1	3,1	- 0,2
Umsatz nach Bereichen (in Mill. DM)				
Vorleistungsgüterproduzenten	64 374,0	65 358,9	- 1,0	1,5
Investitionsgüterproduzenten	51 794,0	48 570,0	2,2	- 6,2
Gebrauchsgüterproduzenten	5 831,4	5 090,7	- 1,0	- 12,7
Verbrauchsgüterproduzenten	32 059,2	34 136,9	1,3	6,5

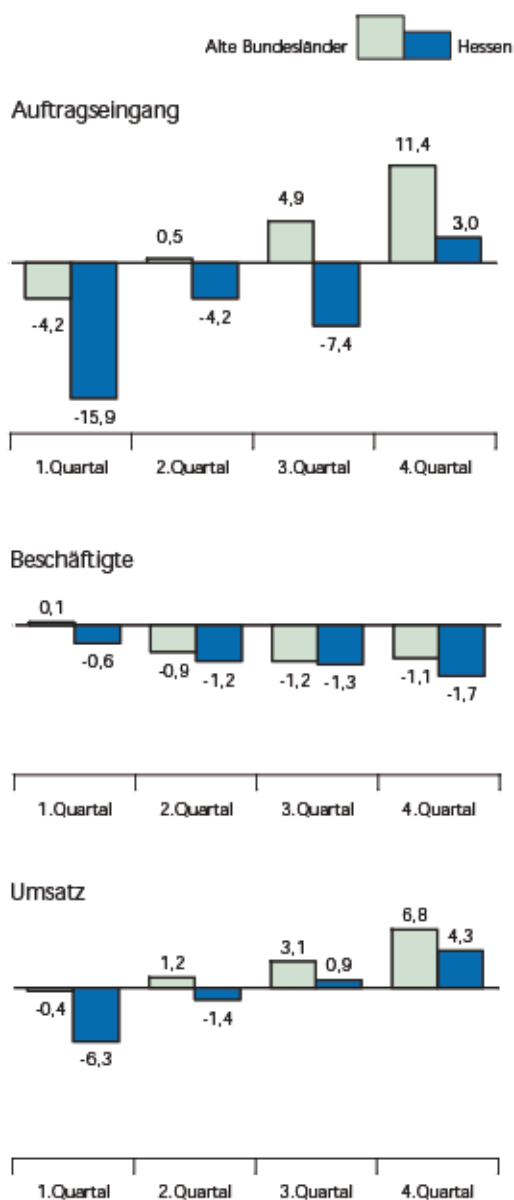
1) In Betrieben mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk); vorläufige Ergebnisse. — 2) Im Durchschnitt des Jahres.

den drei größten Branchen im hessischen Verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftete nur die Chemische Industrie einen Umsatzanstieg von 4,3 % auf 33,2 Mrd. DM. Dagegen verfehlten der Kraftwagensektor mit einem Rückgang von 6,1 % auf 22,4 Mrd. DM und der Maschinenbau mit einer Abnahme von 7,3 % auf 16,0 Mrd. DM das Niveau des Jahres 1998 deutlich.

Die Zahl der *Beschäftigten* im hessischen Verarbeitenden Gewerbe lag im Jahresdurchschnitt 1999 mit 464 400 um 1,2 % niedriger als im Jahr zuvor. Der Rückgang fiel zwar geringer aus als 1998, hat sich allerdings im Jahresverlauf wieder verstärkt. Die drei großen Branchen entwickelten sich bei der Beschäftigung weniger ungünstig als der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Bei der Chemischen Industrie nahm die Beschäftigung um 0,9 % auf 65 800 ab. Der Kraftwagensektor verfehlte mit 60 800 Beschäftigten den Stand des Jahres 1998 um 0,5 % und der Maschinenbau mit 64 000 Personen um 0,8 %. Deutliche Einbußen gab es beim Bekleidungs-gewerbe mit einem Rückgang von 13 %, beim Ledergewerbe mit - 10 % und bei der Metallerzeugung und -bearbeitung mit - 5,5 %.

Von den insgesamt 464 400 im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Personen waren 275 000 oder 59,2 % Arbeiter. Der Beschäftigtenrückgang des Jahres 1999 ist ausschließlich auf die Abnahme um 2,2 % bei den Arbeitern zurückzuführen. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden — nicht enthalten sind u. a. die für Urlaub oder Krankheit bezahlten Stunden — nahm im vergangenen Jahr um 2,5 % auf 427 Millionen ab. Im Jahresdurchschnitt leistete jeder Arbeiter

## Auftragseingang, Umsatz und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> 1999 (Veränderung gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal in %)



1) Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

HSL 33/00

1553 Stunden. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme lag bei 32,5 Mrd. DM. Mit 15,4 Mrd. DM hatte die Lohnsumme einen Anteil von 47,4 %. Der Anteil der gesamten Lohn- und -gehaltssumme am Gesamtumsatz erreichte 21,2 %.

### Trotz höherer Umsätze Beschäftigungsrückgang im Bauhauptgewerbe

Dank einer Erholung der Nachfrage nach Bauleistungen, die Mitte 1998 eingesetzt hatte, keimte die Hoffnung auf, dass das hessische Bauhauptgewerbe die Talsohle erreicht hat. Seit dem dritten Quartal 1999 signalisieren die Auftragsein-



gänge aber wieder eine eher gedämpfte Entwicklung. Im Jahresdurchschnitt 1999 wies das hessische Bauhauptgewerbe erstmals seit Jahren aber wieder einen Umsatzanstieg aus und übertraf bei diesem Indikator die Entwicklung im früheren Bundesgebiet um mehr als drei Prozentpunkte. Dazu haben vor allem der gewerbliche und industrielle Hochbau und der Straßenbau beigetragen. Der hessische Straßenbau profitierte u. a. von den gestiegenen Bauausgaben der Kommunen. Weiterhin niedrige Hypothekenzinsen und ein moderates Baupreisniveau kommen beim Wohnungsbau derzeit nur dem Eigenheimbau zugute. Der Mietwohnungsbau ist noch nicht auf die Beine gekommen.

Der Beschäftigungsabbau hat sich 1999 — wenn auch vermindert — fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt ging die Zahl der *Beschäftigten* in den Betrieben mit 20 und mehr Personen um 6,6 % auf 37 900 zurück. Seit 1995 hat die Beschäftigtenzahl sogar um mehr als ein Drittel abgenommen. Im Jahresverlauf 1999 hat sich die Abnahmerate zum Vorjahr von - 8,3 % im Januar auf - 3,6 % im Dezember 1999 vermindert. Wie schon 1998 ging auch 1999 die Zahl der Angestellten überdurchschnittlich zurück. Dagegen war der Verlauf bei den Facharbeitern mit einem Minus von 5,9 % etwas günstiger.

Die baugewerblichen *Umsätze* lagen 1999 mit 8,9 Mrd. DM um 5,2 % höher als im Jahr zuvor. Bis auf März und Dezember wurde der Vorjahresstand jeweils übertroffen. Nach zwei schwachen Jahren verzeichnete der gewerbliche und industrielle Hochbau im Jahresdurchschnitt einen Anstieg der Umsätze um 16 % auf 3 Mrd. DM. Der Straßenbau steigerte seinen Umsatz um 7,3 % auf 1,1 Mrd. DM. Dagegen verfehlte der Wohnungsbau mit 1,5 Mrd. DM das Niveau des Jahres 1998 um 3,9 %.

#### Bauhauptgewerbe<sup>1)</sup> (Zeitliche Entwicklung 1999)

Zeitraum 1999	Beschäftigte		Baugewerblicher Umsatz		Auftrags-eingang	
	Anzahl	Ab-nahme in % <sup>2)</sup>	1000 DM	Zu- bzw. Abn. (-) in % <sup>2)</sup>	Index (1995 = 100)	Zu- bzw. Abn. (-) in % <sup>2)</sup>
Januar	38 101	- 8,3	498 256	- 8,3	89,1	85,4
Februar	37 184	- 9,1	502 804	- 9,1	61,8	- 24,1
März	37 162	- 9,2	631 248	- 9,2	99,3	11,3
April	37 287	- 8,4	650 902	- 8,4	72,3	9,5
Mai	37 167	- 8,9	691 162	- 8,9	84,6	20,0
Juni	37 376	- 8,2	798 564	- 8,2	106,8	14,8
Juli	37 999	- 6,2	828 876	- 6,2	86,7	- 17,9
August	38 409	- 4,9	813 508	- 4,9	94,3	12,7
September	38 401	- 5,0	879 834	- 5,0	94,9	- 12,5
Oktober	38 944	- 3,5	819 498	- 3,5	99,9	20,8
November	38 547	- 3,1	861 448	- 3,1	59,5	- 12,6
Dezember	37 805	- 3,6	951 739	- 3,6	90,5	- 10,4
D 1. Vj.	37 482	- 8,9	1 632 308	2,0	83,4	14,4
D 2. Vj.	37 277	- 8,5	2 140 628	8,8	87,9	14,9
D 3. Vj.	38 270	- 5,4	2 522 218	9,8	91,9	- 7,3
D 4. Vj.	38 432	- 3,4	2 632 685	0,3	83,3	- 0,8
1999	37 865	- 6,6	8 927 839	5,2	86,6	4,2

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Die wertmäßigen *Auftragseingänge* haben im Durchschnitt des Jahres 1999 im Vergleich zum schlechten Vorjahresergebnis um 4,2 % zugenommen. Begünstigt wurde dieser Anstieg durch Großaufträge im Januar 1999. Im Jahresdurchschnitt nahm die Nachfrage im gewerblichen Hochbau um 8,6 % und im Straßenbau um 19 % zu. Insgesamt hat sich nach einem sehr guten ersten Halbjahr die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte wieder eingetrübt.

#### Auftragsbestand<sup>1)</sup> im Bauhauptgewerbe (Zu- bzw. Abnahme (-) 1999 jeweils gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres in %)

Bauart	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Hochbau	- 7,4	2,6	5,0	- 5,8
Wohnungsbau	- 1,0	- 0,1	3,0	8,9
Gewerbl. u. industr. Bau <sup>2)</sup>	- 8,4	- 0,6	7,6	- 8,6
Öffentl. und Verkehrsbau	- 11,3	24,4	- 2,9	- 13,1
Tiefbau	9,0	9,7	- 1,5	- 5,7
Straßenbau	24,2	11,6	8,5	13,5
Gewerbl. u. industr. Bau <sup>2)</sup>	- 5,7	- 3,4	- 8,1	- 22,9
Öffentl. und Verkehrsbau	20,4	31,2	- 0,9	1,7
Bauhauptgewerbe insgesamt	0,5	6,2	1,4	- 5,7

1) Jeweils am Quartalsende. — 2) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

Dies schlägt sich auch bei den *Auftragsbeständen* nieder. Die bei den Baubetrieben fest akzeptierten, aber noch nicht ausgeführten Bestellungen lagen Ende des vierten Quartals 1999 um 5,7 % niedriger als vor Jahresfrist. Damit wurde zum ersten Mal seit Ende 1998 wieder das Vorjahresniveau verfehlt. Ende Juni hatte es noch einen Anstieg um 6,2 % gegeben.

#### Erneut Rückgang bei den genehmigten Wohnungen

Der schon in den beiden Jahren zuvor beobachtete Trend — Rückgang der Nachfrage nach Baugenehmigungen für den Geschosswohnungsbau bei gleichzeitigem Anstieg der Bauanträge für Einfamilienhäuser — setzte sich 1999 fort. Wiederum gab es zwar insgesamt mehr Baugenehmigungen als im Vorjahr, doch die Zahl der daraus resultierenden, zum Bau freigegebenen Wohnungen ging noch stärker zurück als im Vorjahr.

1999 gaben die hessischen Bauämter knapp 12 600 *Wohngebäude* zum Bau frei, 5,4 % mehr als 1998. Häuser mit 3 oder mehr Wohnungen wurden allerdings mit nur rund 1400 um 10,0 % weniger beantragt. Auch bei Zweifamilienhäusern gab es im Gegensatz zum Vorjahr diesmal einen Rückgang, und zwar um 6,7 % auf 2050 Genehmigungen. Der anhaltende Nachfrage-Boom bei Einfamilienhäusern führte zu einem Anstieg um 11,5 % auf 9140 Einheiten. Diese Ausweitung der Nachfrage bei Einfamilienhäusern um 940 Einheiten konnte aber bei den zum Bau freigegebenen Wohnungen den Rückgang um 1200 Wohnungen oder

## Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	1997	1998	1999	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				1998	1999
				gegenüber	
				1997	1998
<b>Wohnbau<sup>1)</sup></b>					
Gebäude <sup>2)</sup>	10 415	11 934	12 574	14,6	5,4
darunter mit					
1 Wohnung	6 670	8 196	9 139	22,9	11,5
2 Wohnungen	2 157	2 193	2 045	1,7	- 6,7
3 oder mehr Wohnungen	1 583	1 540	1 386	- 2,7	- 10,0
Rauminhalt (1000 m <sup>3</sup> )	12 764	13 464	13 809	5,5	2,6
Wohnungen	24 090	23 770	22 981	- 1,3	- 3,3
Wohnfläche (1000 m <sup>2</sup> )	2 403	2 534	2 553	5,5	0,7
<b>Nichtwohnbau<sup>1)</sup></b>					
Gebäude	2 744	2 858	3 248	4,2	13,6
Rauminhalt (1000 m <sup>3</sup> )	9 192	8 206	9 692	- 10,7	18,1
Nutzfläche (1000 m <sup>2</sup> )	2 033	1 964	2 275	- 3,4	15,8
<b>Wohnungen insgesamt<sup>3)</sup></b>					
	29 819	28 927	27 330	- 3,0	- 5,5

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

10,9 % im Geschosswohnbau und um 300 Wohnungen oder 6,7 % in Zweifamilienhäusern nicht kompensieren. Zusammen wurden 1999 in neuen Wohngebäuden nur noch 23 000 Wohnungen zum Bau freigegeben, 790 oder 3,3 % weniger als im Vorjahr (1998: - 320 bzw. - 1,3 %).

Zusätzlich zu diesen Wohnungen in neuen Wohngebäuden wurden weitere Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sowie in Nichtwohngebäuden freigegeben. Auch hier gab es drastische Rückgänge. 3680 Wohnungen oder 14,6 % weniger als im Vorjahr wurden für Baumaßnahmen an vorhandenen Gebäuden, 670 Wohnungen oder 20,9 % weniger in Nichtwohngebäuden genehmigt.

Damit wurden 1999 insgesamt 27 300 Wohnungen zum Bau freigegeben; 5,5 % weniger als 1998. Dieser Rückgang verteilte sich regional nicht gleichmäßig. In den Regierungsbezirken Darmstadt (- 1,0 %) und Gießen (- 2,3 %) war er moderat, im Regierungsbezirk Kassel (- 19,5 %) gab es einen Einbruch um ein Fünftel.

### Kräftiger Anstieg des Bauvolumens im Nichtwohnbau

Die hessischen Bauämter genehmigten 1999 die Erstellung von 3250 neuen *Nichtwohngebäuden*, 13,6 % mehr als 1998. Das beantragte Bauvolumen erhöhte sich im Jahresvergleich um 18,1 % auf 9,69 Mill. m<sup>3</sup> umbauten Raum, die zum Bau freigegebene Nutzfläche um 15,8 % auf 2,27 Mill. m<sup>2</sup>. Da zusätzlich 349 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche für Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden genehmigt wurden, erhöht sich die gesamte zum Bau freigegebene Nutzfläche auf 2,62 Mill. m<sup>2</sup>, 12,7 % mehr als 1998. Alle Gebäudearten-Gruppen partizipierten an diesem Zuwachs. Am

stärksten war die Erhöhung der Nachfrage nach Nutzfläche bei Fabrik- und Werkstattgebäuden mit + 20,6 % sowie Handels- einschl. Lagergebäuden mit + 20,0 %, gefolgt von Hotels und Gaststätten mit + 15,7 %, sonstigen Nichtwohngebäuden (wie Schulen, Museen, Kirchen) mit + 11,5 %, Büro- und Verwaltungsgebäuden mit + 7,4 % und landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden mit + 5,0 %.

Im Gegensatz zu 1998 betraf die steigende Nachfrage nach Nutzfläche nur die Regierungsbezirke Gießen (+ 39,0 %) und Darmstadt (+ 17,6 %), während sie im Regierungsbezirk Kassel mit - 3,4 % geringer wurde.

Eine Zusammenfassung der Genehmigungen für Wohngebäude und Nichtwohngebäude sowie der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu den hessischen Hochbaugenehmigungen insgesamt ergibt folgendes Bild: Es wurden 6,67 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche zum Bau freigegeben, 5 % mehr als 1998. Dafür veranschlagten die Bauherren 11,8 Mrd. DM reine Baukosten, 7,8 % mehr als im Vorjahr.

Für die Beurteilung der konjunkturellen Situation in der gesamten Bauwirtschaft ist eine isolierte Betrachtung des Indikators Hochbaugenehmigungen allerdings nicht aussagefähig. Baugenehmigungen führen je nach Entwicklung der Baupreise und Hypothekenzinsen sowie des Immobilienmarktes nicht immer bzw. nicht unmittelbar zu Bauaufträgen bzw. Baumaßnahmen. Zudem wird der Teilbereich Tiefbau (einschl. Straßenbau) in der amtlichen Baugenehmigungsstatistik nicht erfasst.

### Einzelhandel bleibt im Plus

Etwa 40 % der Ausgaben der Privathaushalte gelangen in die Kassen des Einzelhandels. So geben die Informationen über die dort getätigten Umsätze einen wichtigen Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 1999 stiegen die *Umsätze* der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr nominal um knapp 1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies real ein Wachstum von 0,5 %. Nachdem bereits im Vorjahr ein ähnliches Wachstum zu beobachten war, scheint die negative Entwicklung, die 1992 begonnen hatte, wieder von einer — wenn auch bescheidenen — Aufschwungphase abgelöst zu werden. Betrachtet man den Einzelhandel im engeren Sinn, das heißt ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen sowie ohne Tankstellen — diese schnitten mit einem Umsatzzuwachs von nominal 3 und real 2 % besonders gut ab —, so trübt sich das Bild etwas: Ohne diese Branche verharrten die Einzelhandelsumsätze auf dem Niveau von 1998.

Am günstigsten war die Entwicklung beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 1999 nominal und real um 4 % aus. Es folgte der Handel mit Waren verschiede-

ner Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen. Hier gab es bei geringem nominalen Umsatzwachstum ein reales Plus von 1 %. In den beiden genannten Branchen wird fast die Hälfte des Umsatzes des Einzelhandels im engeren Sinn getätigt. Dagegen büßte der Facheinzelhandel, der zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt, nominal und real 1 % seines Umsatzes ein. Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, mit einem Umsatzanteil von etwa 4 % allerdings von geringerem Gewicht, blieb deutlich im Minus. Nominal und real betrug die Abnahmerate 5 %. Auch der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, musste mit nominal und real – 2 % klare Umsatzeinbußen hinnehmen. Diese Branche trägt zu etwa einem Siebtel zum Gesamtumsatz bei.

Die leicht positive Umsatzentwicklung schlug sich nicht in der Veränderung der Zahl der *Beschäftigten* nieder. Sie ging im Durchschnitt des Jahres 1999 um 3 % zurück, wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verglichen mit 1998 stärker abnahm als diejenige der Vollzeitbeschäftigten.

### Mehr Gäste und Übernachtungen

Im Jahr 1999 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) von 9,2 Mill. *Gästen* besucht, die 24,0 Mill. *Übernachtungen* buchten. Gegenüber dem Vorjahr waren das 5 % mehr Gäste und ebenfalls 5 % mehr Übernachtungen. Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 6 % stieg, erhöhte sich die Zahl ihrer Übernachtungen um 5,5 %. Bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz stieg die Zahl der Ankünfte um 2 % und die Zahl ihrer Übernachtungen um 3 %. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste blieb mit 2,6 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten noch besser ab. Hier stieg die Zahl der Gäste um 6,5 % und die der Übernachtungen um 8 %. Sowohl bei den Ankünften als auch bei den Übernachtungen waren es besonders die inländischen Gäste, die zu diesem guten Ergebnis beitrugen. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat: In den Mineral- und Moorbädern kam es zu einem Zuwachs der Ankünfte um annähernd 8 % und der Übernachtungen um 6 %; die heilklimatischen Kurorte hatten 8,5 % mehr Gäste und 3 % mehr Übernachtungen. Bei den Kneippkurorten waren es knapp 4 % mehr Gäste und etwas über 1 % mehr Übernachtungen, bei den Luftkurorten jeweils 1 % mehr Gäste und Übernachtungen. Dagegen büßten die Erholungsorte geringfügig Gäste ein, die Zahl der Übernachtungen verminderte sich in dieser Gemeindegruppe um 1,5 %.

Unter den einzelnen Betriebsarten konnten sich die Hotels (5 % mehr Gäste und 6 % mehr Übernachtungen) und Ho-

tels garnis (10 % mehr Gäste und Übernachtungen) gut behaupten. Dagegen konnten die Pensionen nur 1 % mehr Gäste begrüßen, die 1,5 % weniger Übernachtungen buchten; die Gasthöfe hatten bei 3 % mehr Gästen nur 1 % mehr Übernachtungen. Von den übrigen Betriebsarten konnten die Hütten, Jugendherbergen und Jugendherbergsähnlichen Einrichtungen ihre Gäste- und Übernachtungszahl merklich ausweiten. Deutlich erholt zeigten sich Sanatorien und Kurkrankenhäuser: Sie verbuchten sowohl 8 % mehr Ankünfte als auch 8 % mehr Übernachtungen.

Im vergangenen Jahr fanden außerdem noch 318 000 Gäste auf Campingplätzen vorübergehend Unterkunft, und zwar für 1 010 000 Übernachtungen. Hier nahm die Zahl der Gäste im Vergleichszeitraum um fast 8 % zu, bei den Übernachtungen war es ein Plus von 4 %.

### Gastgewerbe behauptet

Im Jahr 1999 waren die *Umsätze* im hessischen Gastgewerbe über 1 % höher als im Vorjahr. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, verblieb lediglich ein Plus von 0,2 %. Zu diesem Ergebnis trugen vor allem die Kantinen und Catering-Unternehmen bei: Sie hatten nominal 8 und real 6 % mehr Umsatz. Auch das Beherbergungsgewerbe hatte mit nominal 2 und real 1 % Umsatzwachstum mehr Geld in den Kassen. Dagegen büßte das Gaststättengewerbe im Jahresvergleich nominal 1 % seines Umsatzes ein; real waren es über 2 %.

Gegenläufig zum Umsatz ging die Zahl der *Beschäftigten* im Vergleichszeitraum um 6 % zurück, wobei die Vollzeitbeschäftigten nur um 0,4 % abnahmen, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um über 12 % zurückging.

### Mehr Güter auf dem Wasser und in der Luft

In der *Binnenschifffahrt* hat 1999 die umgeschlagene Gütermenge wieder zugenommen. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres insgesamt 14,3 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, annähernd 5 % mehr als 1998. Dabei stieg das Volumen des Versands von Gütern um 3 % auf 2,2 Mill. t, während das Volumen des Empfangs sogar um 5 % auf 12,0 Mill. t wuchs. Unter den wichtigsten Massengütern erhöhte sich der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (Steinkohle und -briketts) um 4 % auf 2,1 Mill. t, von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen um 2 % auf 4,4 Mill. t sowie von Steinen und Erden (Sand, Kies, Bims und Ton) um 6 % auf 4,7 Mill. t.

Bei der *Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln* (Busse, Straßen- und U-Bahnen, ohne den Regionalverkehr, der von der DB AG bereitgestellt wird — wie zum Beispiel S-Bahnen) war die Tendenz negativ. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1999 wurden mit

330 Mill. Personen fast 2 % weniger Fahrgäste befördert als 1998. Die dabei zurückgelegten Wagenkilometer summieren sich auf 213 Mill., was 3 % weniger als im Vorjahr war.

Der **Luftverkehr** auf dem international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) erreichte im Passagierverkehr neue Höchstmarken. Im Jahr 1999 erfolgten im zivilen Verkehr 439 000 Starts und Landungen, 5,5 % mehr als im Jahr 1998. Die Zahl der Fluggäste erhöhte sich um 7 % und nähert sich mit 45,9 Mill. der 50-Millionen-Marke. Damit blieb Frankfurt der Flughafen mit dem höchsten Passagieraufkommen auf dem europäischen Kontinent. Insbesondere der Privatreiseverkehr sorgte — wie schon in den Vorjahren — für Zuwachs, wobei der Interkontinentalverkehr deutlich zulegen konnte. Im Luftfrachtverkehr — hier ist Frankfurt Nummer 1 in Europa und gehört zu den weltweit wichtigsten Umschlagplätzen — scheint die Asienkrise überwunden. Das Luftfrachtaufkommen stieg um 5 % auf 1,4 Mill. t. Erstmals seit 1995 gab es bei der beförderten Luftpost wieder ein Plus: Sie erhöhte sich um annähernd 3 % auf 139 000 t. Dabei nahm die Auslandspost um 6 % zu, während die beförderte Inlandspost um 1 % abnahm. Dies war ein Ergebnis der Neukonzeption der Transportlogistik der Deutschen Post AG, die zu einer Verlagerung des Posttransports auf die Straße geführt hat.

#### Leichtkrafträder weiterhin der Renner

Zur Jahresmitte 1999 waren in Hessen 254 000 Krafträder zugelassen, darunter 217 000 Motorräder und -roller. Verglichen mit dem Stand am 1. Juli 1998 waren dies 8 % mehr. Um fast ein Fünftel stieg die Zahl der Leichtkrafträder mit amtlichem Kennzeichen, und zwar auf nunmehr 37 300. Wesentlich schwächer hat im gleichen Zeitraum die Zahl der Personenkraftwagen zugenommen, nämlich um gut 2 % auf annähernd 3,4 Millionen. Weit über die Hälfte der Pkw hatte einen Hubraum von 1400 bis 1999 cm<sup>3</sup>, 16 % hatten einen größeren Hubraum. Die Zahl dieser Pkw stieg im Jahresvergleich jeweils um 2 %. Etwas darüber lag der Zuwachs der Pkw mit einem Hubraum von 1200 bis 1399 cm<sup>3</sup>, die einen Anteil von annähernd 16 % am Pkw-Bestand hatten. Dagegen verminderte sich die Zahl der Pkw unter 1200 cm<sup>3</sup> im Jahresvergleich um etwa 1 %. Sie kamen auf einen Anteil von knapp 12 %.

Insgesamt gab es in Hessen am 1. Juli 1999 fast 4 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, 2 % mehr als ein Jahr zuvor. Mit einem Wert von 659 Kraftfahrzeugen bzw. 557 Personenkraftwagen je 1000 Einwohner nimmt Hessen weiterhin einen Spitzenplatz unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland ein.

#### Zahl der Verkehrstoten gestiegen

1999 ereigneten sich 27 700 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren 6 % mehr als vor Jahresfrist. Dabei stieg die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, um 26 oder knapp 5 % auf 563. Bei den Schwerverletzten betrug die Zunahme über 2 % auf nunmehr 7000; bei den

Leichtverletzten gab es im Jahresvergleich sogar eine Zunahme um 7 % auf 30 300. Die seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende günstige Entwicklung, die für 1998 zur bisher niedrigsten Zahl an Verkehrstoten seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950 geführt hatte — damals waren 540 Verkehrstote zu beklagen — scheint damit zunächst unterbrochen zu sein. Es wäre allerdings zu früh, von einer Trendwende zu sprechen, da auch in den zurückliegenden Jahren bei grundlegend rückläufiger Tendenz vereinzelt Zunahmen zu beobachten gewesen waren.

#### Landwirtschaftliche Betriebe: Strukturwandel hält an

Im Frühjahr 1999 gab es in Hessen noch gut 27 900 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha. Das waren knapp 1300 Betriebe oder 4,4 % weniger als ein Jahr zuvor. Die von diesen Betrieben bewirtschaftete LF nahm im Vergleichszeitraum geringfügig auf 764 600 ha zu, sodass deren durchschnittliche Betriebsgröße um 1 ha auf gut 27 ha LF je Betrieb stieg. Somit hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft in Richtung auf weniger, aber flächenmäßig größere Betriebe im abgelaufenen Jahr fortgesetzt. Nach wie vor bewirtschaften aber gut 39 % der Betriebe eine LF von weniger als 10 ha. Damit bestimmen auch weiterhin bäuerliche Familienbetriebe das Strukturbild der hessischen Landwirtschaft.

#### Überdurchschnittliche Getreideernte — Rapsanbau ausgedehnt

Nach einer verbreitet durch starke Niederschläge und vernässte Böden problematisch verlaufenen oder gar unmöglich gewordenen Aussaat im Herbst 1998 kamen die Wintergetreidebestände in gutem Zustand durch den Winter. Allerdings wurde wegen der schlechten Aussaatbedingungen verstärkt Sommergetreide angebaut. Die im Frühjahr einsetzende kühle und nasse Witterung führte dann zu Beeinträchtigungen bei der Blüte des Getreides, jedoch kaum zu

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur<sup>1)</sup>

Betriebsgrößenklasse nach der LF in ha	1998		1999		Zu- bzw. Abnahme (-)
	absolut	%	absolut	%	
<b>Landwirtschaftliche Betriebe</b>					
2 bis unter 5	5	6 333	5 804	20,8	- 8,4
5 bis unter 10	10	5 474	5 179	18,6	- 5,4
10 bis unter 20	20	5 810	5 625	20,2	- 3,2
20 bis unter 30	30	3 430	3 158	11,3	- 7,9
30 bis unter 40	40	2 193	2 108	7,6	- 3,9
40 bis unter 50	50	1 498	1 474	5,3	- 1,6
50 bis unter 75	75	2 260	2 263	8,1	0,1
75 bis unter 100	100	1 109	1 128	4,0	1,7
100 oder mehr		1 076	1 174	4,2	9,1
<b>Insgesamt</b>		<b>29 183</b>	<b>27 913</b>	<b>100</b>	<b>- 4,4</b>
<b>Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in ha</b>					
<b>Insgesamt</b>		<b>763 802</b>	<b>764 612</b>		<b>0,1</b>

1) Betriebe mit 2 oder mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

## Anbau und Ernte ausgewählter Feldfrüchte

Fruchtart	D 1993/98	1998	1999	Zu- bzw. Abn. (-) in % 1999 gegenüber	
				D 1993/98	1998
Anbaufläche (Grundzahlen in 1000 ha)					
Weizen	138,1	145,6	130,9	- 5,3	- 10,1
Winterweizen	135,4	142,6	122,3	- 9,6	- 14,2
Sommerweizen	1,9	1,5	7,1	281,4	386,6
Hartweizen (Durum)	0,9	1,5	1,4	55,1	- 6,0
Roggen <sup>1)</sup>	24,6	25,0	18,6	- 24,2	- 25,4
Gerste	111,4	110,1	112,9	1,3	2,5
Wintergerste	79,6	80,7	76,0	- 4,6	- 5,9
Sommergerste	31,8	29,4	36,9	16,1	25,7
Hafer	26,7	22,6	22,3	- 16,5	- 1,4
Sommermenggetreide	3,6	3,4	3,6	- 2,0	5,6
Triticale	10,3	15,5	13,4	29,1	- 13,9
Getreide insgesamt	314,8	322,1	301,6	- 4,2	- 6,4
Körnermais <sup>2)</sup>	7,3	6,8	6,2	- 15,1	- 8,1
Winterraps	46,5	47,8	53,7	15,5	12,3
Kartoffeln	5,9	5,5	5,9	- 0,2	7,2
Zuckerrüben	21,0	20,7	20,6	- 2,1	- 0,7
Hektarertrag (Grundzahlen in dt)					
Weizen	70,7	72,7	76,2	7,8	4,8
Winterweizen	71,1	73,1	77,3	8,7	5,7
Sommerweizen	55,1	57,3	63,0	14,3	9,9
Hartweizen (Durum)	49,7	52,7	47,5	- 4,4	- 9,9
Roggen <sup>1)</sup>	57,0	58,4	57,5	0,9	- 1,5
Gerste	55,9	57,0	59,1	5,7	3,7
Wintergerste	59,1	60,4	64,7	9,5	7,1
Sommergerste	48,1	47,5	47,5	- 1,2	0,0
Hafer	48,7	46,8	51,4	5,5	9,8
Sommermenggetreide	44,0	42,3	47,0	6,8	11,1
Triticale	59,3	62,4	63,1	6,4	1,1
Getreide insgesamt	61,9	63,6	65,9	6,5	3,6
Körnermais <sup>2)</sup>	81,6	85,2	92,2	13,0	8,2
Winterraps	28,0	31,8	35,8	27,9	12,6
Kartoffeln	357,0	341,1	389,0	9,0	14,0
Zuckerrüben	537,5	547,9	596,0	10,9	8,8
Gesamternte (Grundzahlen in 1000 t)					
Weizen	977,1	1 058,7	997,6	2,1	- 5,8
Winterweizen	962,2	1 042,3	945,8	- 1,7	- 9,3
Sommerweizen	10,3	8,4	45,0	336,0	434,7
Hartweizen (Durum)	4,6	8,0	6,8	48,2	- 15,3
Roggen <sup>1)</sup>	140,3	146,0	107,2	- 23,6	- 26,5
Gerste	623,1	627,4	666,6	7,0	6,3
Wintergerste	470,2	487,8	491,2	4,5	0,7
Sommergerste	153,0	139,6	175,4	14,7	25,7
Hafer	129,8	105,6	114,5	- 11,8	8,4
Sommermenggetreide	16,0	14,3	16,7	4,6	17,3
Triticale	61,3	96,8	84,3	37,4	- 13,0
Getreide insgesamt	1 947,6	2 048,8	1 986,9	2,0	- 3,0
Körnermais <sup>2)</sup>	59,9	57,8	57,5	- 4,1	- 0,5
Winterraps	130,2	152,1	192,3	47,7	26,3
Kartoffeln	210,6	187,4	229,1	8,7	22,3
Zuckerrüben	1 130,2	1 135,8	1 226,5	8,5	8,0

1) Einschl. Wintermenggetreide. — 2) Einschl. Corn-Cob-Mix.

vermehrtem Auftreten von Krankheiten. Die im Frühsommer folgende Trockenperiode und insbesondere die Hitze und Trockenheit in der ersten Augsthälfte förderten im südlichen Landesteil eine beschleunigte Abreife und schnelle Ernte des Getreides. In Nordhessen verzögerten allerdings Regenfälle die Ernte, sodass die Ernte erst Anfang September abgeschlossen werden konnte.

Bei *Getreide* konnte mit einem Flächenenertrag von 65,9 Dezitonnen (dt) je ha das Ertragsniveau des Vorjahres überschritten werden. Der Hektarertrag lag deutlich über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Bei Winterweizen wurden mit 77,3 dt je ha knapp 6 % höhere Erträge als im Vorjahr erzielt, und auch bei Wintergerste lagen die Erträge gut 7 % über dem Vorjahresniveau. Lediglich bei Roggen und Hartweizen konnte der Hektarertrag des Vorjahres nicht erreicht werden. Auch für die Ertragsbildung bei den Sommergetreidearten wirkten sich die Witterungsbedingungen positiv aus. So waren bei Sommerweizen, Sommermenggetreide und Hafer Ertragszuwächse zwischen 10 und 11 % gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Bei Sommergerste bewegte sich der Hektarertrag auf Vorjahresniveau.

Die Getreideernte erreichte mit insgesamt knapp 1 987 000 t nicht ganz das Vorjahresniveau, fiel aber höher aus als im Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre. Die Anbaufläche für Getreide hatte sich gegenüber dem Jahr 1998 um gut 6 % verringert, im Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre um mehr als 4 %. Beim Winterweizen als wichtigster der im Anbau befindlichen Getreidearten wurde auf einer gegenüber dem Vorjahr stark verminderten Anbaufläche eine Ernte von 945 800 t erzielt, das waren rund 96 500 t weniger als 1998.

Wie schon im Vorjahr dehnten Hessens Landwirte den Anbau von *Winterraps* weiter kräftig aus. Auf einer Anbaufläche von 53 700 ha, die um gut 12 % über der des Vorjahres lag, wurde eine Gesamternte von 192 300 t eingebracht. Gegenüber der Ernte 1998 war das ein Zuwachs um gut ein Viertel. Der Flächenenertrag lag mit 35,8 dt je ha um 4 dt über dem Vorjahresergebnis.

### Mehr Kartoffeln angebaut — weit überdurchschnittliche Weinmosternte

Der in der Vergangenheit eingeschränkte Kartoffelanbau nahm gegenüber dem Vorjahr um gut 7 % zu. Auf einer Fläche von 5900 ha wurden mit einer Gesamternte von 229 100 t sogar rund 22 % mehr *Kartoffeln* geerntet als

#### Weinmosternte<sup>1)</sup>

Art der Angabe	D 1993/ 1998	1996	1997	1998	1999
Hektarertrag (hl)	72,8	65,7	82,4	69,7	106,3
Gesamternte (1000 hl)	261,1	238,1	294,5	250,1	379,9
davon geeignet für					
Tafelwein	—	—	—	—	2,2
Q.b.A.-Wein	101,7	122,8	98,4	116,2	140,0
Prädikatswein	159,4	115,3	196,1	133,8	237,7
Mostgewicht (° Öchsle)	78	75	80	77	80
Säuregehalt (‰)	10,9	13,0	10,2	10,5	8,5

1) Im Erwerbweinbau. — 2) Einschl. Landwein sowie Verarbeitungswein.

## Rindvieh- und Schweinehaltung

Art der Angabe	1998 <sup>1)</sup>	1999 <sup>2)3)</sup>	Zu- bzw. Abnahme (-)	
		1000		%
Rindvieh	572,1	560,3	(- 11,8)	(- 2,1)
darunter				
Milchkühe	174,9	175,6	(0,8)	(0,4)
Schlacht- und Mast- rinder <sup>4)</sup>	77,3	70,9	(- 6,3)	(- 8,2)
Rindviehhalter	16,3	15,0	(- 1,3)	(- 8,1)
darunter Milch- kuhalter	8,5	7,7	(- 0,8)	(- 9,1)
Schweine	900,6	884,0	(- 16,6)	(- 1,8)
davon				
Ferkel <sup>5)</sup>	458,4	437,2	(- 21,2)	(- 4,6)
Mastschweine	350,7	358,8	(8,1)	(2,3)
Zuchtschweine	91,5	88,0	(- 3,5)	(- 3,8)
Schweinehalter	18,9	15,0	(- 3,9)	(- 20,6)

1) Rindvieh am 3. Juni, Schweine am 3. April. — 2) Am 3. Mai. — 3) Ab 1999 werden nur noch Viehbestände in landwirtschaftlichen Betrieben mit 2 ha LF und mehr oder entsprechenden Erzeugungseinheiten nachgewiesen. — 4) 1 Jahr und älter. — 5) Einschl. Jungmastschweinen.

1998, da mit 389,0 dt je ha auch der Ertrag um 14 % über dem des Vorjahres lag.

Im vergangenen Jahr wuchs ein quantitativ und qualitativ überdurchschnittlicher Weinmostjahrgang heran. Mit einer *Weinmosternte* von 379 900 Hektolitern (hl) lag die Erntemenge um 52 % über der des Vorjahres und um 45 % über dem Durchschnitt der Jahre 1993 bis 1998. Der 1999er Weinmost gehört mit einem Mostgewicht von 80° Öchsle zu den Spitzenjahrgängen. Während im 6-Jahres-Durchschnitt 1993/98 rund 61 % des Weinmostes zu Prädikatswein ausgebaut werden konnten, sind es vom Jahrgang 1999 knapp 63 %.

Nach dem Ergebnis der *Waldschadenserhebung*<sup>6)</sup> waren im vergangenen Jahr 27 % der Bäume ohne sichtbare Schäden (Vorjahr: 25 %). Der Anteil der schwach geschädigten Bäume stieg von 39 auf 46 %. Dagegen ging der Anteil der Bäume in Hessens Wäldern, die starke Schäden aufweisen, deutlich zurück. Mit 27 % waren das 9 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr.

### Rindviehbestand weiter rückläufig

Im Mai 1999 wurden in Hessens landwirtschaftlichen Betrieben 560 300 Rinder gehalten. Trotz der durch methodische Änderungen<sup>7)</sup> bedingten eingeschränkten Vergleichbarkeit mit den entsprechenden Vorjahresergebnissen zeigt sich, dass der seit 1986 anhaltende Bestandsabbau in der *Rindviehhaltung* sich auch 1999 weiter fortgesetzt hat. Allerdings war die Zahl der Milchkühe mit 175 600 Tieren nahezu auf dem Vorjahresniveau geblieben. Von Januar bis Dezem-

6) Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten: Waldschadensbericht 1999.

7) Vgl.: „Viehzählung 1999 mit veränderter Methodik – Erste Ergebnisse“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 10, Oktober 1999, S. 300 f.

8) Vgl. Karrenberg, Hanns und Münstermann, Engelbert; Gemeindefinanzbericht 1999; in: Der Städtetag, Stuttgart, April 1999, S. 151 ff.

ber 1999 wurden von den Milcherzeugern 987 300 t Milch an die Molkereien geliefert, das waren 11 600 t mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Unter den am 3. Mai letzten Jahres gehaltenen 884 000 *Schweinen* befanden sich 437 200 Ferkel und Jungschweine sowie 358 800 Mastschweine. Außerdem standen 88 000 Zuchtschweine in hessischen Viehställen. Der Schweinebestand wurde gegenüber April 1998 um knapp 2 % oder 16 600 Tiere vermindert.

## Öffentliche Finanzen

### Kommunalfinanzen — Positive Entwicklung

Die Befürchtungen des Deutschen Städtetages hinsichtlich der Entwicklung der kommunalen Finanzen, dass schon 1999 der kommunale Finanzierungssaldo wieder negativ werden würde<sup>8)</sup>, haben sich zumindest nach den hessischen, kassenmäßigen Eckzahlen nicht bewahrheitet. Die hessischen Gebietskörperschaften konnten nach 1998 auch im Jahr 1999 einen positiven Finanzierungssaldo — als Differenz ihrer um haushaltstechnische und besondere Finanzierungsvorgänge bereinigten aggregierten Einnahmen und Ausgaben — ausweisen. Nach den Daten der Vierteljährlichen Kassenstatistik haben die kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt nunmehr sogar einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von rund 1,6 Mrd. DM erwirtschaftet, nachdem im Vorjahr lediglich ein positiver Finanzierungssaldo von 367 Mill. DM erzielt worden war. Auch wenn zu dieser Erhöhung des Einnahmeüberschusses der kommunalen Ebene die Gebietskörperschaften sicher nicht gleichmäßig beigetragen haben, so ist doch eine allgemeine Tendenz zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation nicht zu übersehen. Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt, dass die Gemeinden — kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden — und die Landkreisverwaltungen jeweils in ihrer Mehrheit positive Finanzierungssalden erreichten. Die Kreisverwaltungen konnten den Ausgabeüberschuss in Höhe von 198 Mill. DM des Vorjahres auf einen negativen Finanzierungssaldo von 62 Mill. DM in 1999 reduzieren. So wiesen 1999 immerhin 13 Landkreisverwaltungen einen positiven Finanzierungssaldo aus. Die übrigen acht Kreisverwaltungen konnten, bei allerdings zum Teil deutlich reduzierten Ausgabeüberschüssen, ihre Haushalte nur über Kreditaufnahmen bzw. Entnahmen aus den Rücklagen zum Ausgleich bringen. Der hohe positive Finanzierungssaldo von über 1 Mrd. DM der kreisfreien Städte insgesamt ist, wie auch bereits in den beiden Vorjahren, ganz besonders auf das gute Ergebnis der Stadt Frankfurt am Main (+ 969 Mill. DM) zurückzuführen, das aktuell wesentlich durch Steigerungen der Steuereinnahmen zu Stande kam.

**Finanzierungssalden  
hessischer Gebietskörperschaften 1998 und 1999  
(Mill. DM)**

Gebietskörperschaft(en)	Finanzierungssaldo		Zu- bzw. Abnahme (-)
	1998	1999	
Kreisfreie Städte	477	1 043	566
davon			
Darmstadt	- 22	- 59	- 37
Frankfurt am Main	506	969	463
Offenbach am Main	10	21	11
Wiesbaden	34	141	108
Kassel	- 50	- 28	22
Kreisangehörige Gemeinden	146	448	302
Kreisverwaltungen	- 198	- 62	136
Landeswohlfahrtsverband	- 58	130	188
Kommunale Gebietskörperschaften i n s g e s a m t	367	1 559	1 192

Bei den Steuererträgen der kommunalen Gebietskörperschaften hat sich — vor dem Hintergrund der verbesserten Ertragslage der Unternehmen, einer günstigeren Beschäftigungsentwicklung sowie der Umsatzsteuererhöhung — insgesamt eine positive Aufkommenstendenz über das ganze Jahr 1999 fortsetzen können. So sind die *aggregierten Steuereinnahmen* auf der kommunalen Ebene um mehr als 8 % auf über 12 Mrd. DM angestiegen. Mit dem allmählichen Rückgang der steuerlichen Ausfälle infolge des Abklingens der Investitionsförderung im Beitrittsgebiet und des Inkrafttretens der ersten Stufe der Steuerreform scheint die Wirkung der für die Steuerbemessungsgrundlagen erosiven Kräfte weiter an Bedeutung zu verlieren.

Die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wiesen auch im Jahr 1999 deutliche Zuwächse, bei signifikanten Unterschieden in den Aggregaten der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden, auf. Während bei den kreisfreien Städten die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern — wesentlich gestützt auf eine gute Verdoppelung des Aufkommens aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Frankfurt am Main auf 243 Mill. DM — insgesamt um 18 % auf 1,3 Mrd. DM kletterten, schafften sie bei den kreisangehörigen Gemeinden nur einen Zuwachs um 6 % auf 3,5 Mrd. DM. Die kreisangehörigen Gemeinden nahmen demgegenüber mit 2,6 Mrd. DM rund 14 % mehr an Gewerbesteuer ein, wohingegen die kreisfreien Städte bei der Gewerbesteuer nur einen Zuwachs um 6 % auf 3,3 Mrd. DM verbuchten.

Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben den kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen insgesamt Steuereinnahmen (netto) in Höhe von 11 Mrd. DM. Dies waren 10,4 % mehr als 1998. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer flossen den hessischen Kommunen, nun im zweiten Jahr ihrer Beteiligung an dem Aufkommen der Umsatzsteuer, bereits 556 Mill. DM — nach 369 Mill. DM im Jahr 1998 — zu. Davon entfiel mit 234 Mill. DM ein Anteil von nur

**Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen  
der Gemeinden und Gemeindeverbände  
1998 und 1999**

Ausgaben- bzw. Einnahmeart	1998	1999	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
	Mill. DM		1998	1999
			gegenüber	
			1997	1998
<b>Ausgaben<sup>1)</sup></b>				
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	27 214	27 623	2,3	1,5
darunter				
Personalausgaben	6 236	6 214	1,7	- 0,4
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3 996	3 948	- 0,5	- 1,2
Erstattungen, kalkulatorische Kosten	2 500	2 493	8,0	- 0,3
Leistungen der Sozial- u. Jugendhilfe	5 679	5 603	0,5	- 1,3
Zinsausgaben (einschl. innere Darlehen)	1 228	1 084	- 0,4	- 11,7
Ausgaben des Vermögenshaushalts	5 952	6 102	- 6,8	2,5
darunter				
Baumaßnahmen, Vermögenserwerb	3 046	3 256	- 6,4	6,9
Ausgaben i n s g e s a m t	33 166	33 725	0,5	1,7
<b>Einnahmen</b>				
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	27 744	29 081	2,8	4,8
darunter				
Gewerbesteuer (netto) <sup>2)</sup>	4 231	4 835	2,0	14,3
Gemeindeanteil an der				
Einkommensteuer	4 046	4 259	7,3	5,3
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	369	556	—	50,7
lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	6 501	6 847	- 4,0	- 14,0
Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	5 957	5 589	0,7	- 6,2
Einnahmen des Vermögenshaushalts	5 650	5 773	- 7,6	2,2
darunter				
Investitionszuweisungen	684	661	- 10,8	- 3,4
Kredite und innere Darlehen	1 618	1 468	9,5	- 9,3
Einnahmen i n s g e s a m t	33 394	34 855	0,9	4,4

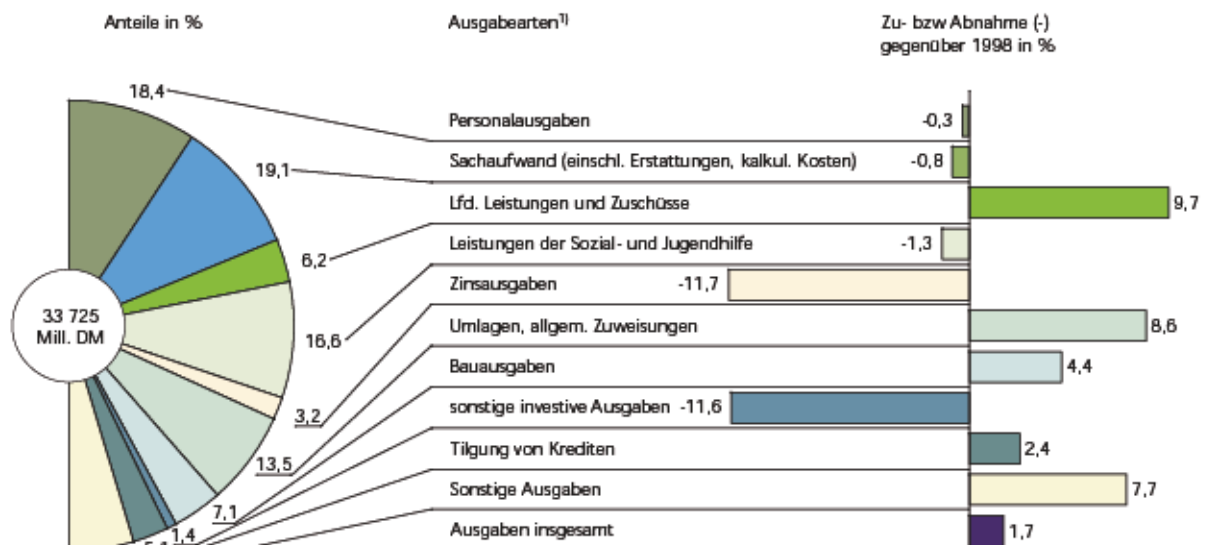
1) Ohne Berücksichtigung der Auflösungen von Sollfehlbeträgen und ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

42 % auf die kreisangehörigen Gemeinden, während allein nach Frankfurt am Main ein Anteil von 44 % aus dieser für die Kommunen neuen Steuerquelle floss. Die anhaltende Steigerung der Steuereinnahmen aus dem kommunalen Umsatzsteueranteil hat der Frage nach der Erfüllung seiner Ausgleichsfunktion für den Wegfall der Einnahmen aus der Gewerbesteuer weiter an Schärfe nehmen können.

Die *Gesamteinnahmen* der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften nahmen um gut 4 % auf 36 Mrd. DM zu. Davon verblieben den kommunalen Kassen nach Abführung der um fast 7 % niedrigeren Gewerbesteuerumlage rund 34,9 Mrd. DM (1998: 33,4 Mrd. DM) und damit ebenfalls gut 4 % mehr als im Jahr 1998. Die Gesamteinnahmen stiegen aber nicht nur auf Grund der insgesamt kräftiger sprudelnden Steuereinnahmen. Auch die im Jahr 1999 kassenwirksamen Zahlungen aus den Zuweisungen des Landes erhöhten sich um gut 9 % auf 3,4 Mrd. DM.

Auf der *Ausgabenseite* der kommunalen Haushalte kam es hingegen im Jahr 1999 zu verhältnismäßig moderaten Zu- bzw. Abnahmen. Die günstige Entwicklung auf den Kapitalmärkten

## Kommunale Ausgaben in Hessen 1999



HSL 32/00

1) Anteilwerte auf Basis der unbereinigten Gesamtausgaben (abzügl. Gewerbesteuerumlage).

fürte bei nun relativ niedrigen Kreditzinsen und weiteren Nettokredittilgungen zu rückläufigen Zinsausgaben (- 11,7 %). Auch bei den Kreisverwaltungen (hier war die Zinsbelastung im letzten Jahr noch angestiegen) waren diese den kommunalen Handlungsrahmen zum Teil stark beschränkenden Ausgaben nun rückläufig (- 11,6 %). Hier mussten durchschnittlich nur noch 3,50 DM je 100 DM der Einnahmen<sup>9)</sup> für die Zinszahlungen aufgebracht werden, fast 0,70 DM weniger als 1998. Die kreisfreien Städte konnten mit 5,80 DM ihre Zinslast um genau 1,00 DM je 100 DM ihrer Einnahmen gegenüber dem Vorjahr reduzieren. Bei den kreisangehörigen Gemeinden waren 1999 (1998) durchschnittlich 100 DM der Einnahmen mit 3,00 DM (3,30 DM) durch Zinsausgaben belastet. Im Durchschnitt mussten die kommunalen Haushalte 1999 (1998) rund 3,80 DM (4,30 DM) je 100 DM ihrer Einnahmen für Zinsen aufwenden.

Auch der wiederum moderate Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der im Kern eine Steigerung der Löhne und Gehälter um 3,1 % für die hier Beschäftigten erbrachte, kam den Konsolidierungsbemühungen der kommunalen Gebietskörperschaften entgegen. Die haushaltsmäßigen Personalausgaben beliefen sich allerdings im Jahr 1999, wie schon im Vorjahr, auf rund 6,2 Mrd. DM. Die zur Tarifierhöhung konträre — und den Prognosen des Deutschen Städtetages (+ 2,5 % in 1999) zuwiderlaufende — Stagnation dieser Gesamtausgabengröße ist aber nicht auf eine Reduzierung des Personalstandes der Kommu-

nen zurückzuführen, sondern erklärt sich wesentlich durch Ausgliederungen von Aufgaben mit Personal aus dem Haushalt der Stadt Frankfurt am Main in Nebenhaushalte. Hier wurden binnen Jahresfrist rund 100 Mill. DM (- 9,3 %) weniger für das Personal verausgabt. Die Tendenz zu steigenden Personalausgabenquoten setzte sich nicht fort. Die kommunalen Haushalte hatten im Jahr 1999 (1998) durchschnittlich 18,4 % (18,8 %) ihrer Ausgaben<sup>2)</sup> für ihr aktives Personal und für Versorgungsbezüge aufzuwenden. Entsprechend der unterschiedlichen Aufgabenstrukturen und Personalintensitäten der Aufgaben wiesen im Jahr 1999 (1998) unter den Gebietskörperschaften die kreisangehörigen Gemeinden mit 26,2 % (26,7 %) die höchste Personalausgabenquote auf, während sich für die Kreisverwaltungen mit 16,8 % (17,1 %) der geringste Personalkostenanteil errechnete.

Für den, mit einem Haushaltsanteil von fast einem Fünftel für die kommunale Ebene recht bedeutsamen, Ausgabenblock des Sachaufwands (einschl. Erstattungen und kalkulatorischer Kosten) ergab sich im Jahr 1999 eine Abnahme um fast 1 %. In diesem Ausgabensegment werden vielfältige, zumeist regional und kommunal spezifische Faktoren wirksam. Lediglich die Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer wird sich hier universal ausgabensteigernd ausgewirkt haben. Ansonsten lässt sich auch für das Jahr 1999 keine einheitliche Entwicklungslinie bei den Gebietskörperschaften für ihre Sachausgaben feststellen. Während bei den kreisfreien Städten — wiederum durch die strukturellen Veränderungen des Haushalts der Stadt Frankfurt am Main (- 17,6 %) — der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand um gut 12 % auf 2,1 Mrd. DM absank, erhöhte er sich

9) Zur Berechnung der finanzstatistischen Kennziffern werden für Lastquoten bereinigte Einnahmen, für Ausgabenquoten bereinigte Ausgaben nach folgenden Berechnungsschemata zu Grunde gelegt:

**Einnahmen** = Einnahmesumme abzüglich besonderer Finanzierungsvorgänge, haushaltstechnische Verrechnungen und Zahlungen von gleicher Ebene;  
**Ausgaben** = Ausgabensumme abzüglich besonderer Finanzierungsvorgänge, haushaltstechnischer Verrechnungen und Zahlungen von gleicher Ebene.



bei den kreisangehörigen Gemeinden um fast 9 % auf 3,2 Mrd. DM. Für die Kreisverwaltungen ergab das kassenmäßige Ergebnis eine Abnahme des Sachaufwands um 1,5 % auf rund 1 Mrd. DM.

Die kommunalen Belastungen durch das Bundessozialhilfegesetz waren 1998, infolge weithin eher rückläufiger Zahlen von Arbeitslosen, Kriegsvertriebenen und -flüchtlings sowie Asylbewerbern, noch um 0,5 % im Vergleich zu 1997 angewachsen. Für das zurückliegende Jahr summierten sich die reinen Sozialhilfeleistungen der kommunalen Ebene auf 4,28 Mrd. DM; dies waren 63 Mill. DM oder gut 1 % weniger als im Vorjahr. Zu diesem Break in der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben haben unter anderem auch große Anstrengungen für die Beschäftigungsaufnahme von Arbeitslosen („Arbeit statt Sozialhilfe“), gedeckelte Regelsätze, die Entlastung bei der stationären Pflege (durch eine verstärkte Tendenz zur häuslichen Pflege infolge der ambulanten Hilfen der Pflegeversicherung) und gegen Missbrauch und Leistungerschleichung gerichtete Maßnahmen geführt.

Diesen eher rückläufigen Entwicklungen in den großen kommunalen Ausgabenblöcken der Verwaltungshaushalte standen im Jahr 1999 leicht wachsende Ausgabenaggregate der Gebietskörperschaften in den Vermögenshaushalten gegenüber. So nahmen die Ausgaben der Vermögenshaushalte auf kommunaler Ebene insgesamt um 2,5 % auf 6,1 Mrd. DM zu. Allerdings wurde diese Steigerung praktisch alleine von den kreisfreien Städten getragen, die mit 1,6 Mrd. DM rund 10 % mehr vermögenswirksame Ausgaben als im Vorjahr tätigten, während bei den kreisangehörigen Gemeinden diese Ausgaben stagnierten und sie bei den Kreisverwaltungen nur leicht anstiegen.

Die reinen Baumaßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nahmen, nach einem Rückgang im Jahr 1998 um fast 9 % gegenüber dem Jahr 1997, wieder um 4,5 % auf 2,4 Mrd. DM zu. Durchschnittlich wurden damit aus den kommunalen Haushalten im Jahr 1999 (1998) 12,6 % (12,3 %) der Ausgaben für investive Zwecke aufgewendet. Bei den kreisfreien Städten verblieb dieser Anteilwert bei 9 %. Spiegelbildlich zu den Einnahmen ist auch die Entwicklung der Ausgaben von den fortgesetzten Ausgliederungen aus den kommunalen Haushalten beeinflusst. Bei Interpretation des Datenmaterials in Hinblick auf die Nachfragewirkungen der öffentlichen Haushalte, etwa für die Baubranche, ist dieser Gesichtspunkt besonders zu vergegenwärtigen.

Die kommunale Kreditwirtschaft unterliegt, im Vergleich zu Bund und Land, restriktiveren gesetzlichen Bestimmungen. Im Vordergrund steht hier die Regelung, dass Kredite nur für investive Zwecke verwendet werden dürfen. Konsolidierungsphasen mit rückläufigen Sachinvestitionen müssen sich daher auf der kommunalen Ebene auch in der Entwicklung der Kreditaufnahme widerspiegeln. Tatsächlich haben

die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften auch im kassenmäßigen Abschluss des Jahres 1999 nunmehr eine Nettotilgung ihrer Kredite um fast 250 Mill. DM vorzuweisen. Im Vorjahr wurden netto rund 70 Mill. DM an Krediten getilgt. Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt hier, dass insbesondere die kreisfreien Städte, namentlich Frankfurt am Main, weiter einen konsequenten Konsolidierungskurs einhielten und durch ihre hohen Kredittilgungen einem Zuwachs im Aggregat der kommunalen Neuverschuldung entgegenwirkten. So haben die kreisfreien Städte nach 165 Mill. DM im Jahr 1998 im letzten Jahr nochmals 440 Mill. DM mehr an Krediten zurückgezahlt als sie aufgenommen haben. Die Stadt Frankfurt am Main alleine leistete netto fast 412 Mill. DM an Kredittilgungen. Die finanzstrategisch positive Auswirkung des Konsolidierungskurses der kreisfreien Städte kann anhand der Schuldendienstbelastung deutlich vor Augen geführt werden. So waren die Haushalte der kreisfreien Städte im Jahr 1998 je 100 DM ihrer Einnahmen<sup>9)</sup> noch mit 16,20 DM für den Schuldendienst belastet. 1999 brauchten die Städte hierfür nur noch rund 12,60 DM je 100 DM ihrer Einnahmen aufzuwenden.

Insgesamt nahmen im Ergebnis der verschiedenen Bereiche die Ausgaben aller hessischen kommunalen Gebietskörperschaften um 559 Mill. DM oder 1,7 % auf 33,7 Mrd. DM zu, nachdem sie im Jahr 1998 um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr angewachsen waren. Das gegenüber den Einnahmesteigerungen verhaltenere Wachstum der kommunalen Ausgaben ermöglichte den kommunalen Gebietskörperschaften auch eine deutliche Steigerung ihrer Zuführungen in die Rücklage. Ihr wurden 552 Mill. DM, nochmals rund 50 Mill. DM oder 10 % mehr als 1998, zugeführt. Dagegen wurden die Entnahmen aus den Rücklagen von 629 Mill. DM im Jahr 1997, über 496 Mill. DM im Jahr 1998 auf nunmehr 389 Mill. DM im Jahr 1999 verringert. Insgesamt wurde auf der kommunalen Ebene Hessens — aber auch in den einzelnen Gruppen der kommunalen Gebietskörperschaften — die aktuelle Konsolidierung nicht zulasten der Rücklagen finanziert.

#### **Steuereinnahmen: Kassen füllten sich noch stärker**

Das kassenmäßige Steueraufkommen in Hessen erhöhte sich 1999 im zweiten Jahr in Folge. Mit 84,6 Mrd. DM übertraf es das Niveau des Vorjahres, das bereits um 7,4 % über dem hessischen Steuerergebnis des Jahres 1997 gelegen hatte, nochmals um 9,4 %. Im Jahr 1997 war allerdings das Steueraufkommen auf 72,0 Mrd. DM und damit um 2 % gegenüber 1996 zurückgegangen. Die Steuerquote — die Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Jahre in Prozent — stieg im Zuge dieser Entwicklung von 21,1 % im Jahr 1997, über 21,9 % im Jahr 1998 weiter auf nunmehr 23,4 % in 1999 an.

9) Siehe Fußnote Seite 126.

### Kassenmäßiges Aufkommen an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern nach Steuerarten

Steuerart	1998	1999	Zu- bzw. Abn. (-) 1999 gegenüber 1998
	Mill. DM		%
Gemeinschaftssteuern <sup>1)</sup>	61 887	68 493	10,7
darunter			
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	28 960	32 521	12,3
veranlagte Einkommensteuer	629	1 392	121,3
Körperschaftsteuer	5 089	5 111	0,4
Umsatzsteuer	16 246	17 963	10,6
Einfuhrumsatzsteuer	2 844	3 042	7,0
Bundessteuern <sup>3)</sup>	5 750	5 836	1,5
darunter			
Zölle	374	340	- 9,1
Mineralölsteuer	1 131	1 092	- 3,4
Landessteuern	2 890	2 907	0,6
darunter			
Vermögensteuer	110	133	20,9
Kraftfahrzeugsteuer	1 151	1 038	- 9,8
Gemeindesteuern <sup>4)</sup>	6 793	7 344	8,1
dar. Gewerbesteuer (brutto)	5 465	5 988	9,6
Steueraufkommen i n s g e s a m t	77 320	84 580	9,4

1) Ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Ohne Anteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern.

Die fortgesetzte positive Aufkommensentwicklung findet ihre Ursachen in zahlreichen, unterschiedlichen Faktoren. Insbesondere wirkte sich die Verringerung des aufkommensmindernden Einflusses verschiedener Rechtsänderungen der letzten Jahre weiter positiv aus. Die Veranlagungssteuern erhöhten sich zum Teil so stark, dass die aus den Vorjahren fortwirkenden aufkommensmindernden Effekte der Absenkung des Solidaritätszuschlags von 7,5 auf 5,5 %, der Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer sowie des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer mehr als kompensiert wurden. Rückläufig waren im letzten Jahr, unter den bedeutenderen Steuern und abgesehen von den Zöllen, nur die Aufkommen aus der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Entwicklung bei der Mineralölsteuer ist am Standort Hessen insbesondere von dem Rückgang an mineralölsteuerpflichtigen Produktions- und Großhandelsunternehmen geprägt. So konnte hier der Einstieg in die ökologische Steuerreform zum 1. April 1999 — im Gegensatz zum bundesweiten Aufkommen aus dieser Steuer — zu keiner Steigerung führen. Daneben dürften weiterhin Ausweicheffekte von hoch auf niedriger besteuerte Kraftstoffe zu dem zur Erhöhung der Mineralölsteuer konträren Rückgang ihres Aufkommens in Hessen beigetragen haben. In dem ebenfalls markanten Rückgang der Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (- 9,8 % gegenüber 1998) finden die, offenbar nun

bereits in der intendierten Weise greifenden, Auswirkungen der emissionsorientierten Umgestaltung der Steuer, die bereits zum 1. Juli 1997 in Kraft trat, ihren Niederschlag. Im Vorjahr hatte die Kraftfahrzeugsteuer wesentlich auf Grund eben dieser Steuerreform noch um fast 5 % zugenommen. Bei der Vermögensteuer, die seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben wird, sind im Jahr 1999 nur Beträge für zurückliegende Veranlagungszeiträume kassenwirksam geworden, die aber das Aufkommen aus dem Vorjahr noch übertreffen konnten. So brachte die Vermögensteuer 1999 immerhin wieder 133 Mill. DM (+ 23 Mill. DM) in die Kasse des Landes Hessen.

Deutlich ergiebiger als im Vorjahr waren die Steuern vom Einkommen. Dies ergab sich einerseits vor dem Hintergrund der mit der zunehmend verbesserten Beschäftigungslage steigenden Lohn- und Gehaltssumme und andererseits aus der insgesamt positiven Gewinnentwicklung. So ist das Aufkommen der Lohnsteuer um gut 12 % auf fast 33 Mrd. DM angewachsen. Nachwirkende retardierende Effekte aus den Vorjahren, die weitere Anhebung des Grundfreibetrags, die Absenkung des Solidaritätszuschlags zum 1.1.1998 von 7,5 % um 2 Prozentpunkte auf 5,5 %, die Kindergeldanhebung und -verrechnung mit der Lohnsteuer sowie — jeweils zum 1. Januar 1999 in Kraft getreten — die Anhebung des Grundfreibetrags auf 13 067 DM und die Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 23,9 v.H. wirkten zwar aufkommensmindernd, wurden aber deutlich überkompensiert. Nachdem 1997 noch 65 Mill. DM über die Einkommensteuer-Veranlagung von den hessischen Finanzbehörden an die Steuerzahler zu erstatten waren, wurde im Jahr 1999 mit einer Einnahme von 1,4 Mrd. DM das höchste kassenmäßige Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer seit 1995 erzielt und dabei das 1994 erreichte Aufkommen von über 1,5 Mrd. DM nur relativ knapp verfehlt. Erneut leicht rückläufige Erstattungen nach § 46 EStG (Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit), die aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer gezahlt werden, wie auch der Anstieg des Bruttoaufkommens der veranlagten Einkommensteuer (kassenmäßiges Aufkommen zuzüglich Investitionszulagen sowie Eigenheimzulagen) deuten darauf hin, dass nun die stark aufkommensmindernde Wirkung der steuerlichen Sonderförderung von Investitionen in Ostdeutschland allmählich nachlässt<sup>10)</sup>. Damit verliert ein bedeutender Faktor weiter an Gewicht, der in den vergangenen Jahren wesentlich zu der Erosion der Steuerbemessungsgrundlage beigetragen hatte. Außerdem wirkte sich 1999 die insgesamt bessere Entwicklung der Unternehmensgewinne aus, die sowohl zu höheren Steuervorauszahlungen als auch zu verstärkten Nachzahlungen für frühere Jahre geführt hat. Hiervon, und unter anderem von der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, dürfte auch die Entwicklung des Aufkommens aus der Körperschaftsteuer geprägt sein, das sich leicht verbessert auf dem — im Vorjahr

10) Vgl. auch für das Folgende: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahrgutachten 1999/2000, Wiesbaden 1999, S.105.

durch eine Zunahme um 1,9 Mrd. DM oder gut 60 % erreichten — Niveau von rund 5,1 Mrd. DM hielt.

Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sind mit ihrer deutlichen Zunahme um fast 11 % neben dem Anstieg der Bemessungsgrundlage durch die Steigerung der umsatzsteuerpflichtigen Umsätze durch verschiedene aufkommenserhöhende Steuerrechtsänderungen verursacht. Unter anderem hatte erstmals die zum 1. April 1998 erfolgte Anhebung des Normalsatzes der Umsatzsteuer nun für ein ganzes Jahr Wirkung entfalten können, und der Vorsteuerabzug bei der Anschaffung nicht ausschließlich betrieblich genutzter Personenkraftwagen wurde durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 ab dem 1. April 1999 halbiert. So konnte das Umsatzsteueraufkommen, nachdem es im Jahr 1997 gegenüber dem Jahr 1996 noch um 3,7 % zurückgefallen und im Jahr 1998 gerade um ein halbes Prozent gewachsen war, nun um 1,7 Mrd. DM auf fast 18 Mrd. DM ansteigen.

Trotz der zum 1.1.1998 wirksam gewordenen Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in den alten Bundesländern ist auch das Aufkommen der Gewerbesteuer in Hessen, wie bereits im Vorjahr, nochmals deutlich, um fast 10 %, angestiegen. Hierbei wirkte sich unter anderem aus, dass in den Jahren 1998 und 1999 die vergleichsweise hohen Gewinne der Jahre 1996/1997 veranlagt und erhöhte Vorauszahlungen geleistet wurden. Die insgesamt deutlich verbesserte Gewinnposition der Unternehmen hat sich auf die Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer sichtbar positiv ausgewirkt. Diese Aussage gilt allerdings nur pauschal. In regional und strukturell differenzierender Betrachtung wird deutlich, dass die starke Zunahme des kassenmäßigen Aufkommens aus der Gewerbesteuer keineswegs flächendeckend und in allen Wirtschaftsbereichen ihre Quellen hatte. Die Zuwächse blieben auf einzelne Standorte konzentriert und wurden von einzelnen gewinnträchtigen Unternehmen getragen.

## Bevölkerung

### Stärkere Bevölkerungszunahme

Die *Bevölkerung* Hessens hat im Jahr 1999 mit 0,3 % wieder stärker zugenommen als in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Einwohnerzahl erhöhte sich um 17 600 auf 6,053 Mill. (Jahresergebnisse für 1999 geschätzt). Damit war das Wachstum gut fünfmal so groß wie 1998 und übertraf den Wert von 1997 um das Vierfache. 1999 ergab sich fast personengenau die Zunahme des Jahres 1996. Wie seit Jahrzehnten wurde auch diesmal die Bevölkerungsentwicklung überwiegend von der Wanderungsbewegung getragen. Der Wanderungsgewinn durch 20 100 mehr Zu- als Fortgezogene wurde durch das Geburtendefizit von 2 500 weniger Geborenen als Gestorbenen vergleichsweise gering geschmälert.

Bevölkerungsbilanz 1998 und 1999

Art der Angabe	Bevölkerung		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	1998	1999 (geschätzt)	
Bevölkerung am Jahresanfang	6 031 705	6 035 137	0,1
Lebendgeborene	60 567	58 200	- 3,9
Gestorbene	60 980	60 700	- 0,5
Gestorbenenüberschuss (-)	- 413	- 2 500	-
Zugezogene	159 786	170 000	6,4
Fortgezogene	155 941	149 900	- 3,9
Wanderungsgewinn	3 845	20 100	-
Bevölkerung am Jahresende	6 035 137	6 052 700	0,3
Bevölkerungszunahme	3 432	17 600	-

Die *Wanderungsbewegung* hatte 1999 gegenläufige Komponenten: Während die Zahl der Zugezogenen um 6 % zunahm, verminderte sich die Zahl der Fortgezogenen um 4 %. Bei den Zuzügen erhöhte sich vor allem die Zahl der aus dem Ausland nach Hessen Eingereisten, während der Zustrom aus dem Bundesgebiet nur leicht zunahm. Mit umgekehrten Vorzeichen zeigt sich diese Tendenz auch bei den Fortzügen: Der Abstrom aus Hessen ins Ausland verminderte sich deutlicher als die Abwanderung ins Inland. Im Ergebnis kamen aus den anderen Bundesländern per saldo 11 000, aus dem Ausland 9100 Personen nach Hessen. Der Saldo gegenüber dem Bundesgebiet beinhaltet allerdings auch Personen, die zunächst in Erstaufnahmestellen anderer Bundesländer melderechtlich registriert und bei der Einreise nach Hessen als Zugezogene aus diesen Bundesländern gezählt werden. Nach den Ergebnissen des Jahres 1998 (endgültige Zahlen für 1999 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor) müsste deshalb der Saldo Hessens gegenüber dem Bundesgebiet um etwa 6 600 Personen vermindert, derjenige gegenüber dem Ausland entsprechend erhöht werden, um zu „bereinigten“ Daten zu gelangen. Unmittelbar aus dem Ausland kamen 1999 fast 76 000 Menschen nach Hessen. Unter den Herkunftsländern rangieren Polen (9900) und Jugoslawien (8600) weit vor der Türkei (4700), den USA (4200) und Italien (4100). Bei den Fortzügen aus Hessen liegen an der Spitze Polen (7100), Bosnien-Herzegowina (5400), die USA (5400), die Türkei (5000), Jugoslawien (4800) und Italien (4200). Im Saldo ergab sich für Hessen aus dem Wanderungsvolumen teils ein Zuwanderungsüberschuss wie bei Jugoslawien (3800) und Polen (2800), teils resultierten Wanderungsverluste, wie gegenüber Bosnien-Herzegowina (- 4200) und den USA (- 1200). Schließlich hielten sich Zu- und Fortzüge gegenseitig annähernd die Waage, wie im Wanderungsaustausch Hessens mit Italien (- 120) und der Türkei (- 330).

Mit 58 200 *Lebendgeborenen* wurde 1999 die Zahl des vorangegangenen Jahres um knapp 4 % unterschritten. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf den „Struktureffekt“ zurückzuführen, da die Zahl der Frauen im „reproduktiven“ Alter von Jahr zu Jahr sinkt. Nach den Ergebnissen einer neuen Bevölkerungsvorausberechnung, die die Geburtenziffern der Vorjahre konstant fortschreibt, liegt der prognostizierte

Wert für 1999 mit 57 400 Lebendgeborenen sogar noch um 800 unter der tatsächlichen Zahl. Bei völlig unverändertem generativen Verhalten hätten demnach noch etwas weniger Neugeborene das Licht der Welt erblickt. Der Geburtenrückgang wird sich — sofern keine deutlichere Verhaltensänderung eintritt — bis über die Mitte des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend fortsetzen.

Die Zahl der *Gestorbenen* lag 1999 mit 60 700 leicht unter dem Vorjahreswert. Da die Zahl älterer und alter Menschen

laufend zunimmt, müsste es bei gleich bleibenden Sterblichkeitsverhältnissen zu einem Anstieg der Todesfälle gekommen sein. Da dies nicht der Fall war, bestätigt das neueste Ergebnis wiederum den langjährigen Trend einer weiteren Erhöhung der Lebenserwartung. Allerdings überrascht das Ausmaß der Verbesserung. Nach den Ergebnissen der neuesten Bevölkerungsvorausberechnung wären 1500 mehr Sterbefälle zu erwarten gewesen, als tatsächlich registriert wurden, obwohl die neue Prognose bereits von einer leicht steigenden Lebenserwartung ausgeht. □

## Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G - mit Gemeindeergebnissen, K - Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugspreis (DM)
310	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1992 (G)	164	16,00
311	Die hessische Ausfuhr 1994	133	12,00
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00
335	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	240	20,00
336	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	116	12,00
337	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1997	77	20,00
338	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1997 (K)	240	24,00
339	Die hessische Ausfuhr 1997	138	20,00
340	Die Einfuhr nach Hessen 1997	109	16,00
341	Europawahl 1999 — Die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Hessen am 13. Juni 1999 (G)	126	16,00
342	Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag in Hessen am 27. September 1998	221	24,00
343	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1998	90	12,00
344	Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (G)	201	24,00

## Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050

### Methode und Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

*Neben der Kenntnis von Zahl und Struktur der Bevölkerung in der Gegenwart ist es für Zwecke der Planung in verschiedenen Bereichen wichtig, sich ein Bild von der Bevölkerungssituation in zehn, zwanzig oder auch dreißig und mehr Jahren zu machen. Aus diesem Grund wird seitens der amtlichen Statistik versucht, Entwicklungstendenzen der Bevölkerungskomponenten mit ihren für wahrscheinlich gehaltenen Veränderungen in ein Rechenmodell einfließen zu lassen, um auf Grund der getroffenen Annahmen Zahl und Struktur der Bevölkerung in näherer und auch fernerer Zukunft quantifizieren zu können. Dabei muss man sich allerdings stets im Klaren sein, dass die Ergebnisse der Berechnung mit der Unsicherheit einer von den Annahmen abweichenden Entwicklung behaftet sind.*

#### Bevölkerungsstand Anfang 1998 bildet die Grundlage der Prognose

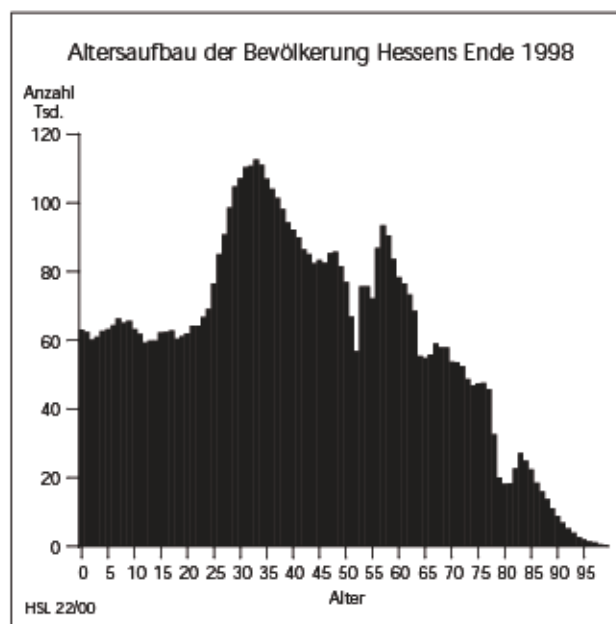
Basis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist die nach Geschlecht und Alter fortgeschriebene Bevölkerung Hessens nach dem Stand vom Jahresanfang 1998. Auf die Untergliederung nach Deutschen und Nichtdeutschen wurde verzichtet. Einmal deswegen, weil die Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts ab Anfang 2000 Änderungen bewirkt. Zum anderen gibt es zwischen den beiden Gruppen im generativen Verhalten und in der Sterblichkeit zwar noch Unterschiede, sie sind im Zeitablauf allerdings geringer geworden. Es zeigt sich, dass mit der Länge des Aufenthalts ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Inland mehr und mehr die Tendenz zur Angleichung des Verhaltens an das der einheimischen Bevölkerung besteht. So bekam 1988 jede deutsche Frau im Durchschnitt 1,3 Kinder, jede nichtdeutsche 1,9 Kinder. Das Niveau lag damals um 47 % höher. Der Abstand hat sich bis 1998 auf 17 % verringert, nämlich 1,3 Kinder je Frau bei den Deutschen, 1,5 bei den Nichtdeutschen. Da ab dem Jahr 2000 der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei Neugeborenen im Prinzip vom Geburtsland bestimmt wird, dürften sich längerfristig die Unterschiede im Geburtenniveau so stark nivellieren, dass keine signifikanten Abweichungen mehr bestehen.

Die Lebenserwartung der Nichtdeutschen ist gegenwärtig um etwa 8 % höher als die der Gesamtbevölkerung. Allerdings dürfte bei ausländischen Mitbürgern, die noch Wurzeln im Heimatland haben, die Neigung vorherrschen, bei Krankheit und im höheren Lebensalter in den Kreis der Angehörigen und Bekannten zurückzukehren. In die Berechnung von Sterblichkeitsdaten gehen deshalb Todesrisiken durch

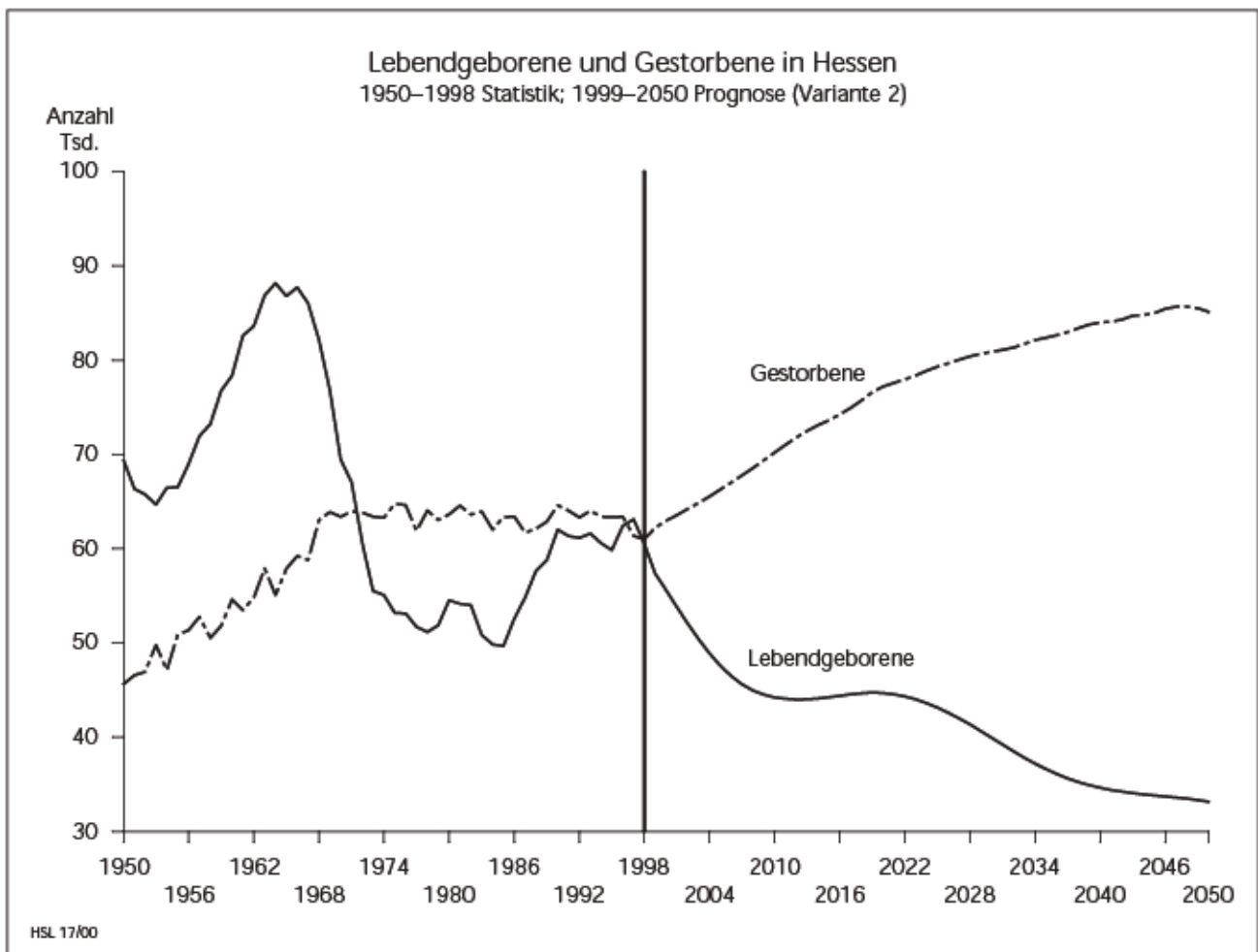
Wegzug der Betroffenen nicht ein. Die geringe Zahl der Sterbefälle von Ausländern ermöglicht es auch nicht, zuverlässige empirische Aussagen über die Entwicklung der Sterblichkeit in den letzten Jahren zu machen. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer und stärkerer Integration der Ausländer dürfte der altersbedingte Wegzug aber eine geringere Rolle spielen. Bei einer Bevölkerungsvorausberechnung, die mittel- und langfristige Tendenzen aufzeigen soll, scheint es vertretbar, von einer Angleichung der Sterblichkeitsdaten auszugehen.

#### Berge und Täler in der Bevölkerungsstruktur

Im Basiszeitpunkt Anfang 1998 zeigt die hessische Bevölkerung in der Untergliederung nach Geburtsjahren keine ausgeglichene Struktur. Vielmehr ähnelt sie — grafisch dargestellt — einem Gebirgszug mit mehreren Gipfeln. Besonders deutlich ist die steile Zacke um den Geburtsjahrgang 1964



herum erkennbar. Hierin kommt der „Babyboom“ zwischen 1956 und 1964 zum Ausdruck, als die Zahl der Lebendgeborenen in Hessen von 69 000 auf 88 000 emporschnellte. Allerdings kam es in der Folge zu einem drastischen Rückgang, der seinen ersten Tiefpunkt 1978 mit nur noch 51 000 Lebendgeborenen erreichte. Am Schaubild der Altersstruktur ist dies unmittelbar erkennbar. Bei den Jüngeren hat sich allerdings durch Zuwanderungen die Jahrgangsstärke deutlich erhöht. So zählte beispielsweise am Jahresanfang 1998 der



Geburtsjahrgang 1964 fast 113 000 Personen, knapp 24 500 mehr als die entsprechende Zahl der Lebendgeborenen. Im Altersaufbau der Bevölkerung ist ein zweiter, kleinerer Gipfel um den Geburtsjahrgang 1940 erkennbar, mit deutlichen Einschnitten Anfang der Dreißigerjahre (Weltwirtschaftskrise) und Mitte der Vierzigerjahre (Ende des 2. Weltkriegs).

Aus der Struktur lässt sich folgern: Bevölkerungsspitzen tendieren dazu, sich in der nächsten Generation zu wiederholen, falls keine grundlegende Verhaltensänderung eintritt. Eine größere Bevölkerung wird — unter gleichen Voraussetzungen — auch mehr Kinder haben. Am Arbeitsmarkt stellt sich für die Zeit des erwerbsfähigen Alters, also etwa 40 bis 45 Jahre lang, ein vergrößertes Arbeitskräftepotenzial ein. Dies führt bei gleichbleibendem Arbeitsplatzangebot zu einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Beim Übergang in den Ruhestand erhöht sich die Zahl der Rentner und Pensionäre, so dass die dann Erwerbstätigen stärker belastet werden. Obwohl die eigentliche Präsentation der Vorausberechnungsergebnisse später erfolgt, sind Entwicklungstendenzen bereits in der Bevölkerungsstruktur vorgezeichnet. Im Folgenden werden die drei Hauptfaktoren für die Bevölkerungsentwicklung, nämlich das *Geburtenniveau* (Fruchtbarkeitsziffern), die *Lebenserwartung* (Ster-

beziffern) und das *Wanderungsgeschehen*, näher untersucht.

#### Konstantes Geburtenniveau . . .

Seit Anfang der Neunzigerjahre bewegt sich die Zahl der Lebendgeborenen in Hessen in der Größenordnung von etwa 61 000, mit kleineren Abweichungen nach oben und unten. Ein statistisch genaueres Maß für die Entwicklung des generativen Verhaltens — weil von Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung unbeeinflusst — ist die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau im reproduktiven Alter zwischen 15 und 45 Jahren. Sie wird berechnet durch Summierung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern und wird deshalb auch als zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer bezeichnet. Im langfristigen Vergleich schwankt diese Maßgröße in Hessen seit Mitte der Siebzigerjahre zwischen 1,2 und 1,4 Kindern je Frau. Der tiefste Wert wurde 1985 mit 1,19, der höchste 1997 mit 1,40 erreicht. Ohne Kenntnis der Zwischenwerte könnte man hierin eine nach oben gerichtete Entwicklung vermuten. Allerdings wurde ein Anstieg im Geburtenniveau zwischen 1985 und 1990 von einem nachfolgenden Rückgang bis 1995 abgelöst. Danach gab es für zwei Jahre wieder einen Anstieg. Nach den neuesten Ergebnissen der Geburtenstatistik ist dieser aber nicht von Dauer. Sowohl

1998 als auch 1999 zeigt die durchschnittliche Kinderzahl eine rückläufige Tendenz.

Im Hinblick auf das relativ gleichbleibende Geburtenniveau in den letzten Jahren und sogar Jahrzehnten müssen auch die Annahmen über die weitere Entwicklung von einer weitgehenden Konstanz ausgehen. Weder lassen sich gegenwärtig Gründe für einen deutlichen Rückgang noch für besondere Zunahmen erkennen. Deshalb wird das Niveau von 1,37 Kindern je Frau im gesamten Vorausschätzungszeitraum beibehalten. Allerdings wurde und wird durch diesen Wert die Bestandserhaltung der Bevölkerung keineswegs gewährleistet. Vielmehr müsste jede Frau im Durchschnitt 2,1 Kinder bekommen, wenn die Bevölkerungszahl stabil bleiben sollte. Durch das in die Vorausschätzung eingeflossene Geburtenniveau wird eine Generation durch die nachfolgende nur etwa zu zwei Dritteln ersetzt.

### **... und gleichbleibende altersspezifische Geburtenziffern**

Die Verteilung der Geborenen auf die Altersjahre der Mütter zeigt grafisch das typische glockenförmige Bild: Beginnend mit dem Alter der Mutter von etwa 15 Jahren nimmt die Geburtenhäufigkeit in den folgenden Altersjahren rasch zu. Sie erreicht gegenwärtig im Alter von 29 Jahren mit 99 Lebendgeborenen auf 1000 Frauen dieses Alters den höchsten Wert und nimmt anschließend recht zügig wieder ab. Im längerfristigen Vergleich wird eine deutliche Verschiebung dieser Verteilung in höhere Altersjahre erkennbar. Lag 1975 beispielsweise der Gipfel der Geburtenhäufigkeit noch bei Müttern im Alter von 25 Jahren, so hat sich das Maximum seither fast kontinuierlich, und zwar um vier Jahre, nach oben verschoben. Damit einhergehend hat sich die gesamte Verteilung gewandelt: Junge Mütter sind seltener, ältere häufiger als früher. Diese Entwicklung stößt allerdings bald an biologische Grenzen, so dass sich der beobachtete Trend in Zukunft abschwächen wird. Tatsächlich zeigt sich im Vergleich der Jahre 1995 und 1998 keine wesentliche Erhöhung des Alters der Mütter. Es scheint daher vertretbar, in die Vorausberechnung die gegenwärtigen altersspezifischen Geburtenziffern einfließen zu lassen.

### **Beachtliche Verbesserung der Lebenserwartung**

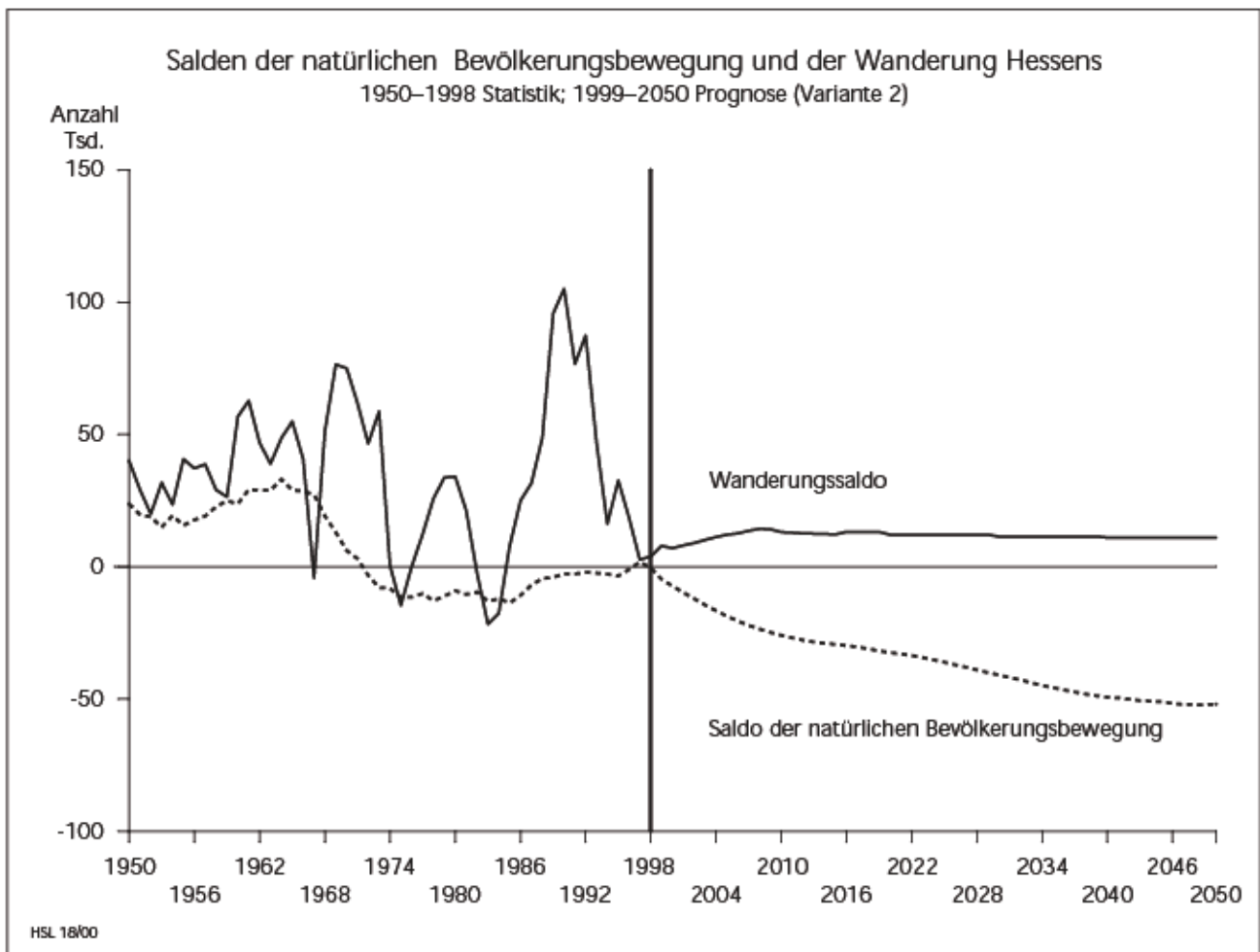
Die Sterblichkeitsverhältnisse, gemessen an der durchschnittlichen Lebenserwartung eines Neugeborenen, haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich verbessert. Ein neugeborener Junge hat nach den Sterblichkeitsverhältnissen des Jahres 1998 im Durchschnitt 75,4 Lebensjahre vor sich. Bei den neugeborenen Mädchen beträgt die mittlere Lebenserwartung 81,1 Jahre. Im Vergleich zur Situation vor 10 Jahren verbesserte sich die Lebenserwartung männlicher Neugeborener um 2,5, weiblicher um gut 2 Jahre. Geht man zwanzig Jahre zurück, ist die Zunahme noch

deutlicher, nämlich 5,9 Jahre bei männlichen, genau 5 Jahre bei weiblichen Neugeborenen.

Angesichts dieser Entwicklung kann in der Vorausberechnung nicht von einer gleichbleibenden Lebenserwartung ausgegangen werden. Künftige Veränderungen zu quantifizieren, erweist sich jedoch als schwierig. Zum einen liegt die Säuglingssterblichkeit — sie hat bei der Lebenserwartung Neugeborener besonderes Gewicht — gegenwärtig mit knapp 5 Gestorbenen im ersten Lebensjahr auf 1000 Lebendgeborene bereits so niedrig, dass eine wesentliche Verbesserung kaum mehr erwartet werden kann. Zum andern zeigt die aktuelle Diskussion der Kosten im Gesundheitswesen, dass der medizinische Fortschritt schon jetzt an finanzielle Grenzen stößt. Teure Therapien dürften mehr und mehr auf Ausnahmefälle beschränkt werden. Inwieweit künftig durch medizinische Maßnahmen oder aus dem Verhalten des Einzelnen (Veränderungen in den Ernährungs- und Rauchgewohnheiten, verminderter Alkoholkonsum, sportliche Freizeitaktivitäten) Impulse für eine verbesserte Lebenserwartung ausgehen, bleibt abzuwarten. Ein Vergleich Deutschlands mit anderen hochentwickelten Ländern zeigt jedoch, dass die bis jetzt zu beobachtende Zunahme der Lebenserwartung noch nicht zum Abschluss gekommen ist. In der Vorausberechnung wurde deshalb von einer weiteren Verbesserung ausgegangen. Die mittlere Lebenserwartung eines Neugeborenen beträgt nach den Annahmen der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung im Jahr 2035 beim männlichen Geschlecht 76,95, beim weiblichen 83,51 Jahre. Für 2050 werden 78,12 bzw. 84,50 Jahre erwartet.

### **Tod durch Verkehrsunfall seltener**

Die altersspezifischen Sterbeziffern zeigen beim männlichen und weiblichen Geschlecht eine ähnliche Verteilung, wobei jedoch auffällt, dass die Sterblichkeit (Zahl der Gestorbenen bezogen auf die Zahl der gleichaltrigen Lebenden) bei Frauen jeden Alters geringer ist (mit zufallsbedingten Ausnahmen im sehr hohen Alter) als bei Männern. Das Sterberisiko liegt bei beiden Geschlechtern in den ersten Lebensjahren, vor allem im ersten Lebensjahr selbst (Säuglingssterblichkeit), vergleichsweise hoch und beträgt bei den männlichen Neugeborenen gegenwärtig etwa 500, bei den weiblichen knapp 400 Gestorbene auf 100 000 Lebendgeborene. Es sinkt in den folgenden Altersjahren stark ab und erreicht bei den Knaben im Alter von 10 Jahren mit 9 Gestorbenen auf 100 000 der männlichen Bevölkerung dieses Alters den niedrigsten Wert. Entsprechend wird bei den Mädchen das Minimum mit 11 Jahren bei einem Wert von 2 Gestorbenen auf 100 000 der altersgleichen weiblichen Bevölkerung erreicht. Ab etwa dem 16. Lebensjahr erhöht sich das Sterberisiko deutlich. Im Alter von 20 Jahren ist bei den Männern mit 104, bei den Frauen mit 45 Todesfällen auf 100 000 Einwohnern ein Niveau erreicht, das in dieser Höhe — unter zufallsbe-



dingten Schwankungen — jahrelang, und zwar bis über das 30. Lebensjahr hinaus, bei beiden Geschlechtern relativ konstant bleibt. Der beschriebene Verlauf steht mit dem Unfallgeschehen im Straßenverkehr in engem Zusammenhang. Dies wird vor allem in den relativ hohen Sterblichkeitswerten junger Männer nach Eintritt in die Volljährigkeit deutlich. Allerdings hat sich das Sterberisiko in den besagten Altersgruppen vermindert. Mitte der Siebzigerjahre gab es nach Erreichen des Führerscheinalters teilweise doppelt so hohe Sterblichkeitswerte wie heute.

Ab dem Alter von 30 Jahren nimmt die Sterblichkeit auch auf Grund natürlicher Todesursachen ganz allmählich zu. Das relativ hohe Sterberisiko Neugeborener wird beim männlichen Geschlecht aber erst wieder im Alter von etwa 51 Jahren, beim weiblichen sogar erst mit 56 Jahren erreicht. Zwischen dem 59. und dem 60. Lebensjahr wird bei den Männern die Schwelle von 1000 Gestorbenen auf 100 000 der altersgleichen Bevölkerung überschritten, bei den Frauen erst im Alter von 65 Jahren. An der Grenze zur Pensionierung liegt die Sterblichkeit der Männer mit 2000 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern bereits doppelt so hoch wie die der Frauen. Mehr als 10 000 Gestorbene auf 100 000 Gleichaltrige (10 von 100) werden bei den Männern im Alter von 83 und mehr, bei den Frauen im Alter von 85 und mehr Jahren beobachtet.

Die in der Vorausberechnung gemachte Annahme einer Verbesserung der Lebenserwartung (verringertes Sterberisiko) betrifft nicht alle Altersjahre gleichmäßig. Besonders deutlich ist die Abnahme der Sterblichkeit durch Verkehrsunfälle bei jungen Erwachsenen im Alter von etwa 20 Jahren. Anschließend wird bei beiden Geschlechtern von einer weiteren Verminderung ausgegangen. Diese fällt aber bei weitem nicht so groß aus, wie beim Eintritt ins Volljährigkeitsalter. Bis zum 40. Lebensjahr sinkt die Sterblichkeit der Männer etwas deutlicher als die der Frauen. Danach kehrt sich die Situation um. Die im Vergleich zu den Männern niedrigeren Sterblichkeitswerte der Frauen sinken noch etwas stärker ab.

### **Dominanz des Wanderungsgeschehens**

Bei der Veränderung von Zahl und Struktur der hessischen Bevölkerung spielen neben Geburten und Sterbefällen auch Zu- und Fortzüge eine wesentliche Rolle. Gemessen am Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten minus Sterbefälle) und der Wanderungsbewegung (Zuzüge minus Fortzüge), war die Bevölkerungsentwicklung in fast allen Jahren durch Wanderungen dominiert. Besonders deutlich wurde dies im Jahr 1990, als einem in dieser Höhe noch nie seit 1950 beobachteten Wanderungssaldo von gut 105 000 Personen ein Saldo von – 2600 Personen aus der natürlichen



Bevölkerungsbewegung gegenüber stand. Obwohl die Wanderungskomponente bis 1998 auf 3800 Personen zusammenschmolz, war sie auch in diesem Jahr noch größer als die natürliche Komponente mit – 400 Personen. Erkennbar wird aus dieser Entwicklung gleichzeitig, welch großen Variationsspielraum der Wanderungssaldo aufweisen kann. Nicht nur die Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, sondern ganz wesentlich auch politische Ereignisse prägen das Geschehen. So haben sich beispielsweise die Umwälzungen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, ethnische Konflikte auf dem Balkan, in Afrika und in Asien sowie religiös bedingte Auseinandersetzungen unmittelbar im Wanderungsgeschehen niederschlagen.

Um diesen Ursachenkomplex in gewissem Umfang zu strukturieren, wurde im Rahmen der Koordinierungsgespräche zwischen Bund und Ländern vereinbart, *drei Komponenten des Wanderungsgeschehens* getrennt zu untersuchen und die Annahmen über deren weitere Entwicklung gesondert zu treffen. Es sind dies die Bundesinnenwanderung, also die Zu- und Fortzüge zwischen den einzelnen Bundesländern, die Wanderung der Deutschen über die Bundesgrenzen und der Wanderungssaldo der Ausländer über die Grenzen des Bundesgebiets.

Der *Wanderungsaustausch Hessens mit den anderen Bundesländern* wies in den letzten Jahren durchweg ein Plus in der Größenordnung von fast 10 000 Personen auf. Diese Zahl wird allerdings von Besonderheiten beeinflusst, die sich durch melderechtliche Regelungen einiger Bundesländer ergeben: In Baden-Württemberg, Brandenburg und Niedersachsen besteht für Aussiedler in Erstaufnahmestellen die Pflicht zur Anmeldung als Einwohner in den jeweiligen Gemeinden. Die spätere Verteilung der Aussiedler im Bundesgebiet erscheint dann statistisch als Umzug aus der Erstaufnahmeeinrichtung in die neue Wohngemeinde. Dadurch wird der Wanderungssaldo Hessens gegenüber den drei genannten Bundesländern stark positiv beeinflusst<sup>1)</sup>. Die „Bereinigung“ der Zahlen von diesen Besonderheiten verändert die hessische Wanderungsbilanz nachhaltig. Zwar bleibt der Saldo gegenüber den Bundesländern insgesamt noch positiv, allerdings nur auf Grund der Zuwanderungsüberschüsse aus den neuen Bundesländern. Gegenüber den alten Bundesländern wies Hessen in den letzten Jahren bereinigt durchweg Abwanderungssalden auf. Als Annahme ist in die Vorausberechnung eingegangen, dass sich die Zuwanderung aus den neuen Bundesländern allmählich verringert, und Hessen etwa im Jahr 2010 einen „Nullsaldo“ gegenüber den Bundesländern insgesamt aufweisen wird. Von da ab stellt sich bis 2015 ein leicht steigender Abwanderungssaldo ein. Von einer über das Jahr 2015 hinausgehenden Annahme ist bundeseinheitlich abgesehen worden.

1) Vgl. hierzu „Gewinne und Verluste im Wanderungsaustausch 1994 bis 1998“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 6, Juni 1999, Seite 178.

Der *Wanderungssaldo der Deutschen über die Grenzen des Bundesgebiets* wurde — ausgehend von der beobachteten Entwicklung — bundeseinheitlich koordiniert. Er wird im Wesentlichen gebildet durch deutschstämmige Aussiedler aus Staaten des ehemaligen Ostblocks auf der einen, fortziehende deutsche Staatsangehörige vor allem nach Nordamerika, Australien und Neuseeland (Auswanderer), auf der anderen Seite. Auf Bundesebene wird in den Jahren 2000 bis 2005 die Zahl von 50 000 jährlich per saldo ins Bundesgebiet kommenden Deutschen angenommen. Zwischen 2006 und 2009 werden jährlich 40 000 Personen erwartet. Dieses Niveau verringert sich in folgenden drei Dekaden über 30 000 (2010 bis 2019) und 15 000 (2020 bis 2029) auf 5000 (2030 bis 2039) pro Jahr. Danach wird ein Nullsaldo zu Grunde gelegt. Vom Gesamtsaldo für das ganze Bundesgebiet entfallen 7,2 % auf Hessen. Dies bedeutet einen stufenweise abnehmenden Plussaldo der Wanderung, und zwar jährlich 3600 Deutsche in den Jahren 2000 bis 2005, 2880 Personen zwischen 2006 und 2009; in den folgenden drei Jahrzehnten jeweils 2160, 1080 und 360 pro Jahr.

Auch der *Wanderungssaldo der Ausländer über die Bundesgrenze* wurde vor seiner Verteilung auf die einzelnen Bundesländer zunächst auf Bundesebene festgelegt. Im Hinblick auf zunehmende Disparitäten im ökonomischen Bereich wird sich für Deutschland ein zunehmender Zuwanderungsdruck ergeben. Auch die geplante Osterweiterung der Europäischen Union dürfte das Wanderungsgeschehen in diese Richtung beeinflussen. *Variante 1* der Ausländerwanderung nimmt an, dass der Wanderungsgewinn auf Bundesebene 40 000 im Jahr 2000 beträgt. Er steigt dann jährlich stufenweise um jeweils 20 000 an und erreicht im Jahre 2003 das Niveau von 100 000 Personen. Diese Zahl wird dann für alle folgenden Jahre konstant gehalten.

Bei *Variante 2* wird die jährliche Steigerung um 20 000 bis zum Jahr 2008 fortgesetzt. Das dann erreichte Niveau von 200 000 Personen bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums erhalten. Der Wanderungssaldo Hessens beträgt jeweils 5,5 % des Gesamtsaldos. In Variante 2 wird damit für Hessen ab 2008 von einer jährlichen Ausländerzuwanderung in Höhe von 11 000 Personen ausgegangen (Variante 1: 5500 Personen ab 2003).

### **Verteilung der Wanderungssalden nach Alter und Geschlecht**

Neben der Höhe der Wanderungssalden und ihrer Entwicklung ist es für die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung in den Vorausberechnungsjahren von großer Bedeutung, welche Annahmen über die Struktur der Wanderungssalden gemacht wurden. Für Zwecke der Vorausberechnung sind die Zahlen nach den Merkmalen männlich und weiblich und diese wiederum nach sieben Altersgruppen aufgegliedert worden, und zwar im Einzelnen: unter 6 Jahre, 6 bis un-

ter 18 Jahre, 18 bis unter 25 Jahre, 25 bis unter 40 Jahre, 40 bis unter 50 Jahre, 50 bis unter 65 Jahre sowie 65 Jahre oder älter.

Die *Struktur des Binnenwanderungssaldos* ist gewonnen worden durch die bei den Zuzügen aus anderen Bundesländern nach Hessen im Durchschnitt der Jahre 1994 bis 1996 beobachteten Werte. Diese Struktur wurde für alle Jahre der Vorausberechnung unverändert beibehalten. Sie weist in weiterer Zusammenfassung der Altersgruppen den Schwerpunkt bei den 25- bis unter 50-Jährigen auf. Bei den Männern gehören 57,4 %, bei den Frauen 49,3 % dieser Altersgruppe an. Die Jüngeren im Alter von unter 25 Jahren sind beim männlichen Bevölkerungsteil mit 33,3 %, beim weiblichen mit 38,7 % vertreten. 50-Jährige und Ältere umfasst die Wanderungsstruktur der Männer mit 9,4 %, die der Frauen mit 12,0 %.

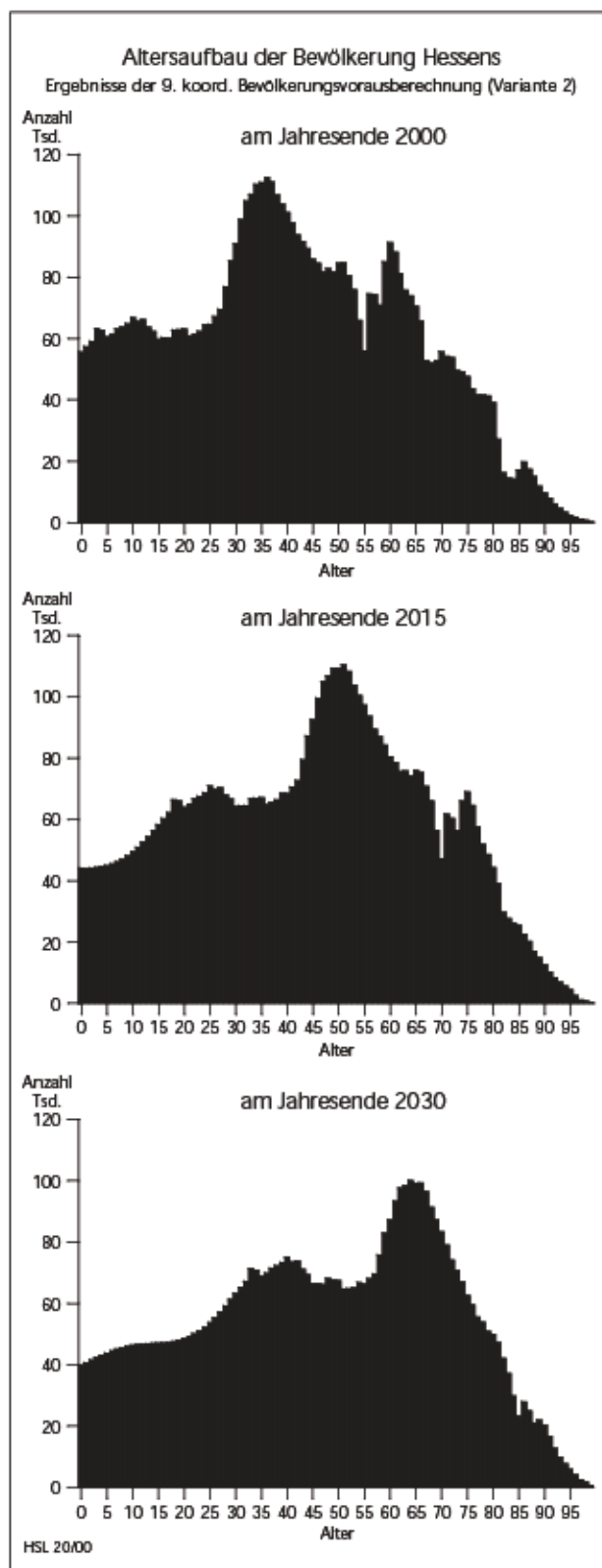
Die *Struktur des Wanderungssaldos der Deutschen über die Grenzen des Bundesgebiets* wurde bundeseinheitlich koordiniert. Sie wurde für alle Jahre des Zeitraums der Vorausberechnung konstant beibehalten. Die Zusammenfassung nach Altersgruppen zeigt hier das Hauptgewicht bei den Jüngeren unter 25 Jahren, und zwar gehören 49,6 % des Gesamtsaldos beim männlichen und 47,6 % beim weiblichen Bevölkerungsteil zu dieser Altersgruppe. 25- bis unter 50-Jährige stellen bei den Männern einen Anteil von 36,1 %, bei den Frauen von 33,2 %. Auf die Älteren entfallen bei den Männern 14,2 %, bei den Frauen 19,3 %.

Im Hinblick auf die *Struktur des Wanderungssaldos der Ausländer über die Bundesgrenzen* musste eine Besonderheit berücksichtigt werden, die in den beiden anderen Wanderungskomponenten nicht zu Buche schlägt: Es ist zu beobachten, dass die Bevölkerungsstruktur der Ausländer durch Zuzüge von jüngeren und Fortzüge von älteren Menschen laufend „aufgefrischt“ wird. Auch bei einem Nullsaldo in der Wanderungsbewegung ist eine durch Migration bedingte „Verjüngung“ der Bevölkerung zu beobachten. Dem wurde in der Vorausberechnung durch die Annahme einer „Sockelwanderung“ Rechnung getragen. Der Wanderungssaldo wird hiervon nicht berührt, weil der Sockelwanderung Zu- und Fortzüge in derselben Höhe zu Grunde liegen. Das entsprechende Volumen beträgt auf Bundesebene in *Variante 1* vom Jahr 2000 bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraums (2050) pro Jahr 400 000, in *Variante 2* bis 2007 ebenfalls jährlich 400 000, danach jährlich 600 000 Personen. Heruntergebrochen auf Landesebene bedeutet dies knapp 22 100 bzw. 33 100 Personen. Effekt der Sockelwanderung ist, dass sich die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren erhöht, die der 25-Jährigen und Älteren entsprechend vermindert. Der die Sockelwanderung übersteigende „echte“ Wanderungsgewinn von Ausländern über die Bundesgrenzen wurde durch weitere Zuzüge festgelegt. Die Strukturen sind aus den be-

obachten Werten zurückliegender Jahre abgeleitet und für alle Vorausberechnungsjahre konstant gehalten worden.

### Bevölkerungswachstum passe

Nach den Rechnungsergebnissen gehört das Wachstum der hessischen Bevölkerung der Vergangenheit an. Auch der gegenwärtige Stand wird nicht zu halten sein. Vielmehr sinkt



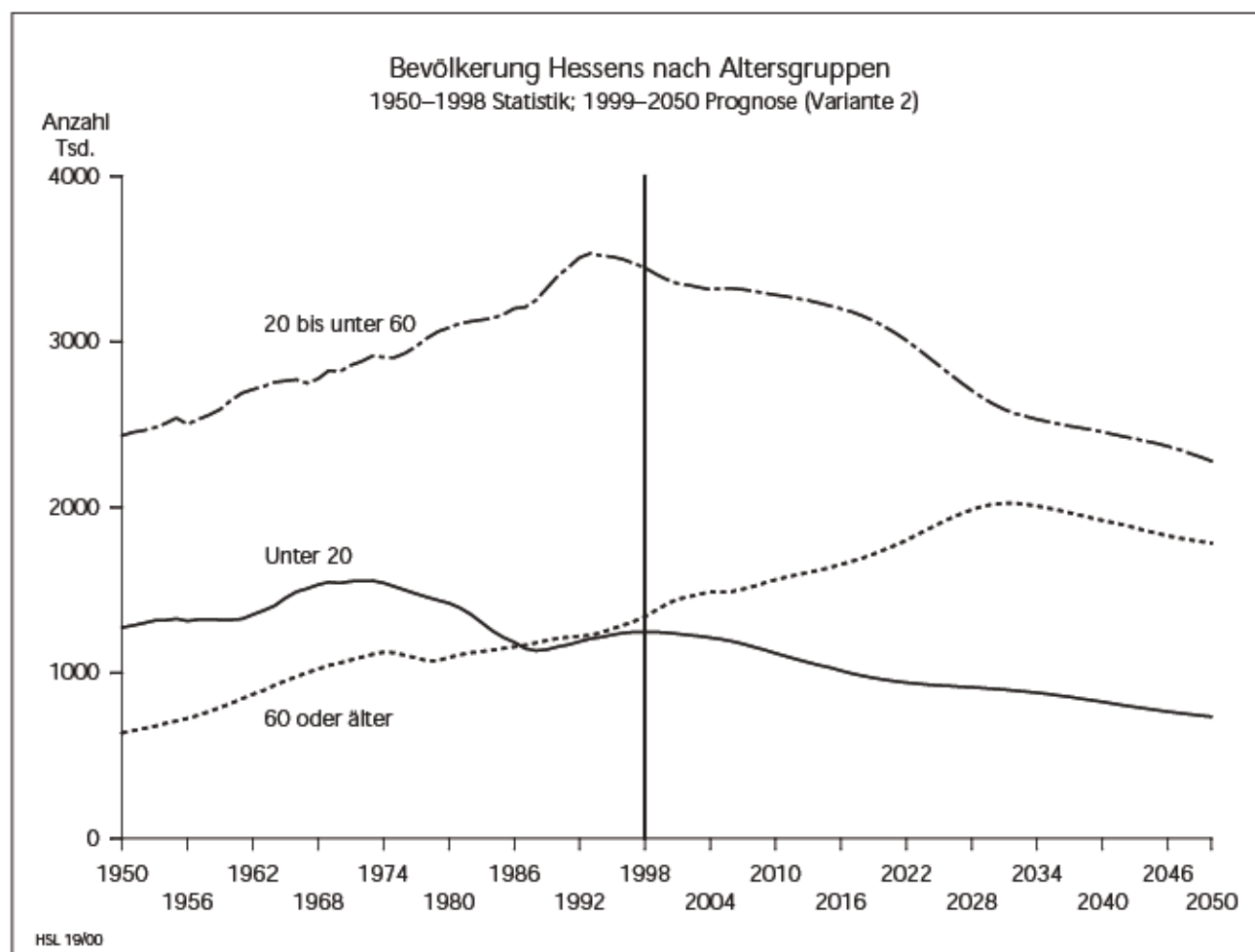
die Einwohnerzahl Hessens in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer deutlicher ab. Die Grenze von 6 Mill. Einwohnern, die 1995 überschritten worden war, wird 2007 wieder unterschritten werden. Im Jahr 2015 weist Hessen nach Variante 2 der Vorausberechnung 5,89 Mill., nach Variante 1, die ab 2004 eine geringe Ausländerzuwanderung annimmt, 5,83 Mill. Einwohner auf. 2030 wird es nach Variante 2 mit 5,55 Mill. Personen fast 500 000 Hessen weniger geben als heute. Gemäß Variante 1 beträgt der Rückgang 650 000 Personen. In fünfzig Jahren — dem Zeithorizont der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung — ist nach beiden Varianten die Zahl von 5 Mill. Einwohnern deutlich unterschritten. Sie beträgt 4,8 Mill. nach Variante 2, knapp 4,5 Mill. nach Variante 1.

### Weniger Jüngere, mehr Ältere

Die weitere Kommentierung der Ergebnisse stützt sich auf die Variante 2 der Vorausberechnung. Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen gelten die Annahmen der Variante 2 als wahrscheinlicher als die der Variante 1. Um es an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich zu sagen: Vorausberechnung ist keine Voraussage. Die hier beschriebene Entwicklung tritt dann und nur dann tatsächlich ein, wenn die Annahmen zur Entwicklung der Bevölkerungskomponenten „richtig“ sind.

Bereits in den nächsten zehn Jahren (Ausgangsbasis 2000) wird es, bei moderater Veränderung der Gesamtbevölkerungszahl (- 1 %), deutliche Verschiebungen im Altersaufbau geben: Die Zahl der unter 20-Jährigen wird um gut 10 % und die der Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren um fast 3 % schrumpfen. Zunehmen wird dagegen die Zahl der 60-Jährigen und Älteren, und zwar um gut 10 %. Bei längerfristiger Betrachtung sind die Veränderungen noch deutlicher: In den nächsten dreißig Jahren nimmt die Gesamtbevölkerung um 8 % ab. Die Gruppe der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 20 Jahren wird zahlenmäßig um 27 % zurückgehen. Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren (potenzielle Erwerbspersonen) wird es um 22 % weniger geben. Die Zahl der Einwohner im Alter von 60 und mehr Jahren wird 2030 dagegen um 43 % größer sein als heute.

Änderungen in den Altersgruppen kennzeichnen den Strukturwandel der Bevölkerung Hessens: Unter 20 Jahre sind gegenwärtig 21 von 100 Einwohnern. 56 weisen ein Alter zwischen 20 und 60 Jahren auf, und 23 gehören zu den 60-Jährigen und Älteren. Bereits heute liegt der Anteil der Älteren leicht über dem der Jüngeren. Dies war früher anders. Vor dreißig Jahren kamen auf drei junge Menschen unter 20 zwei im Alter von 60 oder mehr. Heute beträgt das Verhältnis



3 zu 3,3. In dreißig Jahren wird es mit einer Relation von 3 zu 6,7 mehr als doppelt so viele ältere wie junge Menschen geben. Dabei sind gegenläufige Entwicklungstendenzen zu beobachten: Während die Zahl junger Menschen sinkt, nimmt die der älteren deutlich zu.

### **Abnahme und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials**

Die große Gruppe der 20- bis 59-Jährigen, aus der sich fast ausschließlich die Erwerbstätigen rekrutieren, wird sich zunächst nur wenig verändern. Von heute 3,4 Mill. wird ihre Zahl in zehn Jahren auf 3,3 Mill. zurückgehen. Erst ab der Mitte des nächsten Jahrzehnts tritt eine beschleunigte Abnahme ein, so dass im Jahr 2023 die 3-Mill.-Grenze unterschritten wird. In dreißig Jahren wird die Zahl potenzieller Erwerbspersonen mit 2,6 Mill. den gegenwärtigen Stand um 750 000 unterschreiten.

Strukturelle Veränderungen ergeben sich auch innerhalb dieser Gruppe. Gegenwärtig überwiegt der jüngere Teil (20- bis 39-Jährige) den älteren (40- bis 59-Jährige) mit 1,77 Mill. zu 1,64 Mill. noch leicht. Bereits im Jahr 2002 werden sich die beiden Gruppen die Waage halten. Um das Jahr 2010 stehen dann 1,3 Mill. Jüngere 1,9 Mill. Älteren gegenüber. Die künftigen Anforderungen aus einer globalisierten Wirtschaft müssen dann überwiegend von älteren Erwerbstätigen bewältigt werden, eine besondere Herausforderung an Wirtschaft und Verwaltung durch ein alterndes Arbeitskräf-

teangebot. Allerdings ergibt sich in den Folgejahren aus der Bevölkerungsstruktur selbst eine Entspannung: Die Schere zwischen älteren und jüngeren Erwerbsfähigen öffnet sich nur etwa bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts. Danach bleibt die Zahl der jüngeren Erwerbspersonen fast konstant, die der Älteren sinkt dagegen deutlich ab. Im Jahr 2030 beträgt die Relation der beiden Altersgruppen 1,2 Mill. Jüngere zu 1,4 Mill. Älteren.

### **„Rentnerquote“ steigt drastisch**

Die Relation der 60-Jährigen und Älteren (Rentnerquote) zu den potenziellen Erwerbspersonen (zwischen 20 und 60 Jahren) nimmt im Zeitablauf zu. Die Quote zeigt, welcher Anteil von Nichterwerbspersonen im Rentenalter auf die „Erwerbsbevölkerung“ entfällt. Gegenwärtig beträgt der Quotient rund 40, das heißt auf 100 Personen im Erwerbsalter (zwischen 20 und 60) kommen 40 im Rentenalter (60 und älter). Nach den Ergebnissen der Vorausberechnung erreicht die Quote im Jahr 2014 die Zahl von 50 und überschreitet 2023 den Wert von 60. Bereits kurze Zeit später, für das Jahr 2027, errechnet sich die Zahl von 70. Mit fast 80, einem Niveau, das erstmals 2031 erreicht werden dürfte, stabilisiert sich die Entwicklung in den Folgejahren und bleibt bis 2050, dem Zeithorizont der Vorausberechnung, auf annähernd diesem Wert. Ursache des Verlaufs sind die beiden gegenläufigen Trends: Abnahme der Erwerbsbevölkerung bei gleichzeitig steigender Zahl der Personen im Rentenalter.

## Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel Viernheim

### Teil 2: Indikatoren und Projektbewertung in der Praxis

Wie in Teil 1<sup>1)</sup> bereits dargestellt wurde, haben die Autoren im Rahmen eines Förderprogramms des Landes Hessen für die Stadt Viernheim ein Indikatorensystem entwickelt, das nachhaltige Entwicklung im kommunalen Bereich messbar machen soll. Parallel dazu wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet, mit dem einzelne Projekte im Sinne der Nachhaltigkeit bewertet werden können. Nachdem im ersten Teil des Beitrags die Konzeption der Fallstudie vorgestellt wurde, soll in diesem zweiten Teil nun die praktische Anwendung der beiden Instrumente gezeigt werden. Dazu wird aus den drei Kern-Dimensionen nachhaltiger Entwicklung — Umwelt, Wirtschaft und Soziales — exemplarisch jeweils ein Indikator vorgestellt. Ergänzend wird am Beispiel eines Projektvor-schlages die Anwendung der Bewertungskriterien skizziert.

#### Die praktische Anwendung der Indikatoren

Das für Viernheim entwickelte Indikatorensystem umfasst insgesamt 54 Indikatoren, von denen sich 36 gleichmäßig auf die drei Kern-Bereiche nachhaltiger Entwicklung verteilen; die übrigen 18 Indikatoren entfallen auf die drei Ergänzungsmodul. Dieses System von Indikatoren war von den Verfassern in dem Bewusstsein erarbeitet worden, dass damit keinesfalls „abschließende Wahrheiten“ ermittelt werden können. Daher wurde im Rahmen der Untersuchung auch keine Gesamtbewertung zur Nachhaltigkeit von Viernheim vorgenommen. Will man in dieser Frage zu einer tragfähigen Einschätzung kommen, dann erscheint es unumgänglich, sich die Indikatoren im Einzelnen zu betrachten. Die Einschätzung der Situation in der Kommune und des daraus sich ableitenden Handlungsbedarfs sollte weitgehend den Akteuren vor Ort vorbehalten bleiben. Damit werden neben der Kommunalpolitik und der Verwaltung in einer Agenda 21-Kommune natürlich auch die Akteure

angesprochen, die sich die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 zur Aufgabe gemacht haben. Nachstehend wird je ein Indikator für die drei Kern-Dimensionen nachhaltiger Entwicklung „Umwelt, Wirtschaft und Soziales“ dargestellt, um die Vorgehensweise zu illustrieren.

#### Umwelt — Teilziel D: Erhaltung des Bestandes an erneuerbaren Ressourcen

##### Indikator D1: Wasserverbrauch der privaten Haushalte

**Maßeinheit:** Liter pro Einwohner und Tag (l/Ew x T)

**Quelle:** Stadt Viernheim, Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung

##### Was wird gemessen?

Erfasst wird hier der durchschnittliche spezifische Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag (l/Ew x T); in der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen, nicht aber der Verbrauch von öffentlichen Einrichtungen und Industriebetrieben.

##### Möglicher Zielwert

Wasser ist einer der kostbarsten Rohstoffe; es ist in vielen Gegenden der Welt sehr knapp, in anderen reichlich verfügbar. Eine nachhaltige Nutzung der Ressource Wasser muss sich in erster Linie an der regional sehr unterschiedlichen Neubildungsrate orientieren. Dabei sind vor allem die Niederschläge sowie Zuflüsse im Grundwasser und durch Fließgewässer zu berücksichtigen. Wasser zählt zwar zu den erneuerbaren Ressourcen, doch da heute für die Trinkwasserbereitstellung für die Haushalte überwiegend auf Grundwasser (ca. 70 %) zurückgegriffen wird, sind dessen sehr lange Erneuerungszyklen zu beachten. Der Wasserverbrauch der Haushalte (inkl. Kleingewerbe) liegt in Deutschland bei ca. 144 l/Ew x T, Hessen liegt mit 149 l sogar darüber<sup>2)</sup>. Die Erfahrungen aus ökologischen Siedlungen wie auch bei groß angelegten Wassersparkampagnen wie in Frankfurt am Main belegen jedoch, dass es hier gewaltige Einsparpotenziale gibt, so dass ein Zielwert von 110 l/Ew x T durchaus realistisch erscheint.

##### Beschreibung der Zeitreihe

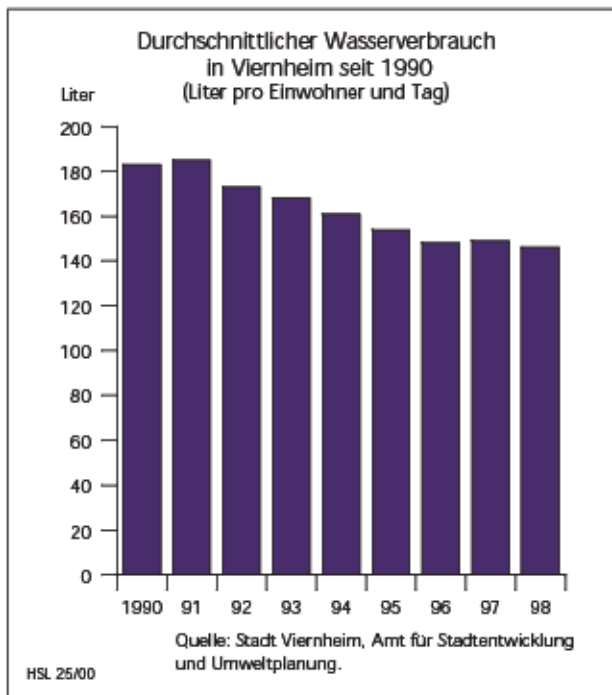
In den Neunzigerjahren ist in Viernheim ein deutlicher Rückgang von über 20 % auf 146 l/Ew x T zu verzeichnen, der sich in den letzten Jahren allerdings abgeschwächt hat.

\*1) Hans Diefenbacher, Dr. rer. pol., Dipl. Volkswirt, geb. 1954; wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. Heidelberg, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland für Umweltfragen. Hauptarbeitsgebiete: Verhältnis von Ökologie und Ökonomie, Weltwirtschafts- und Finanzsystem. Tel.: 06221-9122-34, Fax: 06221-167257, E-Mail: hans.diefenbacher@bund.net

Stefan Wilhelmy M.A., Politikwissenschaftler, geb. 1968; wiss. Mitarbeiter an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. Heidelberg. Hauptarbeitsgebiete: nachhaltige Entwicklung, Lokale Agenda 21, Entwicklungspolitik. Tel.: 06221-9122-22, Fax: 06221-167257, E-Mail: stefan.wilhelmy@fest-heidelberg.de

1) Siehe „Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel Viernheim. Teil 1: Zielsetzung und Konzeption der Fallstudie Viernheim“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrg., Heft 2, Februar 2000, S. 41 ff.

2) Umweltbundesamt (Hrsg.) (1997): Daten zur Umwelt. Der Zustand der Umwelt in Deutschland. Ausgabe 1997. Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 279.



### Mögliche Interpretation

Die Werte werden im Vergleich zu anderen Kommunen leicht zu hoch ausgewiesen, da in den ersten Jahren der Zeitreihe Sondervertragskunden nicht getrennt erfasst wurden. Da der Verbrauch dieser Kunden in den letzten Jahren jedoch unter 1 % des gesamten Verbrauchs lag, wurde hier keine Korrektur der Zeitreihe versucht. Insgesamt liegt Viernheim ganz geringfügig unter dem Schnitt der Verbräuche in Hessen und leicht über dem Durchschnittsverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland.

### Querbezüge zu anderen Indikatoren<sup>3)</sup>

Grundsätzlich führt eine Ausweitung der versiegelten Flächen (Indikator C1) auch zu einer Beeinträchtigung der Versickerungsmöglichkeiten für Regenwasser, woraus sich negative Effekte für die Neubildungsrate des Grundwassers ergeben können. Ein Ansatzpunkt für Wassereinsparungen ist die Durchführung von Öko-Audits (Indikator F2), ein weiterer ein hohes Umweltbewusstsein der Bevölkerung (Indikator XI-2). Eine Verringerung der Wasserentnahme lässt sich auch durch den Einsatz regenerativer Energieerzeuger erreichen (Indikator E2), da Fotovoltaik und Windkraft im Gegensatz zu den herkömmlichen Kraftwerken kein Kühlwasser benötigen. Auf den Indikator D1 hätte dies jedoch keinen Einfluss.

## Wirtschaft — Teilziel H: Angemessener Privater Verbrauch und Ausstattung der Haushalte

### Indikator H1: Durchschnittliche Wohnfläche

**Maßeinheit:** Qm pro Person

**Quelle:** Hessisches Statistisches Landesamt: HEPAS-Fachdaten, Computerausdruck vom Mai 1999; eigene Berechnungen.

### Was wird gemessen?

Die Wohnfläche von Wohnungen und sonstigen Wohneinheiten setzt sich zusammen aus der Grundfläche aller Wohn- und Schlafräume (auch wenn sie sich außerhalb des Wohnungsabschlusses befinden, zum Beispiel Mansarden), der Küche/Kochnische, des Badezimmers, der Toilette(n), der Besen-, Speise- und Abstellkammer, des Flurs, der Veranda oder des Balkons sowie der gewerblich genutzten Wohnräume. Nicht gezählt werden die Flächen von Keller- und Bodenträumen (Speicher), soweit sie nicht zu Wohnzwecken ausgebaut sind. Statistische Grundlagen sind die Gebäude- und Wohnungszählung vom 25.05.1987, die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestands, die Statistik der Baugenehmigungen und die Statistik der Baufertigstellungen. Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Stichtag 31.12. der einzelnen Jahre.

### Möglicher Zielwert

Zweifellos bedeutet eine große geräumige Wohnung für die meisten Menschen ein wichtiges Stück Lebensqualität. Gleichzeitig zwingen die ökologischen Implikationen auch hierbei zu einer Abwägung und zu einer Selbstreflexion über das „rechte Maß“. Entsprechend dem für die Siedlungsfläche (Indikator C1) propagierten Stabilisierungsziel sollte auch bei diesem Indikator spätestens ab 2010 eine weitgehende Konstanz erreicht werden. Zuwächse sollten danach, wenn überhaupt, nur sehr moderat und im Rahmen der durch Innenentwicklung, Verdichtung und Umnutzung geschaffenen Möglichkeiten erfolgen (Indikatoren XII-1 und XII-2). Unter Beachtung der bisherigen Entwicklung ist eine Stabilisierung bei ca. 40 qm pro Person anzustreben.

### Beschreibung der Zeitreihe

Von Ende der Achtziger- bis Anfang der Neunzigerjahre pendelte der für die Stadt Viernheim ermittelte Indikator auf hohem Niveau zwischen 36,6 qm und 36,9 qm und stieg dann in den Folgejahren deutlich an. Der Wert des Indikators ist im Beobachtungszeitraum von 36,57 qm (1987) auf 38,34 qm (1997) — also um 1,77 qm — gestiegen; dies entspricht einer Zunahme um 4,8 % innerhalb von elf Jahren.

### Mögliche Interpretation

Der Indikator errechnet sich aus der Division zweier Messgrößen, die beide in dem beobachteten Zeitraum stetig zugenommen haben, nämlich die Bevölkerungszahl und die insgesamt zur Verfügung stehende Wohnfläche, weshalb der ausgewiesene Anstieg mit 4,8 % noch vergleichsweise moderat ausfällt. Betrachtet man lediglich die Entwicklung der Gesamtwohnfläche, so ergibt sich für die Jahre 1987 bis 1997 ein Zuwachs von 13 % (bei einem Bevölkerungszu-

<sup>3)</sup> Für eine Liste aller Indikatoren siehe auch „Indikatoren für nachhaltige Entwicklung einer Kommune — das Beispiel Viernheim. Teil 1: Zielsetzung und Konzeption der Fallstudie Viernheim“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrg., Heft 2, Februar 2000, S. 47 ff.

wachs von 7,9 %). Der sprunghafte Anstieg seit 1993 ist im Zusammenhang mit der Ausweisung und Errichtung neuer Wohngebiete, sowie einem allgemeinen Trend zu größeren Wohnungen und einer Zunahme der Ein-Personen-Haushalte zu sehen. Da diese Prozesse andauern und in Vierheim zurzeit neue Wohngebiete entstehen, ist auch in den kommenden Jahren mit einem weiteren Anstieg der durchschnittlichen Wohnfläche pro Einwohner zu rechnen.

#### Querbezüge zu anderen Indikatoren

Wie bereits erwähnt, korreliert die Zunahme der pro Einwohner gemessenen Wohnfläche mit einem Anstieg der Siedlungsfläche (Indikator C1), sofern nicht die genannten Faktoren des Bodenmanagements (Indikator XII) zum Tragen kommen. Größere Wohnräume haben unter sonst gleichen Bedingungen einen steigenden Heizwärmebedarf zur Folge, was sich auf die CO<sub>2</sub>- und Schadstoffemissionen auswirkt (Indikatoren B1 und B2) und damit indirekt auch auf die Waldschäden (Indikator D1). Eine Verbesserung der Energieverbrauchsstandards (Indikator E1) kann hier entlastend wirken. Das parallele Ansteigen von Wohnfläche und Mietpreis (Indikator L2) führte bundesweit dazu, dass Mieter einen immer größeren Anteil ihres Einkommens (Indikator N2) für die Miete aufwenden müssen, was sich wiederum auf die Lebenshaltungskosten auswirkt (Indikator L1).

## Soziales – Teilziel Q: Sozial- und umweltverträgliche Mobilität

### Indikator Q2: Verhältnis der Gesamtlänge der Fahrradwege zur Gesamtlänge des Straßennetzes

**Maßeinheit:** Prozent

**Quelle:** Stadt Viernheim und eigene Berechnungen (argeplan — Hachenberg)

#### Was wird gemessen?

Bei der Berechnung der Länge des Radwegenetzes sind zum einen die nur für die Fahrradbenutzung eingerichteten, vom übrigen Straßennetz unabhängigen Fahrradwege zu berücksichtigen. Hinzu kommen zum anderen Radfahrstreifen, die mit einer durchgezogenen Linie markiert sind (Sonderwege im Sinne der StVO), Radspuren, die durch optische Gliederung (anderer Belag, Piktogramme oder anderes) gekennzeichnet sind, Fahrradstraßen sowie die Kfz-freie Zone der Innenstadt. Die sich aus diesen unterschiedlichen Arten ergebende Gesamtlänge der Radwege wird in Bezug zur Gesamtlänge des Straßennetzes der besiedelten Fläche der Stadt Viernheim gesetzt. Nicht berücksichtigt werden Straßen und Wege sowie überörtliche Verkehrsstraßen im übrigen Stadtgebiet. Da Tempo-30-Zonen generell für das Radfahren gut geeignet sind und in der Regel keine zusätzlichen fahrradfördernden Maßnahmen benötigen, sollte in Städten mit einem hohen Anteil an Tempo-30-Zonen die Länge der

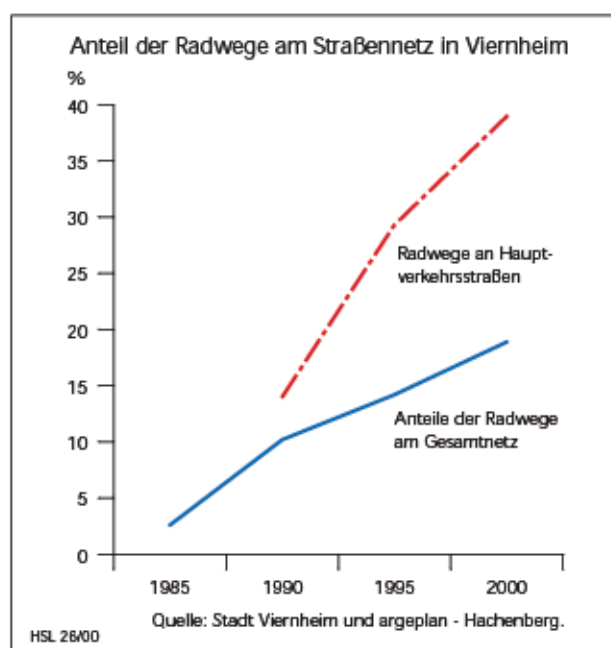
Radwege in Bezug zum verbleibenden Hauptverkehrsstraßennetz (ohne Tempo-50-Straßen in Gewerbegebieten) gesetzt werden.

#### Möglicher Zielwert

Wenn eine Kommune mehr Bürger zum Umsteigen auf das Fahrrad bewegen will, muss sie den Radfahrern nicht nur ein attraktives, sondern vor allem auch ein sicheres Radwegenetz bieten. Dieses muss einem steigenden Radverkehrsaufkommen gerecht werden, ohne dass die Fußgänger als die noch schwächeren Verkehrsteilnehmer in ihrer Mobilität beeinträchtigt werden. Um eine breite Akzeptanz und ein hohes Sicherheitsniveau gewährleisten zu können, bedarf es eines engmaschigen Radwegenetzes, das das Zentrum und die Wohngebiete mit- beziehungsweise untereinander verbindet und auch die Standorte von großen Unternehmen und wichtigen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen erschließt. Für Viernheim bedeutet diese Zielsetzung, dass bei diesem Indikator eine weitere Steigerung notwendig ist. Bis 2010 sollte ein Gleichstand zwischen der Länge des Radwegenetzes und der Länge des Straßennetzes erzielt werden. Neben der quantitativen Erfassung ist aus den genannten Gründen aber auch die Qualität und insbesondere die Sicherheit ein wichtiges Kriterium für ein fahrradfreundliches Viernheim.

#### Beschreibung der Zeitreihe

Während sich in den letzten 15 Jahren das Straßennetz innerhalb der besiedelten Stadtfläche Viernheims nur unwesentlich vergrößert hat, ist das Radwegenetz in dem Zeitraum von 1985 von rund 2 km bis zum Jahr 1999 auf insgesamt 15,2 km angewachsen. Von 1990 bis 1999 ist der Anteil der Radwege am Straßennetz innerhalb der jeweils besiedelten Fläche von knapp 6 auf 15 % angestiegen. Der Anteil der Radwege am innerstädtischen Hauptverkehrsstraßennetz hat in diesem Zeitraum sogar von 14 auf 39 % zugenommen.



### **Mögliche Interpretation**

Der hier zu verzeichnende deutliche Anstieg spiegelt auch die Veränderungen im Umweltbewusstsein und in der Stadtplanung wider. Wenngleich bezüglich des vorgeschlagenen Zielwertes noch Handlungsbedarf besteht, muss das bislang Erreichte als Erfolg gewertet werden. Zudem sind bei der Umsetzung weiterer Maßnahmen die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort, also in einzelnen Straßen und Stadtteilen und die Einführung von Tempo-30-Zonen zu berücksichtigen. Die Entwicklung in diesem Bereich kann die Akteure auch in anderen Handlungsfeldern und Zielsetzungen ermutigen: Mitte der Achtzigerjahre wäre das Ziel, die Länge der Radwege müsste 40 % der Länge der Hauptverkehrsstraßen ausmachen, sicherlich als unrealistisch bezeichnet worden; heute ist es dagegen Realität.

### **Querbezüge zu anderen Indikatoren**

Die auto-gerechte Verkehrsplanung und -entwicklung der zurückliegenden Jahrzehnte war gerade in den Innenstädten dadurch geprägt, dass die stetige Zunahme des Pkw-Aufkommens von den schwächeren Verkehrsteilnehmern — insbesondere Radfahrer(Innen) und Fußgänger(Innen) — als Bedrohung (Indikator S2) und damit auch als Verlust von Wohn- und Lebensqualität empfunden wurde. Dies führte bei den Betroffenen entweder zu einer Einschränkung der persönlichen Mobilität (vor allem bei älteren Menschen) oder zu einem häufigeren Gebrauch des eigenen Pkws und damit zu noch mehr Autoverkehr (Indikatoren H2 und Q1, mit den dort genannten Querbezügen). Ein umfassendes und attraktives Radwegenetz ist daher eine wichtige Voraussetzung, um diesen Kreis zu durchbrechen. Nur wenn dies gelingt, kann zumindest die weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs gebremst oder gar verhindert werden. Positive Effekte ergeben sich dann insbesondere für die Teilziele geringe Luftbelastung (Indikatoren B1 und B2) und Ressourcenverbrauch sowie für ein hohes Gesundheitsniveau (Indikatoren R1 und R2). Eine enge Korrelation besteht zu den Indikatoren im Bereich Mobilitätssteuerung (Indikatoren YII-1 und YII-2).

### **Schlussfolgerungen aus der Stärken-Schwächen-Analyse**

Da der Zweck der Studie für Viernheim hauptsächlich darin bestand, Diskussionen innerhalb der Stadt anzuregen, haben die Verfasser lange gezögert, am Ende ein Kapitel mit Empfehlungen anzuschließen. Auch nach einem Dreivierteljahr der intensiven Beschäftigung mit einer Kommune ist man als externer Betrachter natürlich bei weitem nicht so mit der Stadt vertraut wie die Adressaten des Berichts. Dennoch mag der „Blick von außen“ dazu angetan sein, den Diskussionen zur Lokalen Agenda 21 in der Stadt Anregungen für die weitere Arbeit zu geben.

Bevor hier nachstehend ein Überblick über die abgegebenen Empfehlungen für weitere Maßnahmen und Aktivitäten

skizziert wird, muss der Eindruck festgehalten werden, dass Viernheim eine Stadt ist, in der — vor allem im Vergleich zu anderen Städten dieser Größenordnung — in den letzten Jahren außergewöhnlich viel für eine zukunftsfähige Entwicklung getan wurde. Die Verleihung des Titels „Brundtlandstadt“ hat vielen Projekten einen zusätzlichen Schwung gegeben. Die Initiative ist nach der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland benannt, die auch Vorsitzende der UNO-Kommission für Umwelt und Entwicklung war. Viernheim ist seit 1994 Mitglied in diesem internationalen Netzwerk, das Maßnahmen erprobt, die zu einem dauerhaften Klimaschutz auf der kommunalen Ebene beitragen sollen. Doch haben die Überlegungen und Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung schon sehr viel früher begonnen. Die große Zahl von Aktivitäten mag dazu beitragen, dass an manchen Stellen Befürchtungen entstanden sind, die Lokale Agenda 21 könnte die Bürger der Stadt eher verwirren, nachdem sie in den letzten Jahren mit anderen Projektzusammenhängen vertraut geworden sind. Eine weitere Befürchtung wurde ebenfalls nicht selten geäußert: Dass eine Lokale Agenda 21 in Konkurrenz zu anderen, gut eingeführten Aktivitäten treten oder diese gar duplizieren könnte. Daher erscheint es wichtig, die Vernetzung von Aktivitäten der Lokalen Agenda 21 mit den anderen Projektzusammenhängen in der Stadt nicht nur effektiv durchzuführen, sondern auch sehr bewusst den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

Der folgende Abschnitt enthält die Auflistung einer Reihe von Punkten, bei denen man sich vorstellen könnte, dass sich ergänzende Maßnahmen und Projekte im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung in das bestehende Netz von Aktivitäten gut einfügen würden. Angesprochen werden Probleme der Stadtentwicklung im weitesten Sinne, denen im Rahmen der Bestandsaufnahme bislang noch keine Maßnahmen zugeordnet werden konnten, die hinreichend zur Bewältigung der Probleme scheinen und die zu Indikatoren korrelieren, die noch recht weit von einem jeweils anzustrebenden Zielwert entfernt sind. Dass diese Punkte in dem Bericht aufgeführt wurden, mag *auch* an der Unvollständigkeit der Bestandsaufnahme liegen. Zu einem gewissen Teil werden auch Probleme angesprochen, die im Rahmen einer wie auch immer gearteten Kommunalpolitik oder durch Aktionen der Bürgerinnen und Bürger gar nicht bewältigt werden können, da ihre Ursache nicht im Einflussbereich des Gemeinwesens liegen.

Die Liste mit Punkten für mögliche zusätzliche Aktivitäten wurde wieder nach den Haupt-Bereichen der nachhaltigen Entwicklung gegliedert, denen bereits die Bestandsaufnahme der Projekte und die Entwicklung des Indikatorensystems gefolgt ist. An einem Beispiel wird auf Seite 144 die Anwendung der entwickelten Bewertungskriterien demonstriert.



## Empfohlene Maßnahmen

- A.1: Altlastenerfassung und -beseitigung (Boden)
- A.2: Umsetzung von Bebauungsplänen
- A.3: Ökologisch orientierte Bekämpfung der Waldschädlinge
- A.4: Weitere Verbesserung des Lärmschutzes
- B.1: Bessere Nutzung von Leerständen bei Gewerbeobjekten (hier exemplarisch ausgeführt)
- B.2: Partizipation relevanter Akteure der Wirtschaft bei der Lokalen Agenda 21
- B.3: Bessere Integration des Rhein-Neckar-Zentrums in die lokale/regionale Wirtschaftsstruktur
- B.4: Gründung eines lokalen Tauschrings
- C.1: Organisierte Form der Partizipation von Jugendverbänden
- C.2: Leitbild „Nachhaltigkeit“ im Bereich der Bildung
- C.3: Durchführung von Planungszellen / Innovationswerkstätten
- C.4: Ausbau, mindestens Sicherung des Aktivitätsniveaus im Bereich Frauenarbeit

## Schlussbemerkung

Bei kommunalpolitischen Akteuren besteht häufig die Erwartung, ein lokales Indikatorensystem hätte sich nur auf jene Problembereiche zu beziehen, bei denen innerhalb der Kommune auch Handlungsmöglichkeiten bestünden. Gerade hier zeigt sich jedoch das Spannungsfeld zwischen Grenzen und Möglichkeiten kommunaler Politik vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung, denn die Umwelt- und die Lebensqualität sowie die Zukunftsfähigkeit bestimmter wirtschaftlicher Strukturen werden sehr häufig von Faktoren außerhalb des eigenen Einflussbereichs (mit-)bestimmt. Würde man diese Bereiche ausblenden, kämen bestimmte ökonomische und soziale Strukturelemente nicht in den Blick. Sie zu berücksichtigen ist jedoch dann unverzichtbar, wenn es darum geht, kommunale Handlungsspielräume, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten aus den unterschiedlichsten Gründen verloren gingen, wieder zurückzugewinnen<sup>4)</sup>.

Über diese bereichsspezifischen Vorschläge hinaus lassen sich eine Reihe von Maßnahmen und Organisationsmodel-

<sup>4)</sup> Um ein Beispiel zu geben: Natürlich kann die Preisniveaustabilität in DM oder Euro auf kommunaler Ebene auf traditionelle Weise nur kaum beeinflusst werden. Sollten sich Akteure in einer Gemeinde jedoch entscheiden, einen leistungsfähigen Tauschring aufzubauen oder ein lokal orientiertes Kreditsystem durch die Einlage ihrer eigenen Ersparnisse zu fördern, lassen sich auch hier, bei einem scheinbar für lokale Einflussnahme "aussichtslosen" Problembereich, auch im lokalen Bereich durchaus positive Wirkungen erzielen; vgl. Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): *Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokales Wirtschaften*. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag.

len entwickeln, die die bessere Vernetzung der bestehenden Projektzusammenhänge sowie eine zeitnahe Umsetzung verabschiedeter Pläne und Richtlinien zum Ziel haben. Verbesserungsvorschläge in dieser Perspektive müssen sich jedoch sehr differenziert mit Organisationsabläufen und Kommunikationsstrukturen innerhalb der Kommunalverwaltung befassen und konnten daher nicht Gegenstand der Studie sein, über die im vorliegenden Artikel berichtet wird.

Das eigentliche Ziel der Arbeit an einem Indikatoren- und Bewertungssystem für eine Gemeinde besteht natürlich darin, ein Instrument zu konzipieren, mit dem in dieser Gemeinde dann auch gearbeitet werden kann. Die Erfahrung nicht nur aus Viernheim, sondern auch aus anderen Gemeinden, in denen die Autoren mit derartigen Studien tätigen waren, zeigen, dass es in der Regel einiges an Zeit und auch einige Anstrengungen braucht, bis ein solches Instrument akzeptiert und aktiv verwendet wird. Ein gutes halbes Jahr nach Fertigstellung der Studie in Viernheim ist es daher noch zu früh, abschließend zu beurteilen, ob die Arbeit in dieser Hinsicht zum Erfolg oder Misserfolg wird.

Präsentiert wurde die Studie zunächst an einem Agenda-21-Wochenende im September, und zwar in Form von Stellwänden, die im Veranstaltungsraum aufgebaut waren und wichtige Aspekte der Studie — Vorgehensweise und einige Ergebnisse — zeigten. Dann wurde die Studie in einer Kurzfassung im Ausschuss für Stadtentwicklung des Magistrats verteilt und in einer Ausschusssitzung vorgestellt und diskutiert. Es wird vonseiten der Stadt überlegt, das Beurteilungs-Schema für Projekte in Zukunft auch für die Beurteilung von Eingaben in den Stadtentwicklungs-Ausschuss zu verwenden.

Auch im Prozess der Lokalen Agenda 21 hat die Studie eine — wenn auch nicht prominente — Rolle gespielt. Um eine höhere Aufmerksamkeit zu erzielen, müsste sicher eine gut gestaltete Kurzfassung erarbeitet werden. Auf der anderen Seite hat es sich gezeigt, dass die Aufmerksamkeit für Nachhaltigkeits-Indikatoren mit der Zeit steigt, wenn es gelingt, die Studie alle zwei bis drei Jahre erneut durchzuführen beziehungsweise fortzuschreiben, und die dann aktualisierten Indikatoren mit dem Zustand zu vergleichen, den sie bei der letzten Bearbeitung aufgewiesen haben. Nur wenn es möglich ist, diese Arbeit kontinuierlich zu pflegen, ist sie letzten Endes auch als Planungsinstrument tauglich.

Schließlich soll noch erwähnt werden, dass die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft derzeit im Auftrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen ein System von „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ entwickelt, das für alle Gemeinden und Kreise der Länder einsetzbar sein soll. Dieses System wird voraussichtlich aus einem Kernsatz von 24 Indikatoren bestehen, der dann entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten und Interessenschwerpunkten in den einzelnen Gemeinden ergänzt und ausgebaut werden kann. Für die Ent-

wicklung dieses Systems war die Arbeit in Viernheim eine wertvolle Erfahrung; viele der Viernheimer Indikatoren finden sich auch im Entwurf zum allgemeinen System oder in den Vorschlägen für Ergänzungs-Indikatoren wieder. Dieser Kernsatz von Indikatoren wird zurzeit in zwölf Städten und Gemeinden und in vier Landkreisen der beteiligten Bundesländer auf seine Praxistauglichkeit hin überprüft. Diese

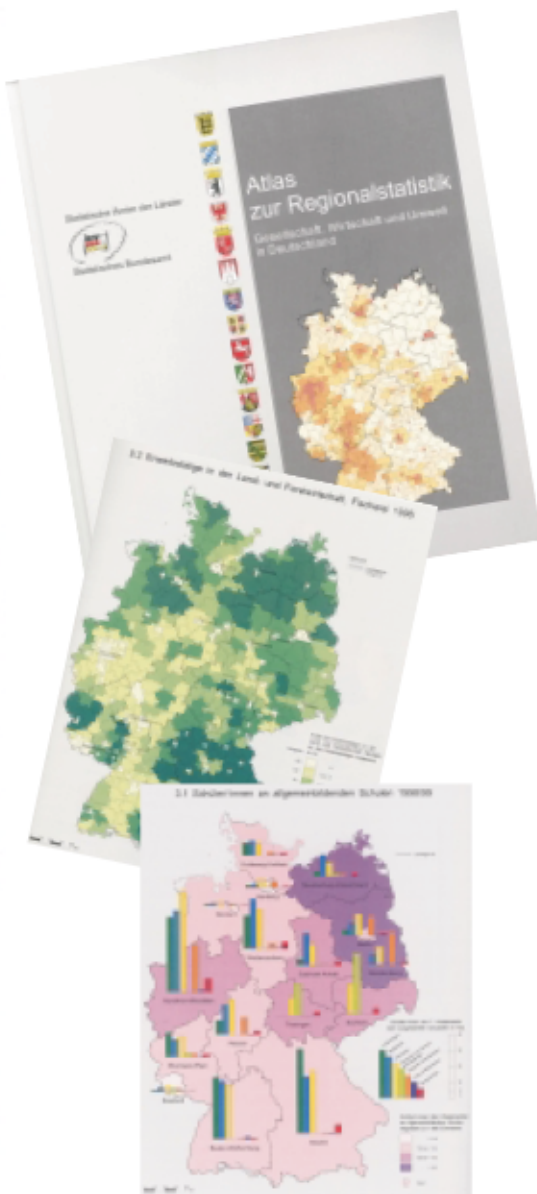
Testphase soll bis zum Sommer 2000 abgeschlossen sein. Wenn es gelingt, ein derartiges Messsystem nicht nur in Form von Pilotprojekten, sondern in vielen Gemeinden und Kreisen anzuwenden, steigert das dessen Verwendbarkeit weiter, da es dann möglich sein wird, Kommunen untereinander zu vergleichen — oder herauszuarbeiten, warum sich bestimmte Entwicklungen nicht miteinander vergleichen lassen. □

*Beispiel*

**B.1.: Bessere Nutzung von Leerständen bei Gewerbeobjekten<sup>1)</sup>**

(1)	<i>Ziele des Projektes</i>	Begrenzung der Inanspruchnahme von neuen Flächen, Intensivierung der Nutzung von Investitionen, Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts	
(2)	<i>Zielgruppen</i>	Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung, Unternehmen, Handwerker etc.	
(3)	<i>Laufzeit des Projektes</i>	langfristig	
(4)	<i>Beschäftigungseffekte</i>	keine	
	<i>Qualifikationsanforderungen</i>	gering; hohe Anforderungen an Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit	
(5)	<i>Finanzieller Rahmen</i>		
	(5.1) <i>Startkapital</i>	keines	
	(5.2) <i>Laufende Kosten</i>	anteilig Gehaltskosten für Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung	
(6)	<i>Ökologische Effekte auf:</i>		
	(6.1) <i>Abfallmengen</i>		+++
	(6.2) <i>Luftverschmutzung</i>		o
	(6.3) <i>Öko-Systeme und Artenvielfalt</i>		+
	(6.4) <i>erneuerbare Ressourcen</i>		++
	(6.5) <i>nicht erneuerbare Ressourcen</i>		++
	(6.6) <i>Umweltschutzmaßnahmen und Altlasten</i>		+++
	(6.7) <i>Umweltbewusstsein der Bevölkerung</i>		+
	(6.8) <i>Bodenmanagement</i>		+++
(7)	<i>Ökonomische Effekte auf</i>		
	(7.1) <i>Verteilung von Arbeit und Beschäftigung</i>		o
	(7.2) <i>Privater Verbrauch und Ausstattung der Haushalte</i>		o
	(7.3) <i>regionaler Selbstversorgungsgrad</i>		o
	(7.4) <i>Wirtschaftsstruktur</i>		++
	(7.5) <i>Preisniveaustabilität</i>		o
	(7.6) <i>Struktur der Öffentlichen Haushalte</i>		o
(8)	<i>Soziale Effekte auf</i>		
	(8.1) <i>Verteilung von Einkommen und Vermögen</i>		o
	(8.2) <i>Niveau von Kultur und Ausbildung</i>		o
	(8.3) <i>Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur</i>		++
	(8.4) <i>Wohnungsversorgung</i>		o
	(8.5) <i>Sozial- u. Umweltverträglichkeit der Mobilität, Mobilitätssteuerung</i>		++
	(8.6) <i>Gesundheitsniveau</i>		o
	(8.7) <i>Sicherheitsniveau</i>		o
	(8.8) <i>ehrenamtliches und demokratisches Engagement</i>		o
(9)	<i>Soziale Effekte für einzelne gesellschaftliche Gruppen</i>		
	(9.1) <i>Frauen</i>		o
	(9.2) <i>Kinder und Jugendliche</i>		o
	(9.3) <i>Senioren</i>		o
	(9.4) <i>ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger</i>		o

1) Die siebenstufige Bewertungsskala reicht von „sehr negative Effekte“ (---) über „keine Effekte“ (0) bis „sehr positive Effekte“ (+++).



# Atlas zur Regionalstatistik

## Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland

Die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bietet:

- ◆ Ein breites Informationsangebot aus den Datenbanken der amtlichen Statistik
- ◆ Schnelle Vergleichsmöglichkeiten zwischen Bundesländern und Kreisen
- ◆ 80 übersichtliche Schaubilder
- ◆ Ausführliche Erläuterungen und Definitionen
- ◆ Ein Verzeichnis sämtlicher Kreise Deutschlands

### Themenbereiche

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen · Bevölkerung · Bildung · Erwerbstätigkeit · Landwirtschaft · Umwelt und Energie · Löhne und Gehälter · Gesundheitswesen · Produzierendes Gewerbe · Bodenbedeckung · Verwaltungsgliederung

Format: 25,2 x 29,7 cm, gebunden, 156 Seiten mit 80 farbigen Schaubildern, Preis: 48,00 DM (zuzügl. Versandkosten)

W-98

Für alle, die zusätzliche Informationen und die exakte Datenbasis der Karten benötigen, sind folgende Veröffentlichungen lieferbar:

- **Kreiszahlen für Deutschland 1998**

Ausgewählte Regionaldaten

192 Seiten, DIN A 4, kartoniert, 25,00 DM (zuzügl. Versandkosten);

die Ausgabe 1999 erscheint Ende April 2000.

- **Statistik regional 1999**

Datenbank auf CD-ROM

Die Daten sind einfach, schnell und ohne Vorkenntnisse abzurufen. Recherchierte Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch mit anderen Programmen leicht weiterverarbeitet werden (Systemvoraussetzungen: Windows 95 oder NT 4.0; 16 MB RAM).

Einzelpplatzversion: 290,00 DM (zuzügl. Versandkosten)

Netzwerkversion: 580,00 DM (zuzügl. Versandkosten)



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom  
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden**

Telefon: 0611/3802-951

· Fax: 0611/3802-992

E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de)

· Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

- Die am *Preisindex für die Lebenshaltung* aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im April um 1,6 % höher als ein Jahr zuvor. Die entsprechende Rate hatte sowohl im Februar als auch im März noch 2,1 % betragen. Ausschlaggebend für den Rückgang der Jahresteuern war die Preisentwicklung für Heizöl und Kraftstoffe. Für Heizöl sank die am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerungsrate von 60 % im März auf knapp 36 % im April. Für Kraftstoffe ging sie von fast 33 auf gut 15 % im April zurück. Der immer noch starke preistreibende Einfluss dieser beiden Mineralölprodukte zeigt sich daran, dass die Gesamtlebenshaltung ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen im April um 0,9 % (nach 0,7 % im März) teurer gewesen wäre als ein Jahr zuvor. Nahrungsmittel hatten im April um 1,4 % niedrigere Preise als im Vorjahr. Auch für Strom sanken sie um 9,9 %, für Kaffee um 9,4 % sowie für Telefon- und Telefaxdienstleistungen um 5,8 %. Im Vergleich zum Vormonat sanken die Verbraucherpreise. Im April waren sie um 0,1 % niedriger als im März. Auch hier hatten die Mineralölprodukte einen besonderen Einfluss: Heizöl war im April um 7,7 % und Kraftstoffe waren um 4,9 % billiger als im März. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wären die Verbraucherpreise von März auf April um 0,2 % gestiegen.

- Die positive Umsatzentwicklung im hessischen *Verarbeitenden Gewerbe* hat auch im Februar 2000 angehalten. Die Industriefirmen verbuchten im Vergleich zum gleichen Vorjahresmonat einen Anstieg um 9,5 % auf 12,25 Mrd. DM. Der kräftige Anstieg ist vor allem auf die Auslandsumsätze zurückzuführen, die um 19 % auf 4,6 Mrd. DM zunahmen. Die Inlandsumsätze stiegen dagegen nur um 4,8 % auf 7,7 Mrd. DM an. Die Umsatzsteigerung in den großen Branchen war teilweise beträchtlich. Der Maschinenbau verzeichnete einen Anstieg um 13 % auf 1,2 Mrd. DM und der Kraftwagenbereich um 10 % auf 1,8 Mrd. DM. Dagegen musste sich die Chemische Industrie mit einem Zuwachs von 2,8 % auf 2,5 Mrd. DM zufrieden geben. Die erfreuliche Umsatzsteigerung im hessischen Verarbeitenden Gewerbe blieb bisher ohne Auswirkung auf die Beschäftigung. Die Beschäftigtenzahl lag im Februar mit 457 700 um 2 % niedriger als vor Jahresfrist. Der Maschinenbau verringerte sein Personal um 0,9 % auf 63 200 und der Kraftwagenbereich um 2,6 % auf 59 800. Bei der Chemischen Industrie nahm die Zahl der Beschäftigten um 4,1 % auf 63 700 ab.

- Im Wintersemester 1999/2000 wurden von den hessischen Hochschulen — zusätzlich zu 149 000 immatrikulierten Studenten — insgesamt 1240 *Gaststudierende* gemeldet. Die Zahl der Gasthörer ist seit fünf Jahren leicht rückläufig und um 2 % niedriger als im Vorjahr. Gasthörer können auch ohne Abitur einzelne Kurse oder Lehrveranstaltungen an den Hochschulen besuchen, sind jedoch

nicht prüfungsberechtigt. Insbesondere Frauen nehmen dieses Weiterbildungsangebot an. So war der Frauenanteil mit 54 % höher als bei den immatrikulierten Studenten (44 %). Dem Seniorenstudium kommt eine besondere Bedeutung zu: 49 % der Gasthörer waren älter als 60 Jahre und 21 Personen hatten sogar das 80. Lebensjahr vollendet. Nur 13 % waren jünger als 30 Jahre. Das Durchschnittsalter der männlichen Gasthörer war mit gut 56 Jahren um fünf Jahre höher als das der Kommilitoninnen. 60 % der Hörscheine wurden in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (hauptsächlich in Religionslehre, Geschichte und Germanistik) erteilt, 13 % in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (hauptsächlich in Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Sozialwissenschaft und Rechtswissenschaft) sowie 13 % in Kunst und Kunstwissenschaft.

- Die hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände haben auch 1999 wieder einen positiven Finanzierungssaldo erwirtschaftet. Mit 1559 Mill. DM lag der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben deutlich höher als 1998, als er noch 367 Mill. DM ausgemacht hatte. Damit hat sich die allgemeine Tendenz zur Verbesserung der *kommunalen Finanzsituation* verstärkt. Sowohl die kreisfreien Städte als auch die Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden konnten mehrheitlich eine Verbesserung ihrer Finanzsituation erreichen. Der hohe Einnahmeüberschuss von 1043 Mill. DM (1998: 477 Mill. DM) der kreisfreien Städte ist ganz überwiegend auf das gute Ergebnis der Stadt Frankfurt am Main (969 Mill. DM) zurückzuführen und kam im Wesentlichen durch Steigerungen der Steuereinnahmen zu Stande. Die Landkreise meldeten nur eine relative Verbesserung. Hier konnte der Ausgabeüberschuss von 198 Mill. DM im Jahr 1998 auf 62 Mill. DM im abgelaufenen Jahr reduziert werden. Immerhin wiesen im vergangenen Jahr 13 Landkreisverwaltungen einen Einnahmeüberschuss aus. Die übrigen acht Kreisverwaltungen haben, bei allerdings zum Teil deutlich reduzierten Ausgabeüberschüssen, ihre Haushalte nur über Kreditaufnahmen bzw. Entnahmen aus den Rücklagen ausgleichen können. Bei den kreisangehörigen Gemeinden stieg der Überschuss der Einnahmen von 146 Mill. DM im Jahr 1998 auf 448 Mill. DM im vergangenen Jahr.

- Auch 1999 nahm der *Bierausstoß* in den hessischen Brauereien mit 20 oder mehr Beschäftigten wieder ab, und zwar um 6,2 % auf 515 Mill. l. 1998 hatte es bereits einen Rückgang um 12 % gegeben. Der Verkaufswert des Bieres ab Brauerei ging 1999 gegenüber dem Vorjahr um 7,2 % auf 655 Mill. DM zurück. Die schwache Nachfrage und der starke Wettbewerb lassen Preiserhöhungen kaum zu. Daher lag der Wert des Bieres ab Brauerei bei 1,27 DM je Liter und damit nochmals zwei Pfennige niedriger als im Jahr zuvor. Der Gesamtumsatz, zu dem auch der Handelsumsatz zählt, verringerte sich um 6,4 % auf 950 Mill. DM. Die Beschäftigtenzahl in den hessischen Brauereien nahm innerhalb eines Jahres um 9,1 % auf 2260 Mitarbeiter ab.

## Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

*Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cécior, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 335,00 DM einschl. Versandkosten, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.*

Hauptinhalt der Hefte 1/00 bis 3/00: Umweltschutz durch kollektives Arbeitsrecht — insbesondere durch Tarifvertrag und Koalitionsvereinbarung / Rechtliche Hindernisse der tarifvertragsfreien Gestaltung von Arbeitsbedingungen / Übersendungs- und Mittellungspflicht, § 7 TVG / Gestaltungsmöglichkeiten beim Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse außerhalb des Beschäftigungsförderungsgesetzes / Europäisches Rahmenrecht für die kirchliche Mitbestimmung? / Errichtung von Betriebsräten in kirchlichen Einrichtungen? / Sozialversicherungsrechtliche Neuregelung der Scheinselbstständigkeit / Keine Beihilfe mehr für Neueingestellte / Ausgewählte Probleme bei der Anwendung des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit (TV ATZ) / Erneut zur Frage der Anrechnung der Zeiten einer Beschäftigung als wissenschaftliche Hilfskraft (mit Abschluss) auf die Befristungshöchstgrenze des § 57 c Abs. 2 HRG / Was lange währt, wird endlich gut? Anmerkungen zum Landesgleichstellungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LGG) / Flexible Arbeitszeiten und ihre soziale Absicherung. 6133-34

## Körperschaftsteuer

*Von H. Haas, 5. überarbeitete Auflage, Band 4 der Reihe „Ausbildung im Steuerrecht“, XVIII und 114 Seiten, kartoniert, 29,80 DM, Verlag C. H. Beck, München, 1999.*

Das Buch wendet sich vor allem an Anwärtler des mittleren Dienstes der Finanzverwaltung, aber auch an Auszubildende der steuerberatenden Berufe und bietet einen knappen, aber fundierten Einblick in die komplexe Materie des Körperschaftsteuerrechts. Entsprechend dieser Zielgruppe ist das Buch weniger kommentierend und eher deskriptiv gehalten. Lernziel ist die praktische Anwendung des Körperschaftsteuergesetzes, weswegen der Text durch eine große Anzahl instruktiver Beispiele und Beispielrechnungen ergänzt und durch zahlreiche Schaubilder zusammengefasst wird. Die sechs Abschnitte — durch ein sehr ausführliches Inhaltsverzeichnis detailliert aufgeschlüsselt — zeigen schon durch ihren unterschiedlichen Umfang, wo der Schwerpunkt der Darstellung zu suchen ist: Neben der Bestimmung des Einkommens (wichtige Stichworte: „verdeckte Gewinnausschüttungen“ und „verdeckte Einlagen“) ist hier das körperschaftsteuerliche Anrechnungsverfahren, das sehr genau beschrieben wird, zu nennen. Aber auch Randthemen wie die Liquidationsbesteuerung und die Besteuerung der Ausschüttung beim Anteilseigner werden behandelt. Durch das beigegebene Stichwortverzeichnis eignet sich das Buch auch zum schnellen Nachschlagen der wichtigsten Bestimmungen. Alles in allem: ein gelungenes Einsteigerbuch, nicht nur im Bereich der Finanzverwaltung. 6913

## Die Diagnosefähigkeit der Soziologie

*Sonderheft 38/1998 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“, herausgegeben von J. Friedrichs, M. R. Lepsius und K. U. Mayer, 453 Seiten, kartoniert, 89,00 DM, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1998.*

Die ökonomischen, politischen und sozialen Umwälzungen der vergangenen Jahre, wie beispielsweise die Transformation sozialistischer Gesellschaften und die Probleme der Globalisierung der Wirtschaft, stellen für die Soziologie eine Herausforderung dar. Es wird mithin die generelle Frage gestellt, in welchem Maße es der Soziologie gelingen kann, längerfristige Veränderungsprozesse für die Gesellschaft oder gesellschaftliche Teilbereiche zu diagnostizieren, ihre Richtung vorherzusagen oder für die Vergangenheit zu rekonstruieren. Folgende

Fragestellungen werden untersucht: Woher stammen die Begriffe und Theorien, mit denen Soziologen längerfristige Entwicklungen wahrgenommen haben? In welchem Sinne haben allgemeine Theorieentwicklungen die Diagnosefähigkeit der Soziologie entfaltet oder behindert? Wie erfolgreich waren Diagnosen längerfristiger Entwicklungen in der Vergangenheit? In welchem Verhältnis stehen die Entwicklung von empirischen Beschreibungs- und methodischen Analysepotenzialen zur Diagnosefähigkeit? Welche methodischen Mittel fördern und welche methodischen Probleme behindern die Diagnosefähigkeit der Soziologie? Wie selektiv ist die Rezeption soziologischer Entwicklungsanalysen und ihrer Deutungen in der Öffentlichkeit? Diese Fragen werden an Hand verschiedener sozialer Themenbereiche behandelt: Demokratieentwicklung der Bundesrepublik Deutschland, der strukturelle Wandel der Klassengesellschaft, Proletarisierung oder Aufwertung der Erwerbsarbeit, Wandel der Berufsstruktur, Wertewandel, Säkularisierung, Wandel der Familie, Folgen der Bildungsexpansion, Tendenzen der Informationsgesellschaft, Entwicklung der Frauenbewegung, Entstehung der Umweltbewegung sowie Integration ethnischer Minoritäten. Dieses Sonderheft wurde aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie zusammengestellt. 6875

## Führen — Mit Ihren Mitarbeitern zum Erfolg

*Die besten Instrumente und Techniken. Von K. Bischof und A. Bischof, aus der Reihe „WRS-Betriebspraxis“, 143 Seiten, broschiert, 49,90 DM, Verlag Wirtschaft, Recht und Steuern, Planegg, 1998.*

Größere Führungsspanne, schlanke Führungsstrukturen, Bereichs- und unternehmensübergreifende Projektarbeit, Führung von Fachspezialisten, Fusionierung von Unternehmen — das sind die Rahmenbedingungen für die Führungskräfte von heute. Unter diesen Rahmenbedingungen muss ein Vorgesetzter seine Mitarbeiter einschätzen können, sie fordern und fördern, gute Mitarbeiter einstellen und schlechten kündigen, mit Vorgesetzten und Mitarbeitern im Team arbeiten sowie selber effektiv und effizient arbeiten. Zu jeder der aufgeführten Führungsaufgaben wird aufgezeigt, weshalb es wichtig ist, dass man sich dieser Aufgabe annimmt, wie die Aufgabe gelöst werden kann sowie welche Vorgehensweisen, Hilfsmittel und Instrumente für diese Aufgabe angewendet werden können. Außerdem wird die Anwendung der einzelnen Instrumente an einem Beispiel erläutert. Das Buch soll dazu beitragen, dass die Führungskraft in kritischen Situationen flexibel und sicher reagieren kann. Der Inhalt des Buches stellt die Verdichtung der Erfahrungen der Autoren als Führungskräfte, aus vielen Führungsworkshops und aus persönlichem Coaching von Führungskräften dar. 6791

## Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

### Beihilfavorschriften

*Kommentar mit Ausführungs-, Vollzugs- und Nebenvorschriften sowie Beispielen (Ausgabe Bund und Länder). Begründet von F. Mildenerger, fortgeführt von K.-P. Pühler, H. Hoffmann u. a., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 84. Erg.-Lfg. vom September 1999, 3072 Seiten, in 3 Ordnern) 228,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999. 4764/41*

### Mantel-Tarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder (MTArb)

*Kommentar. Bearbeitet von O. Scheuring, W. Steingen u. a., 8. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 126. Erg.-Lfg. vom August 1999, 3462 Seiten, in 4 Plastikordnern) 248,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999. 4874/43*

### Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung

*Von Dr. Helmut Linhart, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. Band 1 der „Studienschriften für die öffentliche Verwaltung“, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 10. Erg.-Lfg. vom Oktober 1999, 1008 Seiten, in Plastikordner) 118,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999. 6045/6*

# Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik

Ausgabe II/1999



**Printversion:**

Umfang: 27 Seiten  
Format: DIN A 4  
Einband: kartoniert  
Preis: 8,00 DM  
(zuzügl. Versandkosten)

**Diskettenversion:**

Excel 97-Format  
Preis: 12,00 DM  
(zuzügl. Versandkosten)

**Jahresabonnementspreise:**

Print: 14,80 DM  
Diskette: 22,20 DM  
(zuzügl. Versandkosten)



Die Veröffentlichung, die zweimal jährlich erscheint, bringt für Hessen und die anderen Länder der Bundesrepublik umfangreiches Datenmaterial aus vielen Bereichen der Statistik, hauptsächlich aus Quellen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes.

In der Ausgabe II/99 werden Vergleichszahlen u. a. zu folgenden Bereichen dargestellt:

- ◆ Gebiets- und Bevölkerungsstand, Bevölkerungsdichte, Natürliche Bevölkerungsbewegung
- ◆ Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, Erwerbstätige nach Stellung im Beruf
- ◆ Arbeitslose, Arbeitslosenquoten, Kurzarbeit, offene Stellen, Arbeitsvermittlungen
- ◆ Streiks und Aussperrungen
- ◆ Studenten an Hochschulen, Auszubildende
- ◆ Verarbeitendes Gewerbe — Investitionen, Beschäftigte und Umsätze
- ◆ Bauhauptgewerbe — Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Umsätze
- ◆ Ausbaugewerbe — Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Umsätze
- ◆ Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau
- ◆ Wohngeldempfänger und gezahltes Wohngeld
- ◆ Landwirtschaftlich genutzte Flächen, Anbauflächen und Ernten von Fruchtarten und Freilandgemüse, Rebfläche und Weinmosternte, Viehbestände
- ◆ Straßen des überörtlichen Verkehrs, Bestand an Kraftfahrzeugen, Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden
- ◆ Fremdenverkehr — angebotene Betten, Ankünfte und Übernachtungen
- ◆ Konkurse, Bestand an Spar- und Bauspareinlagen
- ◆ Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Die Ausgabe II/99 enthält erstmalig neben dem Tabellenteil auch Schaubilder zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Ebenfalls neu ist, dass die Veröffentlichung ab der Ausgabe II/99 nun auch in digitaler Form erhältlich ist.

W 99

**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom**

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) · Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

### Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>				
	Volumenindex des Auftragsingang <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs <sup>4)</sup> 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze <sup>5)</sup> 1995 = 100	Preis-Index für die Lebens-haltung <sup>6)</sup> 1995 = 100	Arbeits-lose <sup>8)</sup>	Arbeits-losen-quote <sup>9)</sup>	Offene Stellen <sup>8)</sup>	Kurz-arbeit (Personen) <sup>10)</sup>
	Insgesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen <sup>11)</sup>											
1997 D	102,7	94,3	118,0	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,9	93,1	109,5	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239257	9,4	30650	6396
1998 4. Vj. D	96,5	94,1	106,6	469 347	83,9	39 769	109,7	104,1	.	.	.	.
1999 Januar	87,0	78,3	103,0	466 333	89,1	38 101	89,9	104,0	260 050	10,2	26 543	7 912
Februar	90,5	82,5	105,1	466 533	61,8	37 184	88,8	104,2	259 649	10,2	30 541	8 909
März	108,1	103,5	116,7	466 710	99,3	37 162	115,8	104,4	250 289	9,8	32 639	10 317
1. Vj. D	95,2	88,1	108,3	466 525	83,4	37 482	96,2	104,2	.	.	.	.
April	99,9	94,1	110,3	463 757	72,3	37 287	102,5	104,8	244 858	9,6	33 408	8 733
Mai	96,4	93,6	107,2	463 242	84,6	37 167	99,4	104,8	235 675	9,2	31 622	6 328
Juni	102,9	98,1	111,9	463 791	106,8	37 376	102,0	104,9	233 266	9,1	31 352	6 951
2. Vj. D	100,4	95,3	109,8	463 597	87,9	37 277	101,4	104,8	.	.	.	.
Juli	95,7	91,3	103,8	465 532	86,7	37 999	101,2	105,4	237 919	9,3	32 317	4 611
August	93,4	92,2	95,4	466 636	94,3	38 409	94,8	105,5	232 096	9,1	31 706	3 513
September	106,4	101,8	114,7	466 141	94,9	38 401	96,5	105,3	227 818	8,9	32 012	4 152
3. Vj. D	96,5	95,1	104,6	466 103	92,0	38 270	96,2	105,4	.	.	.	.
Oktober	101,9	95,5	113,6	462 730	99,9	38 944	105,4	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857
November	108,0	98,6	125,3	462 177	59,5	38 547	111,2	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113
Dezember	94,5	87,8	107,1	459 689	90,5	37 805	124,1	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,5	94,0	115,3	461 532	83,3	38 432	113,6	105,5	.	.	.	.
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	90,4	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	94,9	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>												
1997 D	1,5	- 3,6	9,9	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,5	- 7,9	- 4,4	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
1998 4. Vj.	- 5,4	- 2,1	- 10,3	- 1,1	5,0	- 11,3	1,9	0,9	.	.	.	.
1999 Januar	- 15,2	- 19,3	- 8,8	- 0,5	85,4	- 8,3	- 5,0	0,6	- 6,5	.	16,6	- 11,9
Februar	- 17,8	- 17,7	- 16,1	- 0,5	- 24,1	- 9,1	- 1,0	0,4	- 6,7	.	17,1	- 26,3
März	- 15,1	- 15,4	- 14,6	- 0,8	11,3	- 9,2	3,9	0,7	- 6,7	.	12,8	1,9
1. Vj.	- 16,0	- 17,3	- 14,0	- 0,6	14,4	- 8,9	- 0,4	0,6	.	.	.	.
April	- 7,4	- 3,9	- 12,8	- 1,4	9,5	- 8,4	1,9	0,9	- 5,7	.	12,2	12,1
Mai	- 3,6	- 3,2	- 4,5	- 1,3	20,0	- 8,9	- 1,9	0,7	- 5,6	.	14,1	0,6
Juni	- 1,6	1,2	- 5,7	- 1,1	14,8	- 8,2	5,5	0,6	- 4,2	.	11,3	31,5
2. Vj.	- 4,3	- 2,0	- 7,8	- 1,2	14,9	- 8,5	1,8	0,7	.	.	.	.
Juli	- 24,6	- 31,7	- 9,7	- 1,3	- 17,9	- 6,2	- 2,9	0,8	- 4,9	.	17,0	6,0
August	8,4	7,0	10,7	- 1,2	12,7	- 4,9	5,0	1,0	- 6,5	.	18,5	6,9
September	0,7	2,4	- 2,4	- 1,3	- 12,5	- 5,0	- 1,3	1,1	- 5,2	.	21,6	5,0
3. Vj.	- 7,3	- 10,6	- 1,5	- 1,3	- 7,3	- 5,4	0,1	1,0	.	.	.	.
Oktober	- 0,2	- 3,3	5,1	- 1,7	20,8	- 3,5	1,5	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1
November	7,1	2,2	15,1	- 1,7	- 12,6	- 3,1	4,0	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6
Dezember	2,1	0,8	4,3	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,7	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj. D	3,0	- 0,1	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,9	1,3	.	.	.	.
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	0,6	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	6,9	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>												
1998 4. Vj.	- 7,4	- 11,6	0,4	- 0,6	- 15,4	- 1,6	11,8	- 0,3	.	.	.	.
1999 Januar	- 6,0	- 10,1	0,3	- 0,7	- 11,8	- 2,8	- 24,1	- 0,1	4,8	.	18,4	44,3
Februar	4,0	5,4	2,0	0,0	- 30,7	- 2,4	- 1,2	0,2	- 0,2	.	15,1	12,6
März	19,4	25,5	11,0	0,0	60,8	- 0,1	30,4	0,2	- 3,6	.	6,9	15,8
1. Vj.	- 3,4	- 6,4	1,6	- 0,6	- 0,6	- 5,8	- 10,5	0,1	.	.	.	.
April	- 7,6	- 9,1	- 5,5	- 0,6	- 27,2	0,3	- 11,5	0,4	- 2,2	.	2,4	- 15,4
Mai	- 1,5	- 0,5	- 2,8	- 0,1	17,0	- 0,3	- 3,0	0,0	- 3,8	.	- 5,3	- 27,5
Juni	4,6	4,8	4,4	0,1	26,2	0,6	2,8	0,1	- 1,0	.	- 0,9	9,8
2. Vj.	5,5	8,2	1,4	- 0,6	5,4	- 0,6	3,3	0,6	.	.	.	.
Juli	- 7,0	- 6,9	- 7,2	0,4	- 18,8	1,7	- 1,0	0,5	2,0	.	3,1	- 33,7
August	- 7,0	- 3,3	- 13,1	0,2	8,7	1,1	- 6,3	0,1	- 2,4	.	- 1,9	- 23,8
September	11,2	11,5	10,5	- 0,1	0,7	-	3,9	- 0,2	- 1,8	.	1,0	18,2
3. Vj.	- 1,9	- 0,2	- 4,7	0,5	4,7	2,7	- 3,2	0,6	.	.	.	.
Oktober	- 4,2	- 6,2	- 1,0	0,6	5,3	1,4	7,0	-	- 1,0	.	- 5,2	17,0
November	6,0	3,2	10,3	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,5	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9
Dezember	- 12,5	- 11,0	- 14,5	- 0,5	52,1	- 1,9	11,6	0,2	1,9	.	5,0	- 28,6
4. Vj. D	3,0	- 1,2	10,2	- 1,0	- 9,5	0,4	15,7	0,1	.	.	.	.
2000 Januar	- 0,6	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 27,2	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	5,0	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
<b>BEVÖLKERUNG</b>										
* Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1000	6 031,4	6 032,5	6 034,4	6 036,1	6 036,0	6 046,3	6 048,8	6 051,0	6 051,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen <sup>2)</sup>	Anzahl	2 740	2 666	3 310	2 576	1 652	3 859	5 021	2 388	1 785
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	5,4	5,3	6,7	5,0	3,3	7,5	10,1	4,6	3,6
* Lebendgeborene <sup>3)</sup>	*	5 260	5 047	5 549	5 063	4 522	5 216	5 539	4 527	4 781
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,5	10,0	11,2	9,9	9,1	10,2	11,1	8,8	9,6
* Gestorbene <sup>4)</sup> (ohne Totgeborene)	*	5 113	5 082	4 835	4 943	4 947	4 813	4 588	4 564	5 244
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,2	10,1	9,8	9,6	10,0	9,4	9,2	8,9	10,5
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	*	24	24	30	19	24	24	27	22	10
auf 1000 Lebendgeborene	*	4,5	4,8	5,4	3,8	5,3	4,6	4,9	4,9	2,1
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	*	147	- 34	714	120	- 425	403	951	- 37	- 463
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	0,3	- 0,1	1,4	0,2	- 0,9	0,8	1,9	- 0,1	- 0,9
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 255	13 316	16 139	15 941	13 118	17 000	16 079	16 238	14 539
darunter aus dem Ausland	*	5 471	5 443	6 620	6 323	5 573	7 221	7 115	6 777	5 855
* Fortzüge über die Landesgrenzen	*	13 033	12 995	14 876	14 387	12 783	14 708	14 542	13 981	13 360
darunter in das Ausland	*	6 113	6 000	6 617	6 094	6 121	6 364	6 358	5 586	6 113
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	*	222	320	1 263	1 554	335	2 292	1 537	2 257	1 179
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	*	19 614	18 531	20 986	20 296	19 218	21 283	19 543	18 967	21 096
<b>ARBEITSMARKT</b>										
* Arbeitslose am Monatsende <sup>6)</sup>	Anzahl	254 050	239 257	260 050	259 649	250 289	229 534	238 900	236 497	228 878
darunter Frauen	*	109 250	105 186	110 224	109 185	106 744	101 742	104 070	102 187	99 808
Männer	*	144 800	134 071	149 826	150 464	143 545	127 792	134 830	134 310	129 070
Ausländer	*	55 070	51 080	55 941	55 749	54 296	48 612	49 959	49 664	48 534
Jugendliche unter 20 Jahren	*	6 339	5 747	6 199	6 173	5 525	5 384	5 661	5 868	5 574
* Arbeitslosenquote <sup>7)</sup> insgesamt	%	10,0	9,4	10,2	10,2	9,8	9,0	9,3	9,2	8,9
darunter der Frauen	*	9,7	9,1	9,7	9,6	9,4	8,8	9,0	8,8	8,6
Männer	*	10,3	9,6	10,6	10,7	10,2	9,1	9,6	9,6	9,2
Ausländer	*	18,6	17,2	18,8	18,8	18,3	16,4	16,9	16,8	16,4
Jugendlichen unter 20 Jahren	*	8,9	8,0	8,8	8,8	7,8	7,4	7,8	8,1	7,7
* Offene Stellen am Monatsende <sup>8)</sup>	Anzahl	26 021	30 650	26 543	30 541	32 839	30 376	32 285	37 020	39 531
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) <sup>9)</sup>	*	6 505	6 396	7 912	8 909	10 317	4 355	5 711	6 916	6 424
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte</b>										
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt <sup>10)</sup>	1000	2 101,3	2 105,3	2 096,9	2 121,6	2 097,0	2 088,3	2 093,0	2 128,8	2 110,9
darunter Frauen	*	902,8	903,7	899,5	907,9	900,9	899,6	896,9	911,4	906,7
Ausländer	*	229,1	226,8	230,2	231,2	225,8	224,8	225,8	229,6	226,0
Teilzeitbeschäftigte	*	297,7	310,0	295,8	296,8	302,4	306,3	307,7	310,9	315,1
darunter Frauen	*	265,8	272,5	264,6	264,5	268,0	270,5	271,1	273,4	275,0
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte <sup>6)</sup> :										
* Bergbau	*	.	.	.	.	.	.	.	9,2	8,8
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	*	.	.	.	.	.	.	.	543,0	535,8
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	142,6	139,9
* Energie- und Wasserversorgung	*	.	.	.	.	.	.	.	17,0	17,0
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	3,0	2,9
* Baugewerbe	*	.	.	.	.	.	.	.	136,0	129,7
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	16,0	15,8
* Handel- und Gastgewerbe	*	.	.	.	.	.	.	.	386,6	384,4
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	188,0	186,1
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	*	.	.	.	.	.	.	.	144,2	144,1
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	47,8	47,8
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	*	.	.	.	.	.	.	.	139,3	138,9
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	68,7	68,4
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	*	.	.	.	.	.	.	.	249,2	250,9
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	111,1	111,5
* öffentliche Verwaltung u. ä.	*	.	.	.	.	.	.	.	130,7	130,3
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	74,9	74,9
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	*	.	.	.	.	.	.	.	356,6	358,0
darunter Frauen	*	.	.	.	.	.	.	.	254,2	254,8

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember.



### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998	1999				2000	
		Durchschnitt		Dez.	Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
<b>LANDWIRTSCHAFT</b>										
<b>Schlachtungen<sup>1)</sup></b>										
Rinder	Anzahl	8 526	8 088	9 458	8 761	8 302	11 899	9 189	8 243	8 302
Kälber	"	317	341	540	254	265	434	756	289	389
Schweine	"	110 555	108 303	110 509	106 831	100 833	128 846	114 129	108 663	101 840
darunter hausgeschlachtet	"	10 131	9 044	15 377	14 662	11 861	16 419	12 995	11 986	10 580
<b>Schlachtmengen<sup>2)</sup></b>										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 755	11 653	11 555	10 923	10 513	13 571	12 331	11 312	10 823
darunter von										
* Rindern	"	2 206	2 207	2 449	2 191	2 097	2 806	2 483	2 145	2 168
* Kälbern	"	27	30	49	26	18	26	83	28	30
* Schweinen	"	9 265	9 099	8 779	8 595	8 218	10 368	9 330	8 933	8 399
<b>Geflügel:</b>										
* Erzeugte Konsumer <sup>3)</sup>	1000 St.	30 523	30 668	31 551	32 840	30 764	28 186	29 147	29 689	31 045
<b>Milcherzeugung:</b>										
* Kuhlischerzeugung	Tonnen	86 948	87 211	83 739	87 249	79 846	80 315	84 985	87 481	82 490
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 309	82 275	78 450	81 960	75 069	75 621	80 149	82 645	77 966
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	16,4	15,3	16,1	16,3	15,3	15,7	16,1	16,2
<b>VERARBEITENDES GEWERBE<sup>4)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	470,1	464,4	467,4	466,3	466,5	462,2	459,7	458,0	457,7
darunter Arbeiter (einschl. gewerb. Azubi.)	"	281,3	275,0	278,6	277,4	277,0	273,0	270,8	269,6	269,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	36 485	35 589	32 284	34 692	34 549	37 807	32 811	34 495	36 042
* Brutto lohnsumme	Mill. DM	1 301,1	1 285,7	1 303,4	1 187,6	1 158,0	1 618,5	1 283,4	1 188,4	1 187,7
* Bruttogehaltssumme	"	1 415,7	1 424,5	1 518,3	1 350,2	1 339,0	1 842,5	1 457,7	1 389,3	1 361,1
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 838,2	12 763,0	12 634,1	10 827,3	11 162,6	14 084,4	13 429,3	11 506,7	12 250,3
* darunter Auslandsumsatz	"	4 285,7	4 278,5	4 353,9	3 690,9	3 856,3	4 696,1	4 335,5	4 132,7	4 567,2
Exportquote <sup>5)</sup>	%	33,4	33,5	34,5	34,1	34,5	33,3	32,3	35,9	37,3
<b>Index der Nettoproduktion</b>										
Insgesamt <sup>6)</sup>	1991 = 100	95,1	...	88,3	...	...	...	...	...	...
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	101,0	...	89,1	...	...	...	...	...	...
Investitionsgüterproduzenten	"	82,9	...	80,4	...	...	...	...	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	70,7	...	61,3	...	...	...	...	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	84,9	...	70,8	...	...	...	...	...	...
<b>Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe<sup>7)</sup></b>										
Insgesamt	1991 = 100	95,3	...	88,5	...	...	...	...	...	...
darunter										
Chemische Industrie	"	91,8	...	80,0	...	...	...	...	...	...
Maschinenbau	"	84,0	...	97,4	...	...	...	...	...	...
Fahrzeugbau	"	107,9	...	97,5	...	...	...	...	...	...
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	83,3	...	92,7	...	...	...	...	...	...
<b>Volumenindex des Auftragsleistungsindex<sup>7)</sup></b>										
Insgesamt	% <sup>8)</sup>	3,0	- 6,5	- 4,6	- 10,5	- 18,9	7,1	2,1	8,4	12,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,5	- 1,7	- 4,4	- 6,6	- 16,0	11,9	1,9	12,4	15,1
Investitionsgüterproduzenten	"	7,6	- 14,0	- 5,5	- 18,9	- 29,5	- 1,0	3,7	2,7	17,7
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 7,2	- 7,9	7,0	0,4	- 16,6	9,2	- 9,0	5,4	18,8
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 6,7	- 1,5	- 10,5	- 3,9	6,9	13,7	4,8	- 0,2	- 10,5
<b>Volumenindex des Auftragsleistungsindex nach ausgewählten Branchen:</b>										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	- 1,6	- 2,5	- 7,1	- 15,3	- 6,9	11,6	2,4	9,5	7,0
Maschinenbau	"	- 0,7	- 6,0	- 5,8	- 14,6	- 15,1	- 6,1	13,9	13,3	21,2
Kraftwagen und -teile	"	6,0	- 20,0	- 20,7	- 26,0	- 49,7	- 2,5	- 8,9	- 3,0	4,5
Herstellung von Metallzeugnissen	"	4,3	- 1,0	2,8	- 12,9	- 0,4	3,4	8,5	7,0	15,3
<b>ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 540,3	2 278,0	1 784,0	1 712,5	1 575,7	3 013,1	2 949,5	2 900,8	...
* Stromverbrauch <sup>9)</sup>	"	2 746,4	2 714,2	3 067,5	3 075,5	2 878,2	2 997,1	3 012,8	3 160,1	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998	1999				2000	
		Durchschnitt	Durchschnitt	Dez.	Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
<b>BAUGEWERBE</b>										
<b>B a u h a u p t g e w e r b e<sup>1)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	63,8	62,1	63,8	62,0	60,6	64,7	63,6	61,1	60,4
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	*	33,5	32,6	33,1	32,3	31,3	33,5	33,6	32,4	31,9
Fachwerker und Werker	*	10,2	9,8	10,4	9,8	9,4	11,0	10,0	9,1	9,0
gewerblich Auszubildende	*	3,2	3,1	3,2	3,2	3,1	3,2	3,1	3,0	3,0
* Geleistete Arbeitsstunden	*	5 916	5 923	4 383	4 255	3 932	6 575	5 059	4 061	5 047
darunter für den										
Wohnungsbau	*	2 183	2 262	1 699	1 705	1 552	2 547	2 008	1 596	1 949
gewerblichen und industriellen Bau	*	1 849	1 812	1 337	1 395	1 351	1 967	1 552	1 380	1 663
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 826	1 817	1 290	1 138	1 011	1 996	1 475	1 092	1 415
* Bruttohohnsumme <sup>3)</sup>	Mill. DM	191,9	190,4	185,5	161,2	133,5	236,1	199,0	162,3	155,1
* Bruttogehaltssumme	*	85,3	80,9	89,4	77,4	76,1	98,3	80,2	79,5	74,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	975,1	1 039,2	1 420,5	689,3	708,5	1 228,7	1 320,3	620,4	707,2
* Index des Auftragsleistungsindex <sup>4)</sup>	1995 = 100	83,1	86,6	101,0	89,1	61,8	59,5	90,5	51,5	61,4
darunter										
Wohnungsbau	*	69,1	66,5	86,6	72,5	47,0	58,5	66,2	36,2	50,5
gewerblicher und industrieller Bau	*	85,4	90,9	116,9	103,7	68,8	57,8	84,6	68,6	75,3
öffentlicher und Verkehrsbau	*	88,1	92,4	89,2	80,1	61,2	62,1	111,1	38,6	50,3
<b>A u s b a u g e w e r b e<sup>5)</sup></b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	26,2	25,2	25,4	.	.	.	.	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 719	7 316	7 634,0	.	.	.	.	.	.
* Bruttohohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	339,2	330,5	360,7	.	.	.	.	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 115,2	1 036,3	1 293,0	.	.	.	.	.	.
<b>BAUGENEHMIGUNGEN</b>										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) <sup>6)</sup>	Anzahl	995	1 048	710	722	827	1 010	827	...	...
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	866	932	611	623	720	908	716	...	...
* Umbauter Raum der Wohngebäude <sup>6)</sup>	1000 m <sup>3</sup>	1 122	1 151	883	844	970	988	934	...	...
* Wohnfläche in Wohngebäuden <sup>6)</sup>	1000 m <sup>2</sup>	211	213	161	150	176	188	180	...	...
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude <sup>7)</sup>	1000 DM	599 957	645 188	441 566	427 561	503 245	508 406	487 416	...	...
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) <sup>6)</sup>	Anzahl	238	271	203	187	209	280	266	...	...
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude <sup>6)</sup>	1000 m <sup>3</sup>	684	808	653	396	645	972	711	...	...
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden <sup>6)</sup>	1000 m <sup>2</sup>	164	190	151	84	152	245	169	...	...
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude <sup>7)</sup>	1000 DM	310 505	348 572	227 502	194 497	260 081	403 453	298 938	...	...
* Wohnungen insgesamt <sup>8)</sup>	Anzahl	2 411	2 278	1 818	1 909	1 844	2 035	2 046	...	...
* Wohnräume insgesamt <sup>8)</sup>	*	11 851	11 744	8 764	8 587	9 560	10 624	10 142	...	...
<b>EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE</b>										
<b>E i n z e l h a n d e l</b>										
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — real	1995 = 100	99,9	100,4	116,8	88,5	87,5	108,8	121,4	88,4	92,5
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — nominal	*	101,5	102,4	118,5	89,9	88,8	111,2	124,1	90,4	94,9
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	*	101,9	102,2	129,4	93,8	89,2	110,3	132,5	90,8	89,6
Kraftfahrzeugen <sup>11)</sup> ; Tankstellen	*	112,2	115,8	107,5	91,5	97,7	117,4	109,1	92,1	106,0
Apotheken <sup>12)</sup>	*	114,1	118,4	135,6	113,5	112,8	122,4	143,5	116,4	116,9
Bekleidung	*	88,8	86,2	117,6	85,2	61,3	98,1	115,8	78,1	73,6
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>13)</sup>	*	97,6	95,3	121,0	89,1	86,5	108,6	119,0	86,5	95,7
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>14)</sup>	*	97,1	96,1	88,9	72,2	71,0	101,4	96,6	70,5	85,3
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	93,8	90,9	94,9	92,8	92,4	90,4	90,4	87,8	87,3
<b>G a s t g e w e r b e</b>										
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — real	1995 = 100	91,4	91,6	93,9	83,9	84,4	88,1	93,7	82,9	84,9
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — nominal	*	94,8	96,1	97,1	86,7	87,7	92,6	98,1	86,6	89,4
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	100,3	102,5	100,4	88,3	91,9	101,5	98,8	91,9	98,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	*	91,4	91,7	97,0	84,5	81,0	87,9	101,0	82,1	83,5
Kantinen und Caterer	*	98,3	106,3	98,6	95,0	105,2	102,4	100,3	97,6	96,6
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	94,8	89,3	93,3	90,5	90,6	84,8	85,8	84,5	86,6

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polleren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Pollere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteile. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998	1999				2000	
		Durchschnitt		Dez.	Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
<b>AUSSENHANDEL</b>										
* <b>Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt<sup>1)</sup></b>	Mil. DM	4 404,9	4 212,1	4 319,4	3 083,4	4 143,4	4 509,7	4 768,8	.	.
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	108,4	104,7	114,2	81,3	81,9	128,8	110,5	.	.
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	4 296,4	4 107,4	4 205,2	3 002,0	4 061,5	4 380,8	4 658,3	.	.
davon										
* Rohstoffe	*	38,3	36,6	44,1	20,7	42,2	35,8	42,7	.	.
* Halbwaren	*	332,6	322,2	315,2	204,5	315,8	256,3	337,3	.	.
* Fertigwaren	*	3 927,5	3 748,5	3 845,9	2 776,9	3 703,5	4 088,7	4 278,3	.	.
davon										
* Vorerzeugnisse	*	734,1	745,9	671,8	439,1	745,9	841,9	845,6	.	.
* Enderzeugnisse	*	3 193,5	3 002,7	3 174,1	2 337,8	2 957,6	3 246,8	3 432,7	.	.
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	*	1 029,0	1 047,3	960,7	620,9	1 280,2	1 152,2	1 134,9	.	.
Maschinen	*	740,4	666,2	828,4	573,2	638,0	632,8	809,0	.	.
Fahrzeuge	*	692,2	587,4	591,4	489,7	550,3	705,3	615,1	.	.
elektrotechnische Erzeugnisse	*	485,2	472,3	548,4	323,4	413,2	525,2	578,0	.	.
Eisen- und Metallwaren	*	312,1	302,8	275,5	232,3	258,0	319,8	365,7	.	.
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder <sup>2)</sup>	*	2 367,8	2 300,1	2 258,4	1 669,2	2 515,9	2 558,4	2 467,8	.	.
darunter										
Verinigtes Königreich	*	392,0	364,3	337,5	281,4	324,0	401,1	361,5	.	.
Frankreich	*	434,5	417,0	437,7	332,4	606,7	421,1	433,8	.	.
Italien	*	301,2	298,8	259,3	174,1	337,8	318,1	349,7	.	.
Niederlande	*	265,9	266,7	256,3	209,2	312,2	333,1	289,1	.	.
Belgien-Luxemburg	*	295,0	221,4	232,3	152,5	186,7	258,7	255,3	.	.
Österreich	*	219,4	236,4	264,8	166,7	227,9	238,4	229,4	.	.
EFTA-Länder <sup>3)</sup>	*	239,6	234,9	205,6	184,3	216,0	229,3	258,6	.	.
darunter										
Schweiz	*	199,0	199,1	172,5	153,6	182,5	196,0	215,0	.	.
Norwegen	*	37,6	32,5	30,8	28,4	30,9	29,3	38,0	.	.
USA	*	453,1	429,1	510,2	279,8	343,3	449,4	527,1	.	.
* <b>Einfuhr (Generalhandel) insgesamt<sup>1)</sup></b>	*	6 609,3	7 173,5	7 128,7	7 781,0	6 498,0	7 225,9	7 690,2	.	.
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	321,4	322,2	360,4	265,7	284,4	330,5	407,9	.	.
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	6 287,9	6 851,3	6 768,4	7 515,3	6 213,6	6 895,4	7 282,3	.	.
davon										
* Rohstoffe	*	78,9	77,0	95,6	68,1	67,0	81,6	84,7	.	.
* Halbwaren	*	576,2	699,3	549,2	2 705,2	408,6	543,1	525,1	.	.
* Fertigwaren	*	5 632,8	6 074,9	6 123,5	4 741,9	5 737,9	6 270,7	6 672,5	.	.
davon										
* Vorerzeugnisse	*	725,2	669,5	754,4	452,7	733,8	807,7	623,6	.	.
* Enderzeugnisse	*	4 907,6	5 405,5	5 369,1	4 289,2	5 004,1	5 463,0	6 048,8	.	.
* Einfuhr aus EU-Ländern <sup>2)</sup>	*	3 341,6	3 372,3	3 691,6	2 567,6	3 374,9	3 575,2	3 369,4	.	.
<b>FREMDEVERKEHR<sup>4)</sup></b>										
* Gästeankünfte	1000	728	763	547	595	626	769	578	623	684
* darunter von Auslands Gästen	*	187	191	126	165	170	161	121	165	174
* Gästeübernachtungen	*	1 904	2 000	1 419	1 538	1 631	1 835	1 495	1 662	1 787
darunter von Auslands Gästen	*	360	370	242	338	380	301	235	366	386
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen:										
Heilbäder	*	573	600	452	449	503	553	467	493	534
Luftkurorte	*	134	133	90	77	84	93	92	77	83
Erholungsorte	*	95	94	67	50	66	49	60	59	61
Sonstige Gemeinden	*	1 102	1 173	810	962	977	1 139	875	1 034	1 108
darunter Großstädte	*	488	526	382	469	486	560	425	529	566
<b>VERKEHR</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 248	1 301	1 327	1 175	1 071	1 448	1 331	1 052	.
davon										
* Güterversand	*	208	205	243	190	195	260	215	183	.
* Gütereingang	*	1 045	1 096	1 084	985	876	1 189	1 116	870	.

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998	1999				2000	
		Durchschnitt		Dez.	Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
<b>Noch: VERKEHR</b>										
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup>	Anzahl	36 261	34 124	32 788	31 553	30 002	29 357	28 822	25 824	.
darunter										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	31 978	29 759	29 401	28 561	26 862	25 583	25 262	23 464	.
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 704	1 877	1 578	1 410	1 432	2 330	1 866	1 466	.
* Krafträder (einschl. Kraftroller)	*	2 090	2 073	1 298	1 266	1 376	951	1 132	550	.
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	275	297	344	226	195	329	404	213	.
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 174	2 310	1 865	1 850	1 715	2 223	2 182	1 827	1 967
* Getötete Personen <sup>2)</sup>	*	45	47	37	48	28	40	52	34	44
* Verletzte Personen	*	2 934	3 111	2 578	2 562	2 346	2 993	2 961	2 520	2 620
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrs-</b>										
<b>  unternehmer<sup>3)</sup></b>										
Beförderte Personen	1000	38 403	37 353	125 558	.	.	.	119 614	.	.
davon im										
Linienverkehr <sup>4)</sup>	*	37 875	36 883	123 886	.	.	.	118 230	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	528	469	1 672	.	.	.	1 384	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 159	23 547	70 710	.	.	.	69 638	.	.
davon im										
Linienverkehr <sup>4)</sup>	*	18 938	18 640	57 231	.	.	.	56 452	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	5 221	4 908	13 479	.	.	.	13 186	.	.
Einnahmen	1000 DM	80 971	75 526	257 678	.	.	.	235 020	.	.
davon aus										
Linienverkehr <sup>4)</sup>	*	66 591	61 015	219 150	.	.	.	197 593	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	14 379	14 511	38 528	.	.	.	37 427	.	.
<b>GELD UND KREDIT</b>										
<b>B a n k e n<sup>5)</sup></b>										
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>6)</sup>	Milli. DM	877 727	920 746	877 727	.	.	.	920 746	.	.
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanker <sup>6)</sup>	*	726 864	764 951	726 864	.	.	.	764 951	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	*	104 558	120 360	104 558	.	.	.	120 360	.	.
Kredite über 1 Jahr <sup>7)</sup>	*	622 306	644 591	622 306	.	.	.	644 591	.	.
Erlagen und aufgenommene Gelder <sup>6)</sup>	Milli. DM	581 386	685 448	581 386	.	.	.	685 448	.	.
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
<b>Z a h l u n g s s c h w i e r i g k e i t e n</b>										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	209	201	216	175	191	227	239	207	203
davon										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe <sup>8)</sup>	*	164	155	175	138	146	161	176	158	140
* von privaten Personen und Nachlässe <sup>9)</sup>	*	45	45	41	37	45	66	63	49	63
* Beantragte Insolvenzen <sup>10)</sup>	*	209	201	216	175	191	227	239	207	203
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	161	133	160	143	154	110	136	129	100
<b>PREISE</b>										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	104,1	105,0	104,1	104,0	104,2	105,5	105,7	106,1	106,4
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,9	102,1	102,0	103,1	103,1	100,5	100,7	101,3	101,9
Bekleidung, Schuhe	*	102,4	103,4	103,1	103,0	103,0	103,8	103,9	103,9	104,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	*	105,4	107,4	105,4	105,9	106,0	108,5	108,0	108,9	109,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	*	101,9	102,2	102,2	102,2	102,2	102,2	102,1	102,2	102,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	105,0	107,9	104,7	104,7	104,7	110,1	111,2	111,9	112,2
Nachrichtenübermittlung	*	97,2	88,0	96,2	89,4	88,8	87,2	87,2	87,2	85,6
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	102,8	103,4	103,0	102,5	104,1	103,7	104,2	103,8	105,2
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	*	102,1	103,0	101,4	101,3	101,8	103,3	102,7	102,5	103,1
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,9	104,9	103,9	103,9	104,1	105,3	105,4	105,8	106,1
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	100,0 <sup>14)</sup>	100,2 <sup>14)</sup>	.	.	99,9	100,3	.	.	101,0

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postglo- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998, von übrigen Gemeinschuldnern. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

### Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998	1999				2000	
		Durchschnitt		Dez.	Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
<b>STEUERN</b>										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Miil. DM	5 930,0	6 486,1	10 273,1	6 214,8	5 693,9	4 964,7	10 401,3	7 712,7	6 141,5
davon										
Gemeinschaftsteuern	*	5 157,3	5 707,7	9 006,9	5 718,5	4 781,9	4 404,6	9 233,2	7 129,3	5 094,3
davon										
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	*	2 413,3	2 710,1	4 166,5	2 683,9	2 329,0	2 379,4	4 625,9	2 816,3	2 466,7
veranlagte Einkommensteuer	*	52,4	116,0	903,9	- 89,2	- 245,6	- 171,0	934,0	- 127,0	- 120,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	324,7	344,9	155,4	427,6	37,4	72,9	182,9	1 183,1	169,6
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	*	352,0	360,5	415,9	823,5	486,0	313,9	464,6	843,3	565,6
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	*	424,1	425,9	1 508,1	220,7	31,7	- 119,0	860,6	313,8	49,5
Umsatzsteuer	*	1 353,8	1 496,9	1 615,7	1 505,0	1 977,2	1 652,0	1 675,7	1 869,3	1 666,7
Einfuhrumsatzsteuer	*	237,0	253,5	241,4	146,9	166,2	276,4	289,5	230,5	295,6
Bundessteuern	*	448,0	458,0	846,2	271,2	615,6	308,3	722,1	325,0	701,5
darunter										
Mineralölsteuer	*	94,3	91,0	245,5	- 0,7	47,5	68,2	149,9	- 1,0	43,2
Versicherungsteuer	*	109,9	112,0	49,7	70,6	428,9	84,5	50,7	66,2	493,6
Zölle <sup>3)</sup>	*	31,2	28,3	36,2	0,2	34,7	29,0	30,5	24,7	22,7
Landesteuern	*	240,8	242,3	217,9	251,9	254,0	221,0	244,7	263,1	257,3
darunter										
Vermögensteuer	*	9,2	11,1	5,3	6,6	3,0	6,7	10,3	2,5	3,8
Erbsteuer	*	36,8	36,3	43,3	33,3	53,2	42,1	41,5	33,8	46,2
Grundwertsteuer	*	67,4	77,3	75,3	78,7	55,4	75,5	90,6	99,3	77,8
Kraftfahrzeugsteuer	*	95,9	86,5	72,8	105,2	81,1	71,8	72,2	100,0	82,2
Gewerbesteuerumlage	*	52,8	49,8	165,8	- 26,8	7,6	1,7	170,8	- 29,4	65,6
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. DM	2 801,9	3 039,8	2 809,3	2 865,0	3 697,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1
davon										
Grundsteuer A	*	8,5	8,4	8,4	10,0	6,9	8,2	8,4	10,1	6,9
Grundsteuer B	*	288,3	293,7	343,6	305,9	242,5	261,0	336,8	334,3	242,7
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 366,2	1 497,0	1 355,1	1 550,6	1 352,6	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 011,5	1 064,7	1 061,8	964,1	1 878,6	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6
andere Steuern <sup>5)</sup>	*	35,2	36,8	40,5	34,3	29,7	37,3	40,5	37,4	32,1
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
<b>LÖHNE UND GEHÄLTER</b>										
<b>Arbeiterverdienste</b>										
Im Produzierenden Gewerbe										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 515	4 617	4 481	4 515	4 599	4 487	4 579	4 637	4 681
* Männliche Arbeiter	*	4 678	4 781	4 643	4 678	4 769	4 647	4 741	4 800	4 846
darunter Facharbeiter	*	4 966	5 085	4 927	4 960	5 070	4 945	5 058	5 105	5 145
* Weibliche Arbeiter	*	3 426	3 516	3 418	3 426	3 450	3 443	3 485	3 525	3 559
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	3 158	3 229	3 156	3 161	3 165	3 166	3 194	3 238	3 271
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	27,67	28,20	24,47	27,58	28,04	27,89	28,05	28,25	28,39
* Männliche Arbeiter	*	28,58	29,10	28,38	28,47	28,96	28,84	28,96	29,14	29,27
darunter Facharbeiter	*	30,59	31,27	30,32	30,43	31,08	30,99	31,13	31,27	31,47
* Weibliche Arbeiter	*	21,45	21,99	21,33	21,44	21,61	21,63	21,82	22,04	22,21
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	19,63	19,98	19,57	19,67	19,69	19,70	19,80	20,02	20,17
<b>Angestelltenverdienste</b>										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	*	6 558	6 715	6 530	6 549	6 630	6 572	6 705	6 738	6 783
* kaufmännische Angestellte	*	6 150	6 329	6 118	6 136	6 211	6 199	6 312	6 343	6 383
männliche Angestellte	*	7 036	7 222	7 008	7 008	7 110	7 083	7 217	7 227	7 281
weibliche Angestellte	*	5 098	5 252	5 063	5 106	5 143	5 146	5 228	5 280	5 291
* technische Angestellte	*	6 906	7 052	6 861	6 904	6 983	6 896	7 047	7 086	7 095
männliche Angestellte	*	7 057	7 204	7 033	7 055	7 136	7 048	7 202	7 240	7 242
weibliche Angestellte	*	5 435	5 590	5 405	5 446	5 481	5 453	5 560	5 606	5 655
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>7)</sup>	*									
insgesamt	*	5 346	5 588	5 330	5 350	5 398	5 475	5 606	5 601	5 616
kaufmännische Angestellte	*	5 367	5 613	5 353	5 372	5 416	5 506	5 634	5 627	5 634
männliche Angestellte	*	5 978	6 254	5 975	5 989	6 023	6 123	6 293	6 282	6 280
weibliche Angestellte	*	4 600	4 808	4 576	4 600	4 646	4 732	4 817	4 825	4 820

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

# Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte  
neue Daten für Landkreise  
und kreisfreie Städte*

Ausgabe II 1999 · 44. Jahrgang



**Printversion:**

Umfang: 96 Seiten  
Format: DIN A 4  
Einband: kartoniert  
Preis: 12,00 DM  
(zuzügl. Versandkosten)

**Diskettenversion:**

Excel 97-Format  
Preis: 18,00 DM  
(zuzügl. Versandkosten)

**Jahresabonnementspreise:**

Print: 20,40 DM  
Diskette: 30,60 DM  
(jew. zuzügl. Versandkosten)



Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostensparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe II/99 sind wieder aktuelle Daten für rund 800 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- **Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,**
- **Bildungswesen,**
- **Landwirtschaft,**
- **Verarbeitendes Gewerbe,**
- **Baugewerbe,**
- **Verkehr,**
- **Fremdenverkehr,**
- **öffentliche Sozialleistungen,**
- **öffentliche Finanzen und**
- **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.**

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zum Bereich Bevölkerung.

W 93

**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom**

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) · Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

# Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT  
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

## Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

---

Nr. 2

April 2000

4. Jahrgang

---

### Inhalt

- ◆ Altlasten — Zahlen und Fakten ..... 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel ..... 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.  
Er wird gemeinsam herausgegeben  
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie  
und dem Hessischen Statistischen Landesamt  
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“  
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden  
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden  
Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie  
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: Birgit Hofmann (HLUG), Telefon: 0611/6939-556  
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung  
eines Belegexemplares gestattet.



# Altlasten — Zahlen und Fakten

## Altstandorte

Während die Altablagerungen zu einem hohen Anteil bekannt sind, liegt die Quote der Ermittlung der Altstandorte noch unter 50 %. Nach Tabelle 1 sind in Hessen 63 043 Altstandorte ermittelt. Insgesamt ist von ca. 220 000 Altstandorten auszugehen. Von den erfassten Altstandorten sind 251 als altlastenverdächtige Flächen und 337 als Altlasten eingestuft. Wie bei den Altablagerungen ist auch bei den Altstandorten der Regierungsbezirk Darmstadt stärker betroffen als die Regierungsbezirke Gießen und Kassel. Hier spiegelt sich die Konzentration

**Tabelle 1:** Anzahl der Altstandorte, altlastenverdächtige Flächen und Altlasten nach Verwaltungsbezirken

Kreis/kreisfreie Stadt	Altstandorte	Altlasten- verdächtige Flächen	Altlasten <sup>1)</sup>			
1	2	3	4			
Stadt Darmstadt	2 135	<b>20</b>	5	<b>3</b>	3	<b>0</b>
Stadt Frankfurt	203	<b>23</b>	41	<b>4</b>	65	<b>9</b>
Stadt Offenbach	4 454	<b>8</b>	4	<b>0</b>	9	<b>1</b>
Stadt Wiesbaden	5 532	<b>34</b>	11	<b>0</b>	16	<b>2</b>
Lkr. Bergstrasse	6 061	<b>8</b>	10	<b>1</b>	13	<b>0</b>
Lkr. Darmstadt-Dieburg	3 350	<b>7</b>	6	<b>0</b>	8	<b>1</b>
Lkr. Groß-Gerau	3 586	<b>8</b>	1	<b>0</b>	12	<b>0</b>
Hochtaunuskreis	2 170	<b>13</b>	10	<b>0</b>	13	<b>1</b>
Main-Kinzig-Kreis	6 757	<b>34</b>	20	<b>2</b>	35	<b>4</b>
Main-Taunus-Kreis	1 456	<b>1</b>	4	<b>0</b>	5	<b>1</b>
Odenwaldkreis	672	<b>1</b>	3	<b>0</b>	4	<b>3</b>
Lkr. Offenbach	5 838	<b>5</b>	9	<b>0</b>	37	<b>1</b>
Rheingau-Taunus-Kreis	2 784	<b>14</b>	9	<b>1</b>	17	<b>0</b>
Wetteraukreis	2 096	<b>19</b>	7	<b>1</b>	15	<b>2</b>
<b>RB Darmstadt</b>	<b>47 094</b>	<b>195</b>	<b>140</b>	<b>12</b>	<b>252</b>	<b>22</b>
Lkr. Gießen	2 121	<b>32</b>	13	<b>5</b>	17	<b>1</b>
Lahn-Dill-Kreis	3 100	<b>12</b>	12	<b>2</b>	11	<b>0</b>
Lkr. Limburg-Weilburg	1 188	<b>15</b>	13	<b>0</b>	9	<b>0</b>
Lkr. Marburg-Biedenk.	3 493	<b>27</b>	49	<b>4</b>	8	<b>2</b>
Vogelsbergkreis	238	<b>19</b>	4	<b>2</b>	4	<b>2</b>
<b>RB Gießen</b>	<b>10 140</b>	<b>105</b>	<b>91</b>	<b>13</b>	<b>49</b>	<b>5</b>
Stadt Kassel	136	<b>36</b>	8	<b>0</b>	18	<b>0</b>
Lkr. Fulda	1 029	<b>23</b>	1	<b>0</b>	2	<b>0</b>
Lkr. Hersfeld-Rotenb.	308	<b>15</b>	0	<b>0</b>	2	<b>1</b>
Lkr. Kassel	1 547	<b>21</b>	8	<b>3</b>	3	<b>0</b>
Schwalm-Eder-Kreis	1 338	<b>10</b>	1	<b>0</b>	2	<b>0</b>
Lkr. Waldeck-Frankenk.	1 138	<b>13</b>	2	<b>1</b>	5	<b>1</b>
Werra-Meißner-Kreis	313	<b>9</b>	0	<b>0</b>	4	<b>2</b>
<b>RB Kassel</b>	<b>5 809</b>	<b>127</b>	<b>20</b>	<b>4</b>	<b>36</b>	<b>4</b>
<b>Hessen</b>	<b>63 043</b>	<b>427</b>	<b>251</b>	<b>29</b>	<b>337</b>	<b>31</b>

1) Bescheide mit Bestandskraft.

Anmerkung: Spalten 3 und 4 sind Teilmengen der Spalte 2. „Fett“ ausgezeichnete Zahlen stellen die Anzahl der militärischen und rüstungsbedingten Altstandorte dar.

von Gewerbe und Industrie im südhessischen Raum wieder. Unter den Altstandorten spielen militärische und rüstungsbedingte Objekte wegen ihrer Größe oder der vorkommenden Stoffe eine besondere Rolle.

Unter Rüstungsaltstandorten versteht man z. B. ehemalige Rüstungsbetriebe und kriegsbedingte militärische Einrichtungen, auf denen mit rüstungsspezifischen Stoffen (z. B. Kampf- und Sprengstoffen, Treibladungen u. ä.) umgegangen wurde. Militärische Altstandorte sind Grundstücke der militärischen Infrastruktur (z. B. Kasernen, Depots, Übungs- und Flugplätze), deren militärische Nutzung durch den Abzug von Streitkräften im Rahmen der international vereinbarten Truppenreduzierungen aufgegeben wurde. Bei 427 der insgesamt bekannten 63 043 Altstandorte handelt es sich um Militär- und Rüstungsaltstandorte. Davon sind zzt. 29 als altlastenverdächtig und 31 als Altlasten eingestuft.

Die Altstandorte sind untereinander hinsichtlich Umweltrelevanz, Sanierungsnotwendigkeit, Größe usw. sehr unterschiedlich. In Abbildung 1 ist das mit Hilfe der jeweiligen Anzahl der Flurstücke näherungsweise verdeutlicht. Die Größe des Objektes ist ein brauchbares Kriterium für das Ausmaß der möglichen Schäden. Die sechs Standorte in Abbildung 1, bei denen die Anzahl der Flurstücke über 100 beträgt, stellen bezüglich Umweltgefährdung, Sanierungsbedarf und Sanierungskosten einen Auszug aus der Hitliste besonders relevanter Fälle dar.

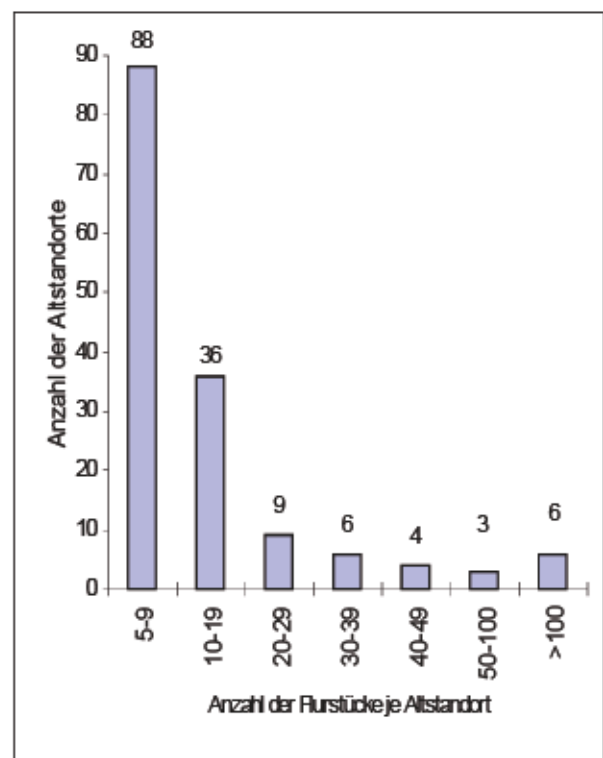


Abbildung 1: Altstandorte nach Anzahl der Flurstücke

Bei den 19 Altstandorten mit 30 und mehr Flurstücken handelt es sich um folgende Fälle:

Gemeinde	Name	Anzahl Flurstücke
1	2	3
Stadtallendorf	DAG-Gelände	1727
Hess. Lichtenau	Sprengstoffabrik (DAG)	376
Ffm.-Heddernheim	VDM-Gelände	230
Lampertheim	Chemische Fabrik Neuschloß	125
Mühlheim am Main	Pionierpark Mühlheim	117
Grebeshain	Luftmunitionsanstalt Hartmannshain	107
Groß Gerau	Helvetia	63
Butzbach	Schloßkaseme	57
Alsfeld	BGS-Standortübungsplatz	53
Marburg	Jäger Kaserne	46
Großauheim	Marienhütte	41
Ffm.-Höchst	Michael Kaserne	41
Weißkirchen	Fa. Schütz, Betriebsgelände	40
Gelnhausen	Coleman Kaseme	38
Mühlheim am Main	Schanz-Gelände	35
Ffm.-Gallusviertel	Adlenwerke	31
Ffm. Bonames	US Airfield Maurice Rose	30
Mühlheim am Main	IG Farben (Gaswerk)	30
Marburg	Tannenberg Kaseme Marburg	30

Dieser Zahlenspiegel stellt die Situation der Altlastenbearbeitung in Hessen mit Datenstand 1. Januar 2000 dar. Die Auswertung stützt sich im Wesentlichen auf die bei dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) in Zusammenarbeit mit den Regierungspräsidien geführte Altflächendatei, zu der die Kommunen und zahlreiche Behörden Beiträge liefern. Dieser Zahlenspiegel erscheint zweimal pro Jahr mit Datenstand vom 1. Januar und 1. Juli.

#### Altablagerungen

In Hessen sind zum Stichtag 6612 Altablagerungen bekannt. Davon sind durch Entscheidungen der Regierungspräsidien 289 als altlastenverdächtige Flächen und 83 als Altlasten eingestuft (Tabelle 2).

Tabelle 2: Anzahl der Altablagerungen, altlastenverdächtige Flächen und Altlasten nach Verwaltungsbezirken

Kreis/kreisfreie Stadt	Altablagerungen	Altlastenverdächtige Flächen	Altlasten <sup>1)</sup>
1	2	3	4
Stadt Darmstadt	37	3	1
Stadt Frankfurt	340	24	9
Stadt Offenbach	69	4	7
Stadt Wiesbaden	74	20	2
Lkr. Bergstrasse	144	18	2
Lkr. Darmstadt-Dieburg	159	6	2
Lkr. Groß-Gerau	144	5	11
Hochtaunuskreis	387	7	3
Main-Kinzig-Kreis	482	41	1
Main-Taunus-Kreis	211	3	1
Odenwaldkreis	84	1	0
Lkr. Offenbach	361	27	5
Rheingau-Taunus-Kreis	212	16	1
Wetteraukreis	349	3	2
<b>RB Darmstadt</b>	<b>3.023</b>	<b>178</b>	<b>47</b>
Lkr. Gießen	299	15	7
Lahn-Dill-Kreis	377	18	4
Lkr. Limburg-Weilburg	219	5	5
Lkr. Marburg-Biedenkopf	526	16	4
Vogelsbergkreis	284	7	0
<b>RB Gießen</b>	<b>1.705</b>	<b>61</b>	<b>20</b>
Stadt Kassel	48	1	2
Lkr. Fulda	277	16	3
Lkr. Hersfeld-Rotenburg	244	0	2
Lkr. Kassel	294	6	1
Schwalm-Eder-Kreis	423	8	4
Lkr. Waldeck-Frankenberg	319	11	4
Werra-Meißner-Kreis	279	8	0
<b>RB Kassel</b>	<b>1.884</b>	<b>50</b>	<b>16</b>
<b>Hessen</b>	<b>6.612</b>	<b>289</b>	<b>83</b>

1) Bescheide mit Bestandskraft.

Anmerkung: Die Spalten 3 und 4 sind Teilmengen der Spalte 2.

Eine altlastenverdächtige Fläche ist durch den Verdacht schädlicher Bodenveränderungen oder sonstiger Gefahren für den Einzelnen oder die Allgemeinheit definiert. Bei Altlasten ist die Notwendigkeit einer Sanierung mit Hilfe von Untersuchungen festgestellt.

Die Umwelrelevanz der vorhandenen Altablagerungen ist recht unterschiedlich. Sie orientiert sich an den tatsächlichen Emissionen, dem Schadstoffpotenzial und der Bedeutung betroffener Schutzgüter (Menschen, Boden, Wasser, Luft, Tiere, Pflanzen ...). Die Umwelrelevanz lässt sich auch am Beispiel der Volumina darstellen, wenn man das Volumen als Indikator für das Schadstoffpotenzial bewertet (Abbildung 2)

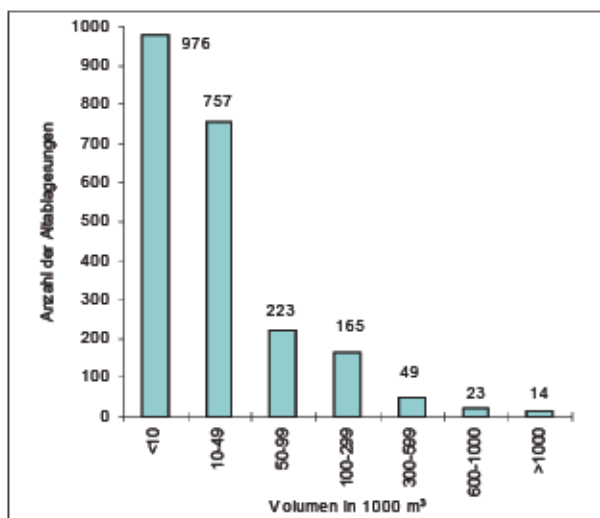


Abbildung 2: Altablagerungen nach Größenklassen (n = 2207)

Bei der Mehrzahl der Ablagerungen handelt es sich um kleinere und bei einer Minderheit um große bis sehr große Objekte bzw. Volumina.

Bei den 14 größten Altablagerungen handelt es sich um folgende Fälle:

Gemeinde/Gemeindeteil	Name	Volumen [m³]
1	2	3
Sachsenhausen-Süd	Monte Scherbelino	18 000 000
Buchsschlag	Hausmülldeponie	10 000 000
ABlar	Hausmülldeponie	5 500 000
Darmstadt	Bodenkippe West	3 500 000
Bürgel	Deponie Grix	2 606 000
Wiesbaden-Biebrich	Altdeponie Mainzer Str.	2 200 000
Oberscheid	Kreisamülldeponie Oberscheid	1 900 000
Offheim	WDG-Deponie Offheim	1 500 000
Wiesbaden	Rheinwiesen	1 400 000
Wetzlar	Firmeneigene Deponie	1 360 000
Dietzenbach	Willersinn'sche Grube	1 200 000
Langen	Steingrund	1 100 000
Großkrotzenburg	Altdeponie Eisert	1 100 000
Mühlheim	Gewerbegeb. Mühlheim	1 037 000

#### Bewertung von Altflächen

Bewertungen sind auf allen Bearbeitungsebenen mit dem Ziel der Bildung von Bearbeitungsreihenfolgen oder der Gefährdungsabschätzung möglich und notwendig. Altflächen werden bei der Erfassungsbewertung zunächst nach Ablagerungsklassen und Branchenklassen sortiert. Das ist in den Tabellen 3 und 4 vorgenommen worden, wobei die „Klassen“ für die erst in einer späteren Bearbeitungsstufe zu ermittelnden Gefährdungspotenziale stehen. In Tabelle 4 sind die codierten und zu Flächenadressen zusammengefassten Altstandorte der Spalten 3 bis 8 nach Branchenklassen getrennt dargestellt. Codiert bedeutet, dass eine Zuordnung zu einer Branchenklasse stattgefunden hat. Eine Flächenadresse ist das Ergebnis der Zusammenfassung eventuell mehrerer Betriebe auf einem

Tabelle 3: Einteilung der Altablagerungen in Ablagerungsklassen

Regierungsbezirk	Altablagerungen	Ablagerungsklassen					
		Klasse 0	Klasse 1	Klasse 2	Klasse 3	Klasse 4	Klasse 5
1	2	3	4	5	6	7	8
Darmstadt	3023	1056	73	333	109	1323	129
Gießen	1705	39	31	303	29	1256	47
Kassel	1884	72	17	440	42	1277	36
Hessen	6612	1167	121	1076	180	3856	212

Erläuterung der Ablagerungsklassen/Branchenklassen:

Klasse 0: Gefährdungspotenzial unbedenklich

Klasse 1: Gefährdungspotenzial sehr gering

Klasse 2: Gefährdungspotenzial gering

Klasse 3: Gefährdungspotenzial mäßig

Klasse 4: Gefährdungspotenzial hoch

Klasse 5: Gefährdungspotenzial sehr hoch

Tabelle 4: Einteilung der Altstandorte in Branchenklassen

Regierungsbezirk	Altstandorte	Branchenklassen <sup>1)</sup>					
		Klasse 0	Klasse 1	Klasse 2	Klasse 3	Klasse 4	Klasse 5
1	2	3	4	5	6	7	8
Darmstadt	47 094	549	3 672	9 145	10 483	13 944	9 301
Gießen	10 140	215	938	2 533	2 265	2 607	1 582
Kassel	5 809	123	360	1 362	1 448	1 424	1 092
Hessen	63 043	887	4 970	13 040	14 196	17 975	11 975

Erläuterung der Branchenklassen: siehe Tabelle 3.

1) Handbuch Altlasten, Band 2, Teil 4, „Codierung und Einstufung von Altstandorten“, Wiesbaden 1998.

Standort. Die Betriebe können sowohl zeitlich parallel als auch in zeitlicher Abfolge existiert haben.

Die Zuordnungen der Klassen zu bestimmten Ablagerungsarten und zu Wirtschaftszweigen ist in den Tabellen 5 und 6 illustriert. Bei den Altablagerungen fällt insbesondere die große Gruppe der „ehemaligen Hausmüllplätze mit unbekanntem Einlagerungen“ mit 3448 Flächen auf, die erst in weiteren Bearbeitungsstufen differenziert werden kann (Tabelle 5). Bei den Altstandorten ergeben sich in den beiden „gefährlichen“ Branchenklassen 5 und 4 bereits etwa 34 000 weiter zu bearbeitende Flächen (Tabelle 6).

Tabelle 5: Altablagerungen mit Ablagerungsklassen

Ablagerungsklasse und Art der Altablagerung	Anzahl
1	2
<b>Gefährdungspotenzial sehr hoch (Klasse 5)</b>	
– Deponie für Schlacke aus Müllverbrennungsanlagen	6
– Deponie für besonders überwachungsbedürftige Abfälle	65
– HIM-Anlage	1
– firmeneigene Deponie f. bes. überwachungsbed. Abfälle	131
– private Deponie f. bes. überwachungsbedürftige Abfälle	10
<b>Gefährdungspotenzial hoch (Klasse 4)</b>	
– Hausmülldeponie	253
– ehemaliger Müllplatz mit unbekanntem Einlagerungen	3448
– firmeneigene Deponie unbekanntem Inhalts	169
<b>Gefährdungspotenzial mäßig (Klasse 3)</b>	
– Deponie für bestimmte hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	43
– firmeneigene Deponie für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	130
– private Deponie für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	10
<b>Gefährdungspotenzial gering (Klasse 2)</b>	
– Deponie für Erdaushub und Bauschutt	1155
– Deponie für Klärschlamm/Fäkalschlamm	11
<b>Gefährdungspotenzial sehr gering (Klasse 1)</b>	
– Deponie für Erdaushub	121

Da auf einer Altablagerung mehrere Arten von Ablagerungen existiert haben können, kann die Anzahl der betroffenen Ablagerungsklassen in Tabelle 5 die Angaben der Tabelle 3 übersteigen.

Tabelle 6: Wirtschaftszweige mit hohem Gefährdungspotenzial

Wirtschaftsabteilung und Wirtschaftsgruppen	Branchenklasse 4	Branchenklasse 5
1	2	3
<b>Energiewirtschaft</b>	50	108
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>		
– Chemische Industrie	141	1 190
– Mineralöl	0	34
– Kunststoff	71	2
– Gummi und Asbest	254	18
– Steine/Keramik/Glas	35	63
– Eisen und Stahl	529	342
– Metall- und Maschinenbau	6 033	1 126
– Elektrotechnik/Elektronik	1 353	59
– Werkzeug/Metallwaren/Feinmechanik	2 190	11
– Holz	369	480
– Papier und Pappe	259	3
– Druckerei und Vervielfältigung	360	1 576
– Leder- und Lederwaren	0	260
– Textilien und Bekleidung	9	136
– Baugewerbe	3 644	0
<b>Handel</b>		
– Waren aller Art	748	1 926
– Tankstellen/Tanklager	0	3 181
<b>Verkehr</b>	5 700	2
<b>Dienstleistungen</b>		
– Reinigungen	0	1 723
– Recycling	14	29
– Laboratorien/Desinfektionsanstalten	0	125
<b>Summe</b>	<b>21 729</b>	<b>12 394</b>

Da auf einer Flächenadresse mehrere Betriebe existiert haben können, übersteigt die Zahl der betroffenen Wirtschaftszweige in Tabelle 6 die Angaben der Tabelle 4. Wenn diese Flächen im Rahmen der Erfassungsbewertung weiter differenziert und der Einzelfallrecherche einer Standortüberprüfung unterzogen werden, wird sich die Anzahl massiv vermindern.

**Untersuchungen**

Im Rahmen verschiedener Bearbeitungsstufen stellen Untersuchungen wichtige, aber auch kostenträchtige Schritte dar. Insgesamt wurden bisher 1399 Erstuntersuchungen (742 Altablagerungen und 657 Altstandorte) sowie 756 vertiefende, ferner 363 Sanierungsuntersuchungen und weitere Spezialuntersuchungen durchgeführt (Tabellen 7 und 8).

Bei den in Untersuchungen festgestellten Beeinträchtigungen treten bei Altablagerungen Grundwasserverunreinigungen (513 Fälle) vor Boden- und Bodenluftverunreinigungen (456 bzw. 500 Fälle) als häufigste Schadensart auf. Bei den Altstandorten sind Bodenverunreinigungen mit 635 Fällen vor Bodenluftverunreinigungen mit 454 Fällen dominant.

Insgesamt wurden bisher 875 Altablagerungen und 785 Altstandorte technisch erkundet.

Tabelle 7: Untersuchungen von Altablagerungen

Regierungsbezirk	Erstuntersuchung	Vertiefende Untersuchung	Sanierungsuntersuchung	Toxikolog. Untersuchung	Sonstige Untersuchung
1	2	3	4	5	6
Darmstadt	384	172	72	10	123
Gießen	221	65	16	0	45
Kassel	137	72	6	0	56
Hessen	742	309	94	10	224

Tabelle 8: Untersuchungen von Altstandorten

Regierungsbezirk	Erstuntersuchung	Vertiefende Untersuchung	Sanierungsuntersuchung	Toxikolog. Untersuchung	Sonstige Untersuchung
1	2	3	4	5	6
Darmstadt	421	303	178	7	121
Gießen	175	101	69	0	48
Kassel	61	43	25	1	39
Hessen	657	447	269	8	208

**Sanierung**

Die erheblichen Bemühungen insbesondere der letzten zehn Jahre ergeben 279 sanierte bzw. gesicherte Altlasten (32 Altablagerungen und 247 Altstandorte) (Tabelle 9).

Bei der Anzahl der sanierten Objekte hat die Anzahl der Altstandorte die der Altablagerungen überrundet; ein Verhältnis, in dem sich deutlich die größere Grundge-

samtheit der Altstandorte widerspiegelt. Da sich die Sanierung bei größeren Altlasten über viele Jahre hinziehen kann, ist eine wesentlich größere Zahl von Objekten laufend in Bearbeitung. Bis Dezember 1999 sind bei 37 Altablagerungen und 138 Altstandorten Sanierungen eingeleitet worden (Tabelle 9). Grundsätzlich gilt auch bei der Altlastensanierung das Verursacherprinzip. In den Fällen, in denen Sanierungsverantwortliche nicht oder nicht rechtzeitig herangezogen werden können, wird die Sanierung der Hessischen Industriemüll GmbH, Bereich Altlastensanierung (HIM-ASG) übertragen. Ende 1999 waren bei der HIM-ASG 61 Vorhaben in Bearbeitung, wovon sich 9 im Status Erfolgskontrolle/Altlastenaufhebung befinden.

Soweit möglich, werden Untersuchung und Sanierung in der Rangfolge der Gefährdung, die von den Altlasten ausgehen, vorgenommen. Aus den Balkendiagrammen der Abbildungen 3 und 4 ist erkennbar, dass dementsprechend bevorzugt die „gefährlichen“ Klassen untersucht und saniert werden.

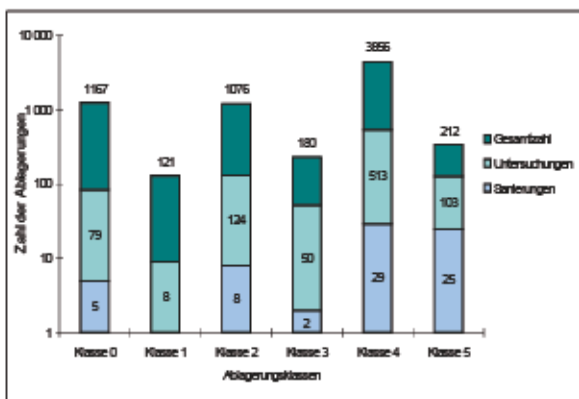


Abb. 3: Differenzierung der Altablagerungen nach Untersuchung und Sanierung

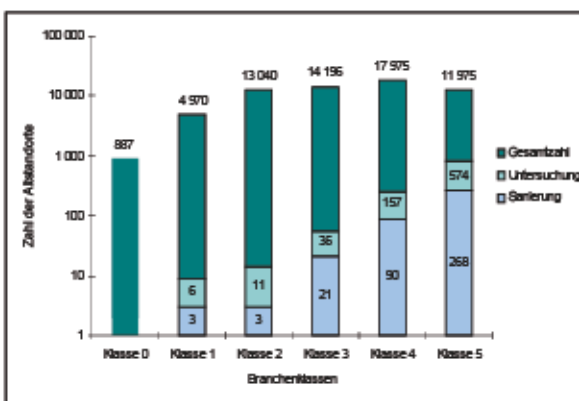


Abb. 4: Differenzierung der Altstandorte nach Untersuchung und Sanierung

Die Sanierung bzw. Sicherung einer Altlast geschieht durch die Anwendung geeigneter technischer Maßnahmen. Dabei wird im Wesentlichen unterschieden in Dekontaminationsmaßnahmen, Sicherungsmaßnahmen und Umlagerungen. Zu den Dekontaminationsverfahren zählen aktive hydraulische und pneumatische Maßnahmen (z. B. Grundwasserentnahmen oder Bodenluftabsaugun-

gen mit angeschlossenen Reinigungsarbeiten), chemisch-physikalische Behandlungen (z. B. Extraktionen, Adsorptionen, Oxidationen, Reduktionen oder Fällungen) und biologische oder thermische Behandlungen.

Tabelle 9: Abgeschlossene und eingeleitete Sanierungen

Kreis/kreisfreie Stadt	Altablagerungen		Altstandorte		Altflächen
	abgeschlossen	eingeleitet	abgeschlossen	eingeleitet	
1	2	3	4	5	6
Stadt Darmstadt	0	2	2	2	6
Stadt Frankfurt	1	3	34	24	59
Stadt Offenbach	1	1	4	2	8
Stadt Wiesbaden	1	1	11	4	17
Lkr. Bergstrasse	0	2	3	7	12
Lkr. Darmstadt-Dieburg	0	0	7	6	13
Lkr. Groß-Gerau	1	4	3	7	15
Hochtaunuskreis	0	2	14	5	21
Main-Kinzig-Kreis	0	0	10	12	22
Main-Taunus-Kreis	1	0	2	2	5
Odenwaldkreis	0	1	1	1	3
Lkr. Offenbach	2	0	13	20	35
Rheingau-Taunus-Kreis	1	0	1	8	10
Wetteraukreis	0	0	15	1	16
<b>RB Darmstadt</b>	<b>8</b>	<b>16</b>	<b>120</b>	<b>98</b>	<b>242</b>
Lkr. Gießen	9	2	21	6	38
Lahn-Dill-Kreis	4	5	27	6	42
Lkr. Limburg-Weilburg	4	3	18	3	28
Lkr. Marburg-Biedenk.	3	1	19	8	31
Vogelsbergkreis	0	1	5	0	6
<b>RB Gießen</b>	<b>20</b>	<b>12</b>	<b>90</b>	<b>23</b>	<b>145</b>
Stadt Kassel	0	1	15	7	23
Lkr. Fulda	1	1	9	1	12
Lkr. Hersfeld-Rotenb.	0	1	5	1	7
Lkr. Kassel	1	2	1	4	8
Schwalm-Eder-Kreis	0	2	1	2	5
Lkr. Waldeck-Frankenk.	1	2	3	1	7
Werra-Meißner-Kreis	1	0	3	1	5
<b>RB Kassel</b>	<b>4</b>	<b>9</b>	<b>34</b>	<b>17</b>	<b>67</b>
<b>Hessen</b>	<b>32</b>	<b>37</b>	<b>247</b>	<b>138</b>	<b>454</b>

Die Sicherungsmaßnahmen dienen der Unterbrechung der Kontaminationswege und der Verhinderung von Emissionen. Hier können passive hydraulische und pneumatische Maßnahmen (z. B. Grundwasserabsenkung, Gasfassungen, Einkapselung oder Immobilisierung) vorgenommen werden.

Umlagerungen bedeutet Ausräumung oder Auskoffnung. Das kontaminierte Material wird entweder an anderer Stelle wieder eingebaut (deponiert) oder sortiert, behandelt und wiederverwendet. In Tabelle 10 sind die angewandten Sanierungsmaßnahmen zusammengestellt. An vielen Sanierungs- oder Sicherungsvorhaben werden



## *Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel*

<i>1. Hydrologische Daten nach Messstellen .....</i>	<i>10</i>
<i>2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten .....</i>	<i>11</i>
<i>3. Luftbelastung nach Messstellen .....</i>	<i>13</i>

# Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

## 1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt			2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		10,7	10,4	11,3	13,6	17,3	5,43	4,5	14,8	19,7	6,13
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgelsmar- Beberbeck	"	649	1007	851	262	273	309	224	174	233	220
Marburg- Lahnberge	"	544	877	688	234	246	289	163	151	197	177
Schotten- Eichelsachsen	"	625	889	850	196	267	314	217	184	225	224
Abfluss	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	11,8	17,3	15,3	11,9	8,68	9,88	36,2	13,3	7,47	10,8
Rotenburg/Fulda		14,6	23,7	22,3	13,5	10,2	51,4	43,7	17,6	8,80	19,2
Aßlar/Dill		6,37	11,7	9,32	7,04	5,03	23,8	20,2	6,37	2,10	8,67
Marburg/Lahn	"	11,5	21,9	16,5	12,9	12,3	44,3	32,3	11,7	5,17	16,7
Hanau/Kinzig	"	7,20	13,3	10,9	5,22	7,26	25,0	22,0	7,93	3,73	10,0
Bad Vilbel/Nidda	"	6,55	11,4	10,5	6,93	6,49	24,8	20,2	8,43	4,50	8,67
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	128	145	141	189	126	145	166	198	135	141
Diemeltalsperre	"	10,5	15,1	13,9	19,3	15,5	15,1	15,7	18,7	14,4	13,9
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Messstelle: Bracht	"	256,92	256,81	257,69	256,70	256,64	257,41	257,22	258,56	257,73	257,25
Bauschheim	"	86,44	86,30	86,61	86,41	86,10	86,38	86,41	86,87	86,77	86,39
Lampertheim	"	86,54	86,33	86,94	86,38	86,09	86,44	86,64	87,38	87,02	86,72
Beberbeck	"	224,76	224,27	225,72	224,24	224,10	224,64	225,08	226,35	226,25	225,19
Zell	"	313,50	313,41	314,49	313,45	313,30	313,62	313,93	314,91	314,76	314,35
Schwalbach	"	271,94	271,98	272,76	271,99	271,74	273,06	272,41	274,57	272,68	271,36
Kath. Willenroth	"	295,54	295,36	296,35	295,20	295,26	296,04	295,79	297,02	296,80	265,81
Langstadt	"	128,07	127,65	128,22	127,70	127,54	127,58	127,98	128,33	128,38	128,18
Weissenborn	"	214,12	213,45	214,51	214,11	212,49	214,49	213,81	215,91	215,52	212,80



## 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1996	1997	1998				1999			
		Durchschnitt		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4.0</i>											
Abfluss	m <sup>3</sup> /s	180	183	186	134	135	456				
Temperatur	Grad C	14,1	14,0	6,6	17,9	20,1	8,2	5,7	16,9	22,7	10,6
Sauerstoff	mg/l	9,0	9,1	10,7	7,6	6,6	11,6	12,4	11,8	7,0	10,4
pH		7,8	7,8	7,9	7,7	7,6	7,8	7,8	8,2	7,6	7,6
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,15	0,15	0,16	0,09	< 0,07	0,11	0,12	0,10	< 0,07	0,07
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	6,0	6,1	6,9	5,1	4,9	4,9	5,4	5,1	4,9	5,3
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	7,0	7,1	7,5	5,8	5,5	5,8	5,9	5,3	5,1	5,7
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,08	0,09	0,07	0,09	0,14	0,05	0,05	0,05	0,07	0,08
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,24	0,23	0,25	0,21	0,35	0,27	0,20	0,15	0,2	0,2
Leitfähigkeit	mS/m	70	70	64	72	71	58	59	70	79	76
Chlorid	mg/l	61	60	58	57	61	36	40	51	61	58
TOC	mg/l	5,4	8,1	3,7	3,3	4,3	5,8	4,2	6,4	3,8	2,6
CSB	mg/l	13,8	14	5,3	11,7	11,6	10,6	-	-	-	-
EDTA	µg/l	22,2	21,87	19,5	13,8	16,7	9,1	7,3	11,1	15,5	15,5
 <i>Messstation Oberbiehl Lahn Flusskm 19,1<sup>3)</sup></i>											
Abfluss	m <sup>3</sup> /s		23,4	38,4	26,2	19,3	91,4				
Temperatur	Grad C	12,0	13,0	5,5	15,2	17,1	7,1	5,2	15,1	20,2	8,3
Sauerstoff	mg/l	9,9	10,1	12,1	9,2	8,4	11,2	11,8	10,4	9,4	11,1
pH		7,9	8,0	8,0	7,8	7,8	7,9	8,0	8,2	8,0	8,0
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,50	0,49	0,50	0,36	0,38	0,26	0,23	0,15	< 0,07	0,11
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	4,6	4,6	4,5	3,9	4,3	3,2	3,2	3,6	4,1	4,1
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	5,8	5,8	5,3	4,9	5,3	4,1	3,9	4,0	1,8	4,7
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,12	0,12	0,11	0,13	0,18	0,10	0,07	0,09	0,08	0,11
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,28	0,27	0,20	0,24	0,32	0,22	0,16	0,23	0,25	0,20
Leitfähigkeit	mS/m	37	37	31	32	35	26	26	35	41	35
Chlorid	mg/l	33	33	30	27	30	22	26	29	35	31
TOC	mg/l	4,3	4,4	2,9	3,6	3,8	4,1	3,4	6,3	3,9	2,0
CSB	mg/l	12,5	12,8	7,7	11,6	10,7	9,7	-	-	-	-

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1996	1997	1998				1999			
		Durchschnitt		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9</i>											
Abfluss	m <sup>3</sup> /s	40	40	50,7	33,1	30,4	107				
Temperatur	Grad C	9,8	9,5	4,5	13,3	14,2	5,7	4,2	12,9	16,8	6,4
Sauerstoff	mg/l	11,9	12	12,2	13,5	10,4	11,3	11,4	12,7	13,6	10,7
pH		8,1	8,2	8,0	8,4	8,1	8,0	7,8	8,1	8,5	8,0
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,30	0,29	0,19	0,16	0,69	0,96	0,16	0,14	1,0	0,2
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	3,8	3,8	4,8	3,7	2,8	4,3	4,1	3,6	1,6	3,2
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,6	4,6	5,2	4,3	4,3	5,0	4,5	4,2	4,7	-
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,12	0,12	0,11	0,12	0,16	0,08	0,07	0,07	< 0,05	-
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,22	0,22	0,16	0,20	0,22	0,14	0,10	0,11	0,15	0,18
Leitfähigkeit	mS/m	770	747	582	750	673	355	387	499	435	476
Chlorid	mg/l	1995	1995	1480	1980	2000	881	820	1280	887	
TOC	mg/l	5,1	5,1	3,4	4,8	8,0	4,4	3,8	4,1	5,4	2,8
CSB	mg/l	22,7	22,7	-	-	-	-	-	-	-	-
EDTA	µg/l	7,5	7,5	5,8	8,3	3,8	5,1	-	-	-	-
<i>Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5</i>											
Abfluss	m <sup>3</sup> /s	47,4	47,3	56,1	46,8	40,4	154				
Temperatur	Grad C	10,4	10,7	4,8	14,2	16,4	6,4	4,5	14,6	18,7	8,2
Sauerstoff	mg/l	10,9	11,0	11,7	10,6	9,6	11,2	12,6	12,2	9,3	10,4
pH		8,1	7,8	7,8	7,9	7,6	7,6	7,7	8,0	7,7	7,6
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,25	0,26	0,29	0,11	0,07	0,10	0,18	0,12	< 0,07	0,208
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	4,1	4,1	5,7	3,6	3,2	4,1	3,9	3,6	2,5	3,6
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	4,7	4,7	5,7	4,2	3,7	4,7	4,2	4,4	3,3	-
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,10	0,10	0,08	0,05	0,13	0,05	< 0,05	0,05	0,06	< 0,05
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,22	0,22	0,14	0,09	0,22	0,11	0,08	0,11	0,15	0,15
Leitfähigkeit	mS/m	48	48	47	45	44	39	42	49	46	53
Chlorid	mg/l	61	61	56	52	62	39	42	54	42	60
TOC	mg/l	4,7	4,7	3,4	4,4	3,6	4,3	3,7	4,6	3,2	24
CSB	mg/l	10,5	10,5	-	-	-	-	-	-	-	-
EDTA	µg/l	6,3	6,3	3,8	5,5	2,0	3,3	-	2,1	3,0	-

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1996	1997	1998				1999			
		Durchschnitt		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Messstation Mainz-Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5</i>											
Abfluss	m <sup>3</sup> /s	1235	1400	1325	1322	1222					
Temperatur	Grad C	15,2	14,6	9,2	19,8	22,4		7,0	16,2	22,9	11,9
Sauerstoff	mg/l	9,4	9,4	11,0	7,9	7,7		12,1	10,0	7,9	10,1
pH		7,8	7,9	7,9	7,8	7,5		7,9	8,0	7,9	7,8
NH <sub>4</sub> -N	mg/l	0,12	0,11	0,13	0,06	0,04		0,11	0,06	0,04	0,06
NO <sub>3</sub> -N	mg/l	2,7	2,5	3,2	3,0	109		3,3	2,1	1,8	2,6
Gesamt-N <sup>1)</sup>	mg/l	3,5	3,4	3,9	4,2	2,8		4,67	2,8	2,4	3,4
o-PO <sub>4</sub> -P	mg/l	0,06	0,06	0,07	0,08	0,07		0,05	0,03	0,05	0,06
Gesamt - P <sup>2)</sup>	mg/l	0,10	0,09	0,10	0,13	0,12		0,08	0,06	0,07	0,09
Leitfähigkeit	mS/m	57	57	58	53	50		50	43	46	41
Chlorid	mg/l	84	84	81	76	71		-	-	-	-
TOC	mg/l	3,0	2,9	3,1	3,4	2,7		3,5	4,0	2,5	3,8
EDTA	µg/l	6,6	6,7	6,9				-	-	4,6	5,5

- 1) – Gesamt - N – Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).
- 2) – Gesamt - P – Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.
- 3) – Die Messstelle wurde erst 1995 in Betrieb genommen.

3. Luftbelastung nach Messstellen  
a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	12,3	17,7	5,3	4,5	13,8	16,1	4,5	4,0	13,7	18,6	5,8
Gießen (Mittelhessen)	12,5	17,6	4,8	4,1	13,7	15,9	4,1	3,8	13,1	18,0	4,8
Viernheim (Südhessen)	14,4	19,7	6,6	5,7	15,9	18,3	5,8	4,9	15,8	20,8	6,6

Anmerkung siehe Seite 19

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
b) Stickstoffmonoxid in µg/m<sup>3</sup>

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	4
Bebra	8	11	19	17	8	8	17	13	7	8	16
Borken	3	5	8	7	3	4	8	5	3	4	7
Darmstadt	9	11	29	40	7	8	28	28	7	8	25
Darmstadt-Hügelstraße	174	189	177	159	137	135	125	146	159	149	135
Dillenburg	32	50	60	67	31	36	52	52	31	37	56
Ffm.-Friedb.Landstraße	75	92	147	119	60	63	99	83	59	82	107
Ffm.-Höchst	27	33	72	72	23	25	55	50	21	25	55
Ffm.-Ost	20	25	59	71	21	24	60	54	19	25	68
Frankenberg	3	3	5	8	3	3	5	5	3	3	5
Fulda	33	44	59	62	31	32	44	42	29	39	46
Fürth/Odenwald	3	3	5	4	3	3	5	4	3	3	4
Gießen	21	31	51	68	20	23	52	48	23	21	58
Grebenau	3	3	4	4	3	3	5	4	3	3	5
Hanau	25	31	60	70	23	24	55	52	21	23	55
Kassel Fünffensterstr.										59	95
Kassel-Nord	27	32	50	43	24	24	35	28	19	23	37
Königstein	3	3	5	4	3	3	5	4	3	3	5
Limburg	-	-	-	-	-	13	29	31	11	12	32
Linden	8	15	23	31	7	8	19	19	5	9	20
Marburg	9	12	33	39	8	8	29	25	7	9	29
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	20
Nidda	4	4	11	15	4	4	13	11	4	4	13
Offenbach	17	21	46	58	13	15	39	40	12	15	51
Raunheim	19	23	52	70	13	15	40	37	12	16	42
Riedstadt	11	11	29	39	7	9	25	24	5	7	23
Spessart	3	3	4	4	3	3	4	4	3	3	4
Viernheim	9	13	42	43	8	11	35	32	8	8	31
Wetzlar	23	31	86	71	23	23	56	54	21	21	60
Wiesbaden-Ringkirche	83	104	153	142	70	82	129	116	68	88	133
Wiesbaden-Süd	12	17	47	56	12	12	35	35	11	15	40
Witzenhausen	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3	3

Anmerkung siehe Seite 19

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	21
Bebra	20	23	29	31	22	21	29	31	25	26	33
Borken	13	17	22	26	11	12	24	22	13	14	21
Darmstadt	30	34	37	45	30	31	39	39	31	38	40
Darmstadt-Hügelstraße	65	72	51	64	64	66	51	59	68	70	53
Dillenburg	42	46	39	48	41	40	46	46	38	41	43
Ffm.-Friedb.Landstraße	61	72	61	64	59	57	54	62	63	71	56
Ffm.-Höchst	52	50	49	53	46	44	45	50	45	48	48
Ffm.-Ost	46	50	52	62	49	52	52	44	40	47	52
Frankenberg	9	9	17	23	8	8	18	16	7	7	17
Fulda	43	44	39	48	38	36	39	41	37	39	39
Fürth/Odenwald	10	11	20	20	10	9	24	23	8	8	20
Gießen	45	43	41	51	41	41	45	46	40	41	45
Grebenau	9	11	18	20	10	11	19	16	10	11	18
Hanau	39	38	44	56	50	47	52	49	41	45	50
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	60	55
Kassel-Nord	33	35	36	42	30	26	33	35	31	36	34
Königstein	16	14	23	22	12	12	21	19	11	12	20
Limburg	-	-	-	-	-	29	35	38	29	31	33
Linden	21	23	29	31	21	21	32	31	20	23	30
Marburg	25	26	32	39	26	26	36	37	26	32	41
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16	26
Nidda	18	18	28	37	17	19	34	32	20	22	31
Offenbach	37	42	44	52	39	43	47	46	37	44	53
Raunheim	37	41	36	44	32	31	36	39	35	41	39
Riedstadt	22	26	32	39	23	28	41	39	22	29	35
Spessart	7	8	17	19	8	9	20	16	8	9	21
Viernheim	27	35	41	48	31	33	40	41	27	30	39
Wetzlar	43	42	45	52	37	35	39	42	38	41	41
Wiesbaden-Ringkirche	56	64	64	62	57	55	51	57	65	77	63
Wiesbaden-Süd	38	42	40	47	34	34	36	40	36	42	44
Witzenhausen	6	7	15	14	7	8	17	15	8	8	17

Anmerkung siehe Seite 19

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
d) Ozon in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	76	39
Bebra	51	46	21	31	48	43	22	31	55	49	22
Borken	68	55	26	40	62	58	33	45	66	60	29
Darmstadt	53	45	17	27	53	45	20	29	59	56	21
Dillenburg	42	31	13	22	43	31	18	23	41	33	15
Ffm.-Höchst	48	41	14	27	48	33	12	21	45	41	16
Ffm.-Ost	48	44	13	20	42	41	14	24	53	42	16
Frankenberg	81	72	33	53	75	63	35	50	79	76	37
Fulda	49	34	20	30	49	40	21	29	51	41	19
Fürth/Odenwald	80	83	39	56	87	78	36	50	85	83	41
Gießen	39	32	14	21	38	29	12	21	43	69	11
Grebenau	67	57	27	43	66	56	28	41	70	63	29
Hanau	45	38	13	25	46	38	16	27	53	48	20
Kassel-Nord	44	32	19	32	49	42	24	35	53	43	23
Königstein	73	71	29	52	77	62	31	49	79	72	35
Limburg	-	-	-	-	-	45	23	32	54	46	22
Linden	54	47	21	31	52	51	29	34	54	50	26
Marburg	50	42	20	28	50	39	16	28	55	48	17
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	56	26
Nidda	60	60	28	39	68	58	21	34	65	62	22
Offenbach	43	41	12	22	44	39	16	20	51	47	13
Raunheim	45	37	14	23	42	36	16	29	53	46	20
Riedstadt	54	48	18	30	59	52	19	31	57	50	21
Spessart	78	77	32	52	82	70	34	45	82	75	42
Viernheim	54	49	15	26	56	46	15	25	58	56	20
Wetzlar	39	32	12	22	41	36	19	21	41	37	14
Wiesbaden-Süd	49	41	12	23	52	46	18	28	54	51	20
Witzenhausen	82	79	39	55	81	75	41	53	86	85	42

Anmerkung siehe Seite 19

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
e) Schwefeldioxid in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	4
Bebra	4	4	7	7	3	3	5	5	4	3	5
Borken	3	3	6	6	3	3	5	5	4	3	4
Darmstadt	5	4	7	11	4	3	7	7	4	3	7
Dillenburg	5	5	7	7	4	4	5	6	4	3	4
Ffm.-Höchst	5	5	11	12	5	5	10	9	5	5	8
Ffm.-Ost	7	6	14	16	5	5	12	10	4	4	8
Frankenberg	3	4	5	4	3	3	4	4	3	3	3
Fulda	5	4	6	9	4	4	5	5	3	3	5
Fürth/Odenwald	4	4	5	7	3	3	5	5	3	4	5
Gießen	4	4	5	8	3	3	6	5	4	4	6
Grebenau	4	3	5	5	3	3	4	3	3	3	3
Hanau	7	5	12	15	5	5	12	12	4	4	9
Kassel-Nord	5	4	8	9	4	4	7	6	4	4	5
Königstein	4	4	5	6	3	3	5	4	3	3	4
Limburg	-	-	-	-	-	3	5	5	3	3	4
Linden	4	3	5	7	3	3	7	5	3	3	4
Marburg	4	4	8	10	4	3	7	7	3	3	5
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	7
Nidda	4	4	5	6	3	3	5	5	3	3	5
Offenbach	5	5	8	11	4	4	7	9	4	4	7
Raunheim	6	5	9	13	4	4	7	12	6	4	8
Riedstadt	4	4	6	8	4	3	6	5	3	3	5
Spessart	4	4	5	8	3	3	5	5	3	3	4
Viernheim	6	5	10	14	5	5	10	10	5	4	8
Wetzlar	5	4	6	7	3	3	5	5	3	3	4
Wiesbaden-Süd	7	6	9	12	5	5	9	9	5	4	8
Witzenhausen	4	5	6	5	4	3	4	3	4	3	4

Anmerkung siehe Seite 19

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
f) Kohlenmonoxid in mg/m<sup>3</sup>

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Darmstadt	0,4	0,4	0,6	0,8	0,5	0,5	0,7	0,8	0,4	0,4	0,5
Darmstadt-Hügelstraße	2,5	2,5	2,3	2,1	1,8	1,5	1,4	1,4	1,8	1,8	1,5
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,7	2,1	2,5	2,2	1,7	1,7	1,8	1,7	1,6	1,8	1,3
Ffm.-Höchst	0,6	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7
Fulda	0,4	0,4	0,7	0,8	0,5	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6
Gießen	0,6	0,7	0,9	1,1	0,6	0,6	0,9	0,8	0,5	0,5	0,7
Hanau	0,5	0,6	0,8	0,9	0,5	0,6	0,8	0,8	0,5	0,5	0,8
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,3	1,5
Kassel-Nord	0,5	0,6	0,8	0,8	0,6	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4	0,6
Limburg	-	-	-	-	-	0,4	0,7	0,6	0,4	0,3	0,6
Linden	0,3	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5
Offenbach	0,4	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,7	0,7	0,4	0,5	0,7
Raunheim	0,5	0,5	0,8	1,0	0,4	0,4	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7
Viernheim	0,4	0,5	0,7	0,8	0,4	0,3	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5
Wetzlar	0,9	1,0	1,3	1,0	0,6	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5	0,7
Wiesbaden-Ringkirche	1,7	1,9	2,4	2,4	1,5	1,7	2,2	2,1	1,4	1,6	2,0
Wiesbaden-Süd	0,4	0,5	0,7	0,9	0,5	0,5	0,8	0,7	0,5	0,5	0,7

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m<sup>3</sup>

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Ffm.-Höchst	100	115	143	172	72	72	93	93	57	57	107
Ffm.-Ost	57	72	86	115	64	72	93	93	57	79	86
Kassel-Nord	72	93	100	100	79	86	93	86	64	57	57
Riedstadt	29	36	50	50	29	36	43	50	29	29	57

Anmerkung siehe Seite 19



Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen  
h) Staub in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1997			Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26	19
Bebra	25	30	27	30	28	27	26	27	26	28	23
Borken	23	33	25	28	26	26	22	23	21	27	21
Darmstadt	29	38	28	34	28	30	26	29	28	29	26
Dillenburg	28	35	32	36	29	31	29	29	27	28	27
Ffm.-Höchst	31	36	33	41	30	30	31	32	29	28	27
Ffm.-Ost	28	34	34	48	31	30	35	38	38	36	37
Fulda	28	35	29	36	31	32	28	31	32	33	24
Gießen	30	34	30	39	31	33	32	34	32	32	28
Hanau	29	33	29	37	28	30	32	33	28	25	26
Kassel-Nord	32	39	37	37	36	32	29	29	32	30	29
Limburg	-	-	-	-	-	30	27	27	27	28	24
Marburg	31	35	27	32	30	28	29	30	34	31	26
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	23	21
Nidda	22	27	21	32	26	25	23	23	23	24	20
Offenbach	36	34	32	41	31	30	32	33	30	37	44
Raunheim	29	34	32	39	28	31	29	28	28	28	27
Riedstadt	25	32	24	34	27	29	25	26	27	30	23
Viernheim	29	37	31	36	25	27	27	29	27	26	25
Wetzlar	33	35	34	36	29	30	32	35	32	33	31
Wiesbaden-Süd	31	36	35	39	30	32	33	35	31	32	29

**Anmerkung**

Mit dem Wegfall der Hess. Smog-Verordnung im Jahr 1998 war es fachlich notwendig geworden, über eine Neukonzeption des Luftmessnetzes Hessen nachzudenken. Nach Abstimmungen mit dem Hess. Umweltministerium konnte die Hess. Landesanstalt für Umwelt dann mit der Umsetzung beginnen und umsetzen. So sind vor allem in den Ballungsräumen Stationen außer Betrieb genommen worden: Kassel-Süd, Kassel-Bettenhausen, Mainz-Kastel, Frankfurt-Sindlingen, Frankfurt-Bockenheim, Frankfurt-Griesheim, Frankfurt-Niederrad und Maintal. Um eine an die heutige Immissionssituation angepasste flächendeckende Überwachung zu gewährleisten, sind jeweils in Limburg, Arolsen und Michelstadt neue Stationen in Betrieb genommen worden. Die Verlegung einer verkehrsbezogenen Messstation von Frankfurt nach Kassel ist ebenfalls vollzogen worden. Die mittlere Entfernung benachbarter Stationen beträgt damit ca. 40 bis 60 km. Die Erfahrung zeigt, dass diese Stationsdichte ausreichend ist, um sowohl die Entwicklung der Luftverunreinigung in Hessen zu erfassen als auch temporäre Schadstoffanreicherungen sicher erkennen zu können. Momentan werden von der Hess. Landesanstalt für Umwelt 1998 32 Immissionsmessstationen betrieben:

- 22 Stationen in hessischen Städten oder Gemeinden
- 6 Stationen in Waldgebieten
- 4 verkehrsbezogene messende Stationen nach Maßgabe einer Richtlinie der Europäischen Union.

# BUCHBESPRECHUNGEN

## Einkommensteuer

Von W. Jakob, 2. Auflage, aus der Reihe „Juristische Kurzlehrbücher für Studium und Praxis“, XVIII und 382 Seiten, kartoniert, 48,00 DM, Verlag C. H. Beck, München, 1996.

„... Zu vermelden ist ... noch, dass der Gesetzgeber des Jahressteuer-gesetzes 1996 diesem ein Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 — im Jargon „Jahressteuerreparaturgesetz“ genannt — hinterherschickt, was zeigt, dass die an der Gesetzesfassung mitarbeitenden Personen das von ihnen geschaffene Chaos selbst nicht mehr überblicken. ...“ Das Buch ist zwar nicht auf dem allerletzten Stand (eine aktualisierte Neuauflage wäre sehr wünschenswert), aber es gelingt dem Autor hervorragend, eine gedankliche Ordnung in das „Einkommensteuer-chaos“ zu bringen — und dazu gehört eben auch, sich widerstreitende Prinzipien und Ungereimtheiten klar zu orten und kenntlich zu machen. Der Autor begnügt sich nicht mit der reinen Beschreibung des Einkommensteuerrechts. Er legt die Wurzeln steuerlicher Prinzipien frei, arbeitet trotz der Fülle von Einzelbestimmungen das Wesentliche heraus, wägt ab, erhellt Sachverhalte durch gekonnt ausgewählte Beispiele und öffnet damit gleichzeitig den Blick für die Vielfalt der im konkreten Einzelfall zu berücksichtigenden Aspekte — und das alles in einer klaren, präzisen, aber nie ermüdenden Sprache, die einen selbst das Kleingedruckte mit Gewinn lesen lässt. Die komplexe und zuweilen trockene Materie wird leicht verständlich und zuweilen sogar unterhaltsam vermittelt. Das Buch ist in drei Hauptteile gegliedert, denen eine allgemeine Einführung vorangestellt ist. Am umfanglichsten ist naturgemäß der Teil geraten, der sich mit den natürlichen Personen im Einkommensteuerrecht befasst. Nach einem für das Verständnis wesentlichen Kapitel über das „Baukastensystem des Einkommensteuergesetzes“ werden detailliert, aber überschaubar die mit den Überschusseinkünften und anschließend die mit den Gewinneinkünften verbundenen Regelungen dargestellt. Der zweite Teil hat die Gesellschaften im Einkommensteuerrecht zum Thema. Auch diesem steht ein einleitendes Übersichts-kapitel voran, nach dem dann Aspekte der Mitunternehmerschaft und der Körperschaft im Einkommensteuerrecht genauer erläutert werden. Im letzten Teil schließlich weitet sich die Perspektive über das deutsche Recht hinaus. Der Autor erläutert hier die wichtigsten mit dem Außensteuerrecht zusammenhängenden Fragen und geht in einem eigenen Kapitel auf Doppelbesteuerungsabkommen ein. Jedem Teil sind wichtige Literaturhinweise vorangestellt. Das Buch wird durch ein ausführliches Stichwortverzeichnis abgerundet, das neben der klaren Gliederung die Arbeit sehr erleichtert.

6912

### VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MÄRZ 2000

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen  
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

#### Statistische Berichte

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 3. Vierteljahr 1999; (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 3/99); (K)	6,00 DM
□, Excel	9,00 DM
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 1999 (Teil 2: Realschulen; Stand 2. September 1999); (B I 1 - j/99 - Teil 2); (K)	8,00 DM
□, Excel	12,00 DM
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 1999 (Teil 4: Gesamtschulen; Stand 8. September 1999); (B I 1 - j/99 - Teil 4); (K)	12,00 DM
□, Excel	18,00 DM

Die Weinmosternte in Hessen 1999; (C II 4 - j/99)	6,00 DM
Schlachtungen in Hessen im Jahr 1999 (Jahres- übersicht); (C III 2 - j/99); (K)	6,00 DM
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Jahr 1999; (C III 3 - j/99); (K)	5,00 DM
Schlachtungen in Hessen im Januar 2000; (C III 2 - m 1/00)	5,00 DM
Viehbestände in den landwirtschaftlichen Betrieben am 3. Mai 1999 (Endgültiges Ergebnis); (C III 1 - 2j/99); (K)	6,00 DM
Gewerbeanzeigen in Hessen im 4. Vierteljahr 1999; (D I 2 - vj 4/99); (K)	6,00 DM
□, Excel	9,00 DM
Gewerbeanzeigen in Hessen im 4. Vierteljahr 1999; (D I 2 - j/99); (G)	8,00 DM
□, Excel	12,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen 1999; (E II 1 - j/99); (K)	6,00 DM
□, Excel	9,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Januar 2000 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau; (E II 1 - m 1/00); (K)	6,00 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im Dezember 1999 (E IV 2 mit E IV 3 - m 12/99)	5,00 DM
Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 1999 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerks- berichterstattung); (E V 1 - vj 2/99)	6,00 DM
Indizes des Auftragsingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 2000; (E I 3 - 1/00)	8,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 2000; (E I 1 - m 1/00); (K)	8,00 DM
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 4. Vierteljahr 1999 (Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe); (E III 1 - vj 4/99); (K)	6,00 DM
□, Excel	9,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzel- handel in Hessen im Dezember 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 12/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gast- gewerbe in Hessen im Dezember 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 12/99)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Groß- handel in Hessen im Dezember 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 12/99)	5,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Dezember 1999 und im Jahr 1999; (G IV 1 - m 12/99); (G)	10,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Dezember 1999 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 12/99); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Januar 2000 (Vorauswertung); (H I 1 - m 1/00); (K)	5,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Dezember und im Jahr 1999; (H II 1 - m 12/99); (H)	6,00 DM
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 4. Vierteljahr 1999 und im Jahr 1999; (H I 4 - vj 4/99)	5,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Januar 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 1/00)	6,00 DM
Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 4. Vierteljahr 1999 (Kassenmäßiges Aufkommen); (L I und L IWS - vj 4/99)	5,00 DM
Die Gemeindefinanzen in Hessen im 4. Vierteljahr 1999 und im Jahr 1999 (Ergebnisse der Vierteljahresstatistik); (L II 2 - vj 4/99); (K)	12,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im März 2000; (M I 2 - m 3/00)	10,00 DM
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Februar 2000 (M I 4 - vj 1/00)	6,00 DM
Investitionen für Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes in Hessen im Jahr 1998 (Sonderbericht: Teilbereich Verarbeitendes Gewerbe); (Q III 1/5 - j/98)	6,00 DM
<b>Beiträge zur Statistik Hessens</b>	
Nr. 344 — Beherbergungskapazität in Hessen 1999 (Ergebnisse der Strukturhebung)	24,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt - 65175 Wiesbaden

Wie kommen Sie eigentlich zu Ihren benötigten Daten?

- Wälzen Sie Bücherstapel?
- Verlieren Sie sich in den unendlichen Weiten des Cyberspace?
- Gehen Sie zu einer Wahrsagerin?

Der Datenlieferant Nr. 1 in Hessen empfiehlt:

Soeben erschienen!



zum Preis von jeweils 37,50 DM

## Statistisches Handbuch Hessen

Ausgabe 1999/2000

Das neue Statistische Handbuch für das Land Hessen enthält — wie die Ausgabe 1997/98 — neben einem umfassenden Tabellenteil mit Daten zu fast allen Lebensbereichen methodische Vorbemerkungen, textliche Kurzbeschreibungen zu den wichtigsten Kapiteln sowie rund 100 grafische Darstellungen und farbige Kartogramme zur Regionalstruktur von Hessen nach Landkreisen.

### 24 Kapitel zu u. a. folgenden Themen

<div style="border: 1px solid gray; border-radius: 50%; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Bevölkerung</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 50%; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Gesundheitswesen</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 50%; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Wirtschaft</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 50%; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Erwerbstätigkeit</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 50%; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Verkehr</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 50%; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Sozialleistungen</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 50%; padding: 5px; text-align: center; margin-bottom: 10px;">Hessen im Vergleich</div>	<p>Bevölkerungsentwicklung; Bevölkerung nach Verwaltungsbezirken; Einbürgerungen; Eheschließungen; Ehescheidungen; Lebendgeborene; Gestorbene; Zu- und Fortzüge; Haushalte und Familien</p> <p>Krankenhäuser nach Fachabteilungen; Bettenausstattung; ärztliches und nichtärztliches Personal; Kosten der Krankenhäuser; meldepflichtige Krankheiten; Gestorbene nach Todesursachen; Einschulungsuntersuchungen</p> <p>Bruttoinlandsprodukt; Bruttowertschöpfung; verfügbares Einkommen; Verarbeitendes Gewerbe; Bauwirtschaft; Handel und Gastgewerbe; Fremdenverkehr; Gewerbean- und -abmeldungen; Land- und Forstwirtschaft</p> <p>Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen; Erwerbspersonen und -quoten; sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Arbeitslosenquote</p> <p>Bestand an Kraftfahrzeugen; Erteilungen und Entziehungen von Fahrerlaubnissen; Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden; Güterumschlag</p> <p>Sozialhilfeaufwand und Sozialhilfeempfänger; Aufwand für Asylbewerber und Regelleistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Schwerbehinderte</p> <p>Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern zu u. a. folgenden Themen: Bevölkerung; Erwerbstätigkeit; Bildung; Verarbeitendes Gewerbe; Gebäude- und Wohnungsbestand; Fremdenverkehr; Verkehr; Bruttoinlandsprodukt</p>
---	---

#### Vorbestellung:

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden  
 Telefon 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992  
 E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) · Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

w-88